

Die

Orientdebatte im deutschen Reichstag

(vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht).



Kurz beleuchtet

von

Wilhelm Liebknecht.



Leipzig,

Commissions-Verlag von R. E. Höhne.

Gegen Anfang des Jahres wurde von sozialistischer Seite die Absicht ausgesprochen, die Orientpolitik der deutschen Reichsregierung in Volksversammlungen zur Sprache zu bringen, und im Reichstag, wo möglich, zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Die Ankündigung dieser Absicht (siehe das Vorwort meiner, in demselben Verlage erschienenen Broschüre „Zur Orientalischen Frage“), wurde von der Presse der Majoritätsparteien des Reichstags mit einer Fluth von Angriffen auf die Sozialdemokraten beantwortet, die so frech sein könnten, die Allweisheit des Fürsten Reichskanzlers zu bezweifeln und ihm durch die bloße Thatsache der Befragung ein verdecktes Mißtrauensvotum geben zu wollen.

Für die Berechtigung unseres Vorgehens erklärten sich, so weit mir bekannt, von sämmtlichen „reichsfreundlichen“ Blättern nur zwei; die mitunter demokratisch angehauchte „Leipziger Volkszeitung“ und die „Augsburger Allgemeine Zeitung.“ Letztere sagte unter Anderem:

„Deutschland hat einen Reichstag, ein parlamentarisches Organ der Nation. Dieser Reichstag brauchte nicht besonders berufen zu werden, als die orientalische Krisis ihren Höhenpunkt auf diplomatischem Gebiete erreichte. Er war seit dem Februar und noch am Tage der russischen Kriegserklärung und der Eröffnung der Feindseligkeiten versammelt. Erst am 3. Mai wurde die Session geschlossen. Keines Abgeordneten Stimme ist laut geworden (die Sozialisten ließ man nicht dazu kommen), sich in dem entscheidenden Moment nach Deutschlands Recht und Pflicht zu erkundigen; keine Stimme wagte es, den Ausspruch der Thronrede: „die Händel im Orient berührten Deutschland nicht“, einer Prüfung zu unterziehen. Während Lord Derby, Herr Northcote, Herr Bourke im englischen Ober- und Unterhause alle Hände voll zu thun hatten, täglich, oft mehr als einmal, interpellirt wurden, besaß sich der deutsche Reichstag, das Ideal ganzer

*

Generationen, einer Abstinenz, die ebensosehr vom unbedingten Vertrauen wie von politischer Indolenz und Unkunde zeugte. Die „anarchischen Bestrebungen“ im Innern des deutschen Reichskörpers erschienen dem deutschen Parlament jedenfalls ungleich wichtiger, als die „anarchischen Bestrebungen“ in der Gesamtwelt Europas. Diese Haltung des Reichstages kommt in Wahrheit einer Abdankung gleich.“

Abgesehen von diesen vereinzelt Stimmen, klappte die ganze Presse der Majoritätsparteien gegen die Sozialdemokratie im Allgemeinen und gegen mich im Besonderen, der ich in Folge der Veröffentlichung eines Privatbriefes zufällig in den Vordergrund gekommen war.

Indeß die bösen Sozialdemokraten ließen sich nicht irre machen; in zahlreichen Volksversammlungen begründeten sie siegreich, ohne daß ernsthafter Widerspruch sich hervorgewagt hätte, die Richtigkeit und Pflichtmäßigkeit ihres Vorgehens, ein fait accompli (vollendete Tatsache) wurde geschaffen; — die Orientfrage und die auswärtige Politik der Reichsregierung waren auf die Tagesordnung gesetzt — daran ließ sich nichts mehr ändern, mit dieser Tatsache mußte gerechnet werden.

„Sr. Majestät getreueste Opposition,“ die Fortschrittspartei, versiel zuerst auf die Idee, der Sozialdemokratie „den Wind aus den Segeln zu nehmen“, und sich der Interpellation zu bemächtigen. Allein den übrigen Reichsfreunden paßte dies nicht recht; die Fortschrittspartei enthält Personen, die in Barzin nicht gut angeschrieben sind und so wurde denn die Fortschrittspartei von den besser beleumundeten Bismarckanbetern flankiert, und die Interpellation zur famosen „reichsfreundlichen“ Anfrage „herabgemildert.“

„Bestellt“ war dieselbe gewiß nicht. Das wußte man, ohne daß Fürst Bismarck nöthig gehabt hätte, es so pathetisch zu versichern. Daß Budel „apportiren“, braucht man nicht erst zu „bestellen“. Das ist so ihre Natur und (deren Ergänzung) Dressur.

Also apportirt!

Für den 19. Februar wurde die „Interpellation“ auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt. Leider konnte die Vorstellung nicht ganz nach Wunsch durchgeführt werden. Die nun einmal nothwendig gewordene parlamentarische Haupt- und Staatsaktion sollte und mußte programmäßig aus einem einfachen Frage- und Antwortspiel bestehen. Vennigsten, der bestdressirte der Apportirpudel, hatte die Frage zu stellen; dann kam die „Antwort“ — unter patriotischem Bravogeschrei der Reichsfreunde —, und, sobald das Bravogeschrei verstummt, Apportirung eines Vertrauensvotums, das die Reichsfeinde zermalmt hätte.

Allein so kam es nicht. Es fand sich eine genügende Zahl (mindestens 50) von Abgeordneten, welche eine Diskussion forderten. Und da mußte man denn in den sauren Apfel beißen. —

Ehe der Leser sich in die etwas trodene Lektüre des stenographischen Berichts vertieft, möge er nachstehende, unter dem frischen Eindruck des Moments geschriebene Skizze des „Vorwärts“ (vom 24. Februar) durchfliegen: sie versteht ihn in den Reichstag, und gibt ihm ein „Stimmungsbild“ von dem traurig heiteren Spiel. Und kein Herrbild: im Gegentheil eher geschmeichelt. Doch hören wir den „Vorwärts“:

— Zu der Dienstagsitzung des Reichstags hatte das Publikum sich massenhaft zugedrängt. Nur die Wenigsten konnten auf die Tribünen zugelassen werden, und diese „Glücklichen“ dürften während der Dauer der parlamentarischen Haupt- und Staatsaktion wohl manchmal die an den Pforten Zurückgewiesenen — beneidet haben, denn die Vorstellung war in der That grausam langweilig, ganz das Gegentheil dessen, was der große Haufe erwartet hatte — freilich genau so, wie jeder Vernünftige es sich gedacht. Um 12 sollte die Sitzung beginnen; das heißt 12 $\frac{1}{4}$, da im Reichstag das „akademische Viertel“ gilt. Es wurde aber $\frac{1}{2}$ 1, ehe das Präsidium Aufstehen machte, den Vorhang aufzuziehen. Die unruhigen Blicke der Bureau-Inhaber und sonstigen Eingeweihten verriethen, daß Etwas nicht in Ordnung war. ER fehlte! Die Klade ohne Homer! Die Orientdebatte ohne den „Herkules seines Jahrhunderts“! Entsetzlich! Unmöglich! Plötzlich erheitern sich die Gesichter: die Sonne ist aufgegangen. ER taucht durch das bekannte Hinterthürchen auf, begrüßt den olympisch lächelnden Fordenbeck, verbeugt sich nach zwei Himmelsgegenden, wischt sich die Nase und das Antlitz und „die Sitzung ist eröffnet.“ Es kann losgehen. Da, plötzlich wieder die unruhigen Blicke von vorhin. Was ist geschehn? Hilf Himmel! EZN Platz ist leer — nirgends die klassischen strohgelben Epaulettes mit der runden vorn etwas uneben und behaarten Billardkugel darauf — ER ist spurlos verschwunden. In gedrücktester Stimmung wird der erste, rein formale, Punkt der Tagesordnung erledigt. Fordenbeck's Mienen werden „hang und hänger“. Schon beginnt die Verlesung der Interpellation, die Situation fängt an desperat zu werden. Doch — wenn die Noth am größten, ist ER am nächsten. Gerade im Moment, wo Fordenbeck und die Getreuen sich der Verzweiflung überlassen wollen, steht ER, wie ein Deus ex machina aus den Wolken gefallen, neben dem Bureau und erklärt huldvoll: „JEH bin bereit die Interpellation zu beantworten.“

Ein freudiges Ah! entringt sich der Brust der Getreuen.

Vennigsen springt vor und hält die bestellte Interpellationsrede. Verzeihung: nicht bestellt. Die böse Welt hatte es geglaubt, Fürst Bismarck hat es aber für eine arge Verleumdung erklärt. Und unzweifelhaft hat ER auch recht. Die Interpellation war nicht bestellt, sie war — freiwillig apportirt. Wer konnte auch den Herren Vennigsen und Genossen die Unhöflichkeit zutrauen, auf eine Bestellung zu warten. Der Nationalliberale comme il faut hat EZNEN Wünschen zuvorzu-
kommen.

Was Bennigsen gesagt, das wissen unsere Leser, ohne daß wir es ihnen zu sagen brauchen: wie er es gesagt, das ist das Bemerkenswerthe. „Tadellos saß ihm Rock und Höschen“, auch die Kravatte war tadellos geknüpft, die weiße Weste hätte dem Oberkellner des „Kaiserhof“ nicht zur Schande gereicht, und die Stimme war ölig wie die des Pastor Stöcker. Und so sprach er eine Viertelstunde lang ore rotundo — „mit rundem Mund“ das übliche „tönende Nichts“. Es war vortrefflich auswendig gelernt, und nur zweimal trat eine kleine Stockung im rieselnden Wortfluß ein. — Er ist fertig.

Großer Moment.

ER erhebt sich. „Ich habe Ihnen nichts Neues zu sagen, und spreche bloß deshalb, damit man nicht glaube, ich habe etwas zu verschweigen.“ Dies wurde im Laufe der beinahe einstündigen — Plauderei über die orientalische Frage und Alles, was dazu gehört und nicht dazu gehört, mit peinlicher Wortgetreue genau dreimal wiederholt, und es ist in nuce „die Antwort des Fürsten Reichskanzlers auf die Orientinterpellation“. Wie hr hat ER nicht gesagt — außer allenfalls noch, daß ER und Andrassy wie zwei Brüder verkehren, die keine Geheimnisse vor einander haben (ob es dem „Bruder“ Andrassy nicht in den Ohren gesummt hat?), daß die Dardanellen eine reine Lappalie sind — à la „Wißchen Herzegowina“ und ähnliche Geistreichigkeiten, die freilich der genialen Argumentation, durch Nichtsagen zu beweisen, daß man nichts zu verschweigen hat, — das Wasser nicht reichen. ER sprach sehr schwach mit klangloser Stimme, und machte überhaupt auf seine Bewunderer einen deprimirenden Eindruck. Sie hatten den „laputen Mann“ schon ganz vergessen, und sich einen kraftstrotzenden „Percy“ oder „Achilles“ vorgestellt, der das deutsche Reichsschwert stolz schwingen und der Welt ihre Bahnen vorzeichnen würde. Und statt dessen diese abgemagerte Gestalt, die nicht einmal die Kraft hatte, während der ganzen „Rede“ zu stehen, und diese bis zur Kleinlautigkeit bescheidene und zahme politische Wochenstubenplauderei!

Die Enttäuschung war zu groß — das von einigen Heißspornen beabsichtigte Vertrauensvotum wandelte sang- und klanglos in den Drfus des reichstäglichen Papierkorbs.

Um ihnen die Bitterniß etwas zu versüßen, verschänkte Herr Hänel ein Fäßchen seines bekannten Syrops, der diesmal indeß nicht so flüssig war wie sonst — auch dieser Waare scheint die Verfälschung sich bemächtigt zu haben. Wie dem aber sei, als richtiger Fortschrittlere hat Herr Hänel dennoch das Kunststück zu Wege gebracht, Herrn Bennigsen in dem Wettrennen um die Palme der Servilität glänzend zu schlagen. Herr Bennigsen möge sich hüten, daß ihm der „Vizekanzler“ von seinem talentvolleren Kollegen nicht vor der Nase weggeschnappt wird!

Nach dem Syrup der Essig. Abwechslung muß sein. Rein scharfer, kräftiger Essig. Bismlich schaal und abgestanden — wie der Kulturkampf, den auch Herr Windthorst müde ist. Nur ein paar Tropfen waren

recht beißend, sogar mit etwas Scheidewasser untermischt. Und als sie nach dem Stuhl hingespritzt wurden, auf dem der Gewaltige thronte, da übergieß ein bläuliches Roth **ERN** erdfahles Antlitz und der Zorn, der nach dem lateinischen Sprichwort den Dichter macht, hätte **ERN** beinahe zum Redner gemacht. Heftig sprang **ERN** auf und es gelang **ERN** mehrere Sätze ohne zu stocken vom Stapel zu lassen.

Bethusy Huc gratulirte **ERN** zu dieser und anderen Thaten in einer zum Unglück nicht gut memorirten Rede. Der vielverkannte Staatsmann in spe, der an einer bedauerlichen Gedächtnißschwäche leidet, blieb seiner Gewohnheit nach stecken und wurde von den eigenen Genossen schneid ausgelacht. Armer Bethusy! Er ist wirklich nicht so — harmlos, wie die Welt meint; er hat eine gewisse Begabung, allein leider noch hundertmal mehr Pech, und seit er „den Strom der Zeit an der Stirnlocke gepackt“, hat das Pech sich an seine Sohlen geklebt und läßt mit unerbittlicher Regelmäßigkeit ihn in jeder Rede, durch welche er sich den Weg zu einem Minister- oder Gesandtschaftsposten ebnen will, jämmerlich stecken bleiben. Widmen wir ihm eine Thräne des Mitgeföhls. Und betrachten wir den Mann, der, nachdem Bethusy Huc in seines Nichts durchbohrendem Geföhle zusammenklappt, auf die Rednerbühne eilt. Es ist Romierowski, ein Pole. Die Polen des deutschen Reichstags sind in eigenthümlicher Lage. Sie sind eingebannt zwischen die Sphylle der Gesinnungslosigkeit und die Charybdis des Hoch- und Landesverraths. Das muß im Auge behalten werden. Romierowski verlangte, daß der bevorstehende Congreß sich der Polen in Rußland erbarmen möge. Das Haus hörte ihn eifrig still an. Und der Pudel gewordene Löwe von Calbe, der nächstfolgende Redner, konnte sich nicht versagen, dem noch nicht todtten, doch todtwund daliegenden Polen den obligaten — Löwentritt zu geben.

Der sozialistische Abgeordnete, der nun zum Wort kam, führte die Debatte wieder auf den Kernpunkt zurück, geißelte die Politik der deutschen Regierung, die er für den russisch-türkischen Krieg und dessen Folgen verantwortlich machte, plaidirte energisch für die Wiederherstellung Polens, bezeichnete den moralischen Bankrout der europäischen Staatsmannschaft als einzige erfreuliche Errungenschaft der Orientkrise und führte aus, daß der Congreß bestenfalls einen faulen Frieden zu Stande bringen könne.

Während einiger Theile der Rede Liebnechts, namentlich bei dem Passus, betreffend Polen gerieth Fürst Bismarck in starke Aufregung und zerknitterte krampfhaft das Papier, welches er in der Hand hatte.

Er ließ sich zu einer Erwiderung fortreißen, die er indeß an die Adresse Romierowskis richtete, und die ihm aus dem Saale heraus den kritischen Zuruf: **Kalauer!** und das ominöse **Au!** zuzog. Wir fürchten, wenn Fürst Bismarck einmal stellenlos werden und seine Dotationen u. s. w. verlieren sollte, würde er beim „Bladderatsch“ nicht mehr zu verwenden sein.

Noch pro forma ein kurzer aber nicht guter Epilog des Herrn v. Hellsdorf — und die Haupt- und Staatsaktion war zu Ende. Ohne

Ovation für den Fürsten Bismarck, weshalb die reichstreuen Volksvertreter in keineswegs „gehobener Stimmung“ nach Hause, oder richtiger ins Wirthshaus abzogen. Es war 5 Uhr geworden. Also 4 $\frac{1}{2}$ Stunden hatte man nöthig gehabt, um dem Reichstag zu sagen, daß man ihm nichts zu sagen habe. Es ist doch ein herrlich Ding, dieser Parlamentarismus — besonders die preußisch-deutsche Spielart.

Und nun zum stenographischen Bericht.

Die Orientdebatte im deutschen Reichstag.



Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Dienstag, dem 19. Februar 1878.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 35 Minuten durch den Präsidenten Dr. von Fordenbeck eröffnet.

Nach Erledigung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung, der etwa $\frac{1}{4}$ Stunde in Anspruch nimmt:

Präsident: Wir gehen über zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten von Bennigsen, Dr. Hänel, Dr. Löwe, Dr. Lucius und Uhlen (Nr. 16 der Drucksachen).

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Interpellation zu verlesen.
Schriftführer Abgeordneter Bernards:

Interpellation.

Im Anschluß an die Thronrede erlauben wir uns an den Herrn Reichskanzler die Frage zu stellen:

Wird der Herr Reichskanzler, und an welchem Tage, dem Reichstag über die politische Lage im Orient und über die hierbei von der Regierung des deutschen Reichs eingenommene und einzunehmende Haltung Mittheilung machen?

Berlin, den 8. Februar 1878.

von Bennigsen. Dr. Hänel. Dr. Löwe. Dr. Lucius.
Uhlen.

Präsident: Ich erlaube mir, an den Herrn Reichskanzler die Frage zu richten, ob und wann die eben verlesene Interpellation beantwortet werden soll.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich bin bereit, sie jetzt zu beantworten.

Präsident: Dann ertheile ich zur Begründung der Interpellation das Wort dem Herrn Abgeordneten von Bennigsen.

Abgeordneter von Bennigsen: Meine Herren, als Seine Majestät der Kaiser am 22. Februar v. J. den letzten Reichstag eröffnete, waren die Konferenzen in Konstantinopel gescheitert infolge der Ablehnung der Vorschläge der europäischen Mächte durch die Türkei. Am Schlusse seiner damaligen Thronrede sagte der Kaiser mit Bezug auf diese Verhältnisse:

Wenn die Erwartungen unerfüllt bleiben sollten, welche in dieser Beziehung sich an Verheißungen der Pforte und an die Einleitung der Friedensverhandlungen mit Serbien und Montenegro knüpfen, so wird Meine Regierung, wie bisher, so auch ferner bemüht sein, in einer Frage, in welcher die deutschen Interessen ihr eine bestimmte Linie des Verhaltens nicht vorschreiben, ihren Einfluß zum Schutze der Christen in der Türkei und zur Wahrung des europäischen Friedens, insbesondere aber zur Erhaltung und Befestigung ihrer eigenen guten Beziehungen zu den ihr verbündeten und befreundeten Regierungen aufzuwenden. Zu diesem friedlichen Werke rechne Ich vertrauensvoll auf Gottes Segen.

Das schon damals gefährdete Verhältniß zwischen Rußland und der Türkei hat zu einem Kriege geführt, der bis dahin isolirt geblieben ist, wie wir Vertreter im deutschen Reichstag mit Genugthuung anerkennen dürfen, wesentlich auch durch den Einfluß Deutschlands.

In dieser Hinsicht hat die Thronrede, mit welcher am 6. d. Mts. der jetzige Reichstag eröffnet wurde, sich in einer durchaus befriedigenden Weise ausgesprochen.

Es ist in derselben darauf hingewiesen, daß

die verhältnißmäßig geringere Betheiligung der Interessen Deutschlands im Orient für die Politik des Reichs eine uneigennützige Mitwirkung an der Verständigung betheiligter Mächte über künftige Garantien gegen die Wiederkehr der Wirren im Orient und zu Gunsten der christlichen Bevölkerung gestattet.

Inzwischen hat, wie die Thronrede fortfährt,

die von Seiner Majestät dem Kaiser vorgezeichnete Politik ihr Ziel bereits insoweit erreichen können, als sie wesentlich dazu mitgewirkt hat, daß der Friede zwischen den europäischen Mächten erhalten worden ist, und zu ihnen allen Deutschlands Beziehungen nicht nur friedliche, sondern durchaus freundschaftliche geblieben sind und mit Gottes Hilfe bleiben werden.

Meine Herren, da der Herr Reichstanzler sich bereit erklärt hat, schon heute unsere Interpellation zu beantworten, so glaube ich annehmen zu dürfen, daß im Momente die Lage, trotz der alarmirenden Gerüchte der vorigen Woche, nicht mehr ganz so gespannt und weniger unmittelbar gefahrdrohend ist, als es noch vor acht Tagen schien.

Meine Herren, daß der versammelte Reichstag den dringenden Wunsch hegen muß, daß ihm seitens der deutschen Regierung Mittheilung über

die Lage im Orient und über die Haltung der deutschen Politik zu derselben gemacht werde, ist gewiß ein natürliches und berechtigtes Verlangen für die Vertretung einer großen Nation.

Wir Interpellanten haben selbstverständlich, indem wir die Interpellation einbrachten, welche, beiläufig bemerkt, zunächst weniger von meinen eigenen politischen Freunden, als von anderen Parteien angeregt worden ist, wir haben selbstverständlich Mittheilungen nur insofern beanspruchen können, als sie im Augenblick ohne Gefährdung des Friedens und ohne Verletzung deutscher Interessen dem Reichskanzler möglich sind.

Meine Herren, wenn die wechselnde Lage der letzten Wochen in diesen Tagen weniger gespannt erscheinen mag, namentlich den Fernerstehenden, als noch vor acht oder vierzehn Tagen, so ist sie gewiß immerhin schwierig genug, schwierig und verantwortlich, namentlich für die Leitung der deutschen Politik, aber auch für den Reichstag, der in seiner großen Mehrheit festentschlossen ist, die bewährte Leitung der deutschen Politik in ihrer friedliebenden, maßvollen und sicheren Haltung auf das entschiedenste zu unterstützen.

(Bravo!)

Auch die Stellung des Reichstags und die Haltung desselben zu diesen Verwirrungen im Orient ist keineswegs ohne Verantwortlichkeit. Meine Herren, in den beiden von mir erwähnten Thronreden ist mit Recht darauf hingewiesen, daß Deutschland an den Vorgängen im Orient weniger unmittelbar betheiligt sei, als andere europäische Mächte. Wir, meine Herren, wir haben allerdings ein unmittelbares Interesse in Deutschland auch daran, daß die Freiheit des Handels und der Schifffahrt im Schwarzen Meere erhalten bleibt. Im übrigen sind alle Beziehungen Deutschlands zu den Verhältnissen im Orient, die Verwickelungen, die daraus hervorgehen können, weit mehr indirekte, wie direkte. Durch den Fortgang von Verwickelungen, durch die Kriege, welche aus den orientalischen Wirren zwischen anderen europäischen Mächten entstehen können, können wir allerdings und müssen es besorgen, daß mit der Zeit auch Deutschland in Mitleidenenschaft gezogen wird. An der Erhaltung des Friedens unter den europäischen Mächten, trotz dieser orientalischen Wirren, haben wir ein sehr starkes Interesse, insofern mittelbar auch ein starkes Interesse an der richtigen und dauernden Regelung der Dinge im Orient. Nicht minder haben wir ein Interesse daran, daß die glückliche Entwicklung der europäischen Verhältnisse und die Stellung der einzelnen Mächte zu einander, speziell die Stellung Deutschlands in seinen friedlichen Beziehungen zu den übrigen europäischen Staaten seit dem französischen Kriege nicht wesentlich alterirt werde. Unsere Politik ist seitdem, mehr und mehr anerkannt auch von den andern Mächten, eine durchaus friedliebende gewesen. Den Frieden aufrecht zu erhalten, ist uns gelungen seit dem französischen Kriege. Wesentlich ist dies uns gelungen durch das Dreikaiserbündniß, die Stellung, welche Deutschland in demselben einnimmt, und den Einfluß, welchen das

Dreikaiserbündniß auf die Erhaltung des Friedens in Europa ausgeübt hat. Wir können im ganzen gewiß nur wünschen — ich glaube, daß dies die Auffassung der großen Mehrzahl der Vertreter des Reichstags ist —, daß im wesentlichen dieses Verhältniß nicht alterirt aus den orientalischen Wirren und deren endlicher Lösung hervorgehe. Vor allen Dingen, möchte ich hinzufügen, haben wir in Deutschland daran ein Interesse, und das würde uns am stärksten treffen, daß nicht etwa der Verlauf der Wirren im Orient, die friedliche oder kriegerische Lösung derselben die Interessen Oesterreichs wesentlich alterire und schädige,

(Hört! Bravo!)

oder gar zu einer erheblichen Schwächung von Oesterreich führe.

(Sehr gut!)

Meine Herren, der wechselvolle Verlauf des Kriegs zwischen Rußland und der Türkei hat die Gefahr zu verschiedenen Malen nahe gerückt, daß aus dem isolirten Krieg zwischen einer europäischen und einer nur zum Theil kaum europäisch zu nennenden Macht weitere Verwickelungen und Kriege zwischen europäischen Mächten selbst hervorgehen könnten. Die Gefahr ist in sehr verschiedener Weise hervorgetreten und auch die Besorgnisse, welche sich an den Gang der Dinge für Deutschland selbst knüpften. Als im Beginn und im ersten Verlauf des Krieges trotz der größten Anstrengungen russischerseits die Erfolge ausblieben, als die Verluste sich mehrten, erhebliche Niederlagen eintraten, entscheidende Erfolge fast hoffnungslos erschienen, da lag die Gefahr vor, und die Besorgniß war auch in Deutschland nicht gering, daß gerade durch eine starke Ermattung und Schwächung des großen russischen Reichs trotz dieser unerhörten Anstrengungen eine sehr veränderte Position Rußlands und seiner Stellung im Dreikaiserbündniß wie überhaupt zu anderen europäischen Mächten die Folge sein könne. Wäre das eingetreten, so würde voraussichtlich Deutschland in ganz neue Combinationen hineingezogen oder gedrängt werden. Die Gefahr daraus war gewiß nicht gering, und ob wir in einer so veränderten Lage unsere eigenen Interessen und den Frieden so sicher würden erhalten können, als bis dahin geschehen war, während des Bestandes einer starken russischen Macht, dürfte mindestens sehr zweifelhaft sein. Die etwaigen Besorgnisse, die in dieser Richtung in Deutschland hervorgetreten waren, sind allerdings seit der Uebergabe von Plewna wesentlich beseitigt. Durch den Fall von Plewna, die energische, rasche und glänzende Ausnutzung dieses Erfolges ist die ganze Situation wie mit einem Schlage verändert. Und wenn wir jetzt Besorgnisse in Deutschland haben für die Folgen dieses Kriegs, für die Verwicklung Rußlands mit andern Mächten, für die Bedrohung auch unserer Sicherheit, wenigstens der jetzigen gesicherten Stellung Deutschlands, so liegt diese Sorge jetzt auf ganz entgegengesetztem Gebiet,

(hört! hört! sehr gut!)

daß nämlich Rußland im Bewußtsein seiner außerordentlichen Anstrengungen, in dem Gefühl des unerwarteten wunderbaren Umschlags der Ge-

schide des Kriegs, nach der vollständigen militärischen Niederwerfung der Türkei, gegenüber den mancherlei inneren Schwierigkeiten Oesterreich-Ungarns und bei der isolirten Stellung Englands Forderungen erheben möchte, weit hinausgehend über das durch seine eigenen Interessen berechnigte Verlangen, tief eingreifend und verlegend für legitime Interessen anderer Staaten. Ob diese Gefahr ganz beseitigt ist, wer mag das zu sagen wagen? Wir, meine Herren, wir können wünschen, daß die richtige Einsicht in die Verhältnisse, in die eigenen und die Kräfte anderer Staaten eine besonnene Würdigung der wirklichen dauernden eigenen Interessen und der ebenso begründeten dauernden Interessen anderer Länder Rußland bewegen würde, unberechtigte, die Stellung und das Interesse anderer europäischen Staaten wahrhaft verletzende Forderungen nicht zu erheben, trotz seiner glänzenden Erfolge.

Meine Herren, daß ein so mächtiges Reich wie Rußland nach solchen Anstrengungen, nach so schweren finanziellen und militärischen Opfern, nach so großen Menschenverlusten nicht ohne Erfolg als Sieger aus einem solchen Kriege hervorgehen will, ist etwas so menschliches, so natürliches, historisch begründetes, daß niemand in der Richtung berechnigte Ansprüche Rußlands würde ablehnen können, Ansprüche, welche vermuthlich auch nicht allein auf die Besserung der Lage der christlichen Bevölkerung in der Türkei sich beschränken werden. Es ist wohl denkbar, daß es auch noch andere Forderungen und Erfolge der russischen Politik geben kann, abgesehen von dem Verlangen einer endlichen Regelung und Besserung der Verhältnisse der christlichen Bevölkerung im Orient, welche in mancher Hinsicht vielleicht unerwünscht, aber doch nicht so eingreifend und verlegend für die Interessen der andern europäischen Staaten sein können, daß aus ihnen nothwendig ernsthaftes Verwicklungen und Kriege hervorgehen müßten. Meine Herren, welche Linie die russische Politik in dieser Hinsicht einhalten wird, das vermag ich am wenigsten in diesem Moment zu beurtheilen. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß auch die Erwägung bei den Leitern der russischen Politik nicht verloren gehen wird, daß die zweifelhaften Chancen neuer Verwicklungen und eines neuen etwa durch übermäßige Ansprüche Rußlands hervorgerufenen Kriegs auch das in Gefahr stellen könnten, was jetzt von Rußland erreicht ist und gesichert werden kann.

(Sehr richtig! Sehr wahr!)

Meine Herren, die deutsche Politik hat gewiß keine leichte Aufgabe. Der Herr Reichskanzler, in dessen Hand die bewährte Leitung unserer Politik schon seit Jahren gelegen hat, wird aber mit Sicherheit auf die volle Unterstützung des Reichstags auch im Weitergange, auch bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Orientfrage mit Sicherheit rechnen können jetzt und in Zukunft!

Meine Herren, als die deutsche Macht in Folge des Kriegs von 1866 und noch mehr in Folge des Kriegs von 1870/71 sich in

Europa neu etablirt hatte, da war die vorhergegangene erfolgreiche militärische Leistung eine so überwältigende, daß in der That damals ernste Besorgnisse an ein Uebergreifen der deutschen Politik auf Grund dieses Erfolgs bei großen und kleinen Staaten in Europa sich gezeigt haben. Die Art und Weise, wie seit dem französischen Krieg die deutsche Politik geleitet ist, hat aber mit jedem Jahr mehr das Vertrauen zu der Friedensliebe und zu der maßvollen Haltung dieser Politik erhöht.

(Bravo! sehr gut!)

Meine Herren, weshalb sollten wir auch in Deutschland in unserer zentralen gefährlichen Lage nicht vor allen anderen Mächten die Erhaltung des Friedens wünschen, nachdem das, was für die europäische Stellung Deutschlands nothwendig ist, durch den siegreichen Krieg mit Frankreich definitiv erreicht ist? Wo kann selbst ein neuer siegreicher Krieg, den wir allein oder mit Verbündeten führen, uns noch einen Machtzuwachs, eine Gebietserweiterung zuführen, welche für uns nicht mehr eine Verlegenheit, als ein Gewinn sein würden?!

(Zustimmung von allen Seiten des Hauses.)

Für uns ist eine friedliche Politik durch die ganze Stellung, wie wir sie erworben haben, ausreichend auch für den weitgehendsten Ehrgeiz einer großen Nation, —

(Bravo! sehr richtig!)

für die ganze Lage, in welcher wir uns in Europa befinden, so entschieden vorgezeichnet, daß in unsere Interessen von anderer Seite stark eingegriffen werden muß, um uns von dieser Linie abzubringen. Wir haben keinen Grund, die Initiative zu Kriegen zu ergreifen; am wenigsten etwa auf Grundlage von allerlei Kombinationen, wie sie jetzt seit Monaten wieder einmal durch die europäische Presse schwirren, wegen Veränderungen nicht bloß im Orient. Meine Herren, wir sind in Deutschland in einer geographischen Lage, umgeben von anderen starken Militärstaaten, wo die Defensive bereits die größte Anspannung unserer Volkskräfte erfordert. Wir tragen diese Last, so schwer wie sie ist; wir werden sie noch für lange Zeit tragen müssen, so lange die Zustände in Europa nicht ganz wesentlich sich ändern sollten, was niemand für eine berechenbare Zeit erwarten kann; wir müssen diese Last tragen, obwohl der Reichtum in Deutschland nicht in dem Maße entwickelt ist, als er in Frankreich und England schon seit mehreren Menschenaltern entwickelt war. Wir tragen diese Last als eine Nothwendigkeit, als eine Pflicht, um die Stellung zu vertheidigen, die wir uns erkämpft haben, die berechnete Stellung Deutschlands in Europa, zur Sicherung unserer eigenen Interessen. Wenn wir sie tragen, dann wird aber die Pflicht erleichtert wesentlich auch durch die Empfindung, daß die militärische Macht Deutschlands so stark ist, daß sie auch geeignet erscheint, den Frieden im übrigen Europa zu erhalten, auch da, wo unser Interesse nicht unmittelbar bedroht ist, und uns somit zu bewahren vor gefährlichen Kombinationen, die aus den Kriegen anderer

europäischer Mächte hervorgehen können für eine spätere Zukunft, uns zu bewahren vor der Hereinziehung in solche Kriege, wenn sie längere Dauer haben sollten.

Die Rolle, welche Deutschland gegeben ist, dem militärisch mächtigsten Staate auf dem Kontinent, ist gewiß eine verantwortliche und gefährliche. Wir sehen aber zum Glück seit Jahren die Leitung unserer auswärtigen Politik in einer Hand, der wir mit vollem Vertrauen folgen, auch da, wo es nicht möglich ist, uns in alle einzelnen Gänge der Politik einzuweisen.

Hoffen wir, meine Herren, daß auch jetzt es der uneigennütigen deutschen Politik und ihrem Einflusse gelingen wird, bei den weiteren Verhandlungen über die Lösung der orientalischen Frage den Frieden aufrecht zu erhalten, ohne unsere Interessen zu gefährden. Gelingen wird es hoffentlich, wenn unsere Stimme sich erhebt, diese Stimme einer uneigennütigen deutschen Politik für Aufrechterhaltung des Friedens, für eine dauernde, auch für die christliche Bevölkerung im Orient erträgliche europäische Regelung der dortigen Zustände.

(Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellation ertheile ich das Wort dem Herrn Reichskanzler.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich bitte zuvörderst um die Nachsicht des Reichstags, wenn ich nicht im Stande sein sollte, alles, was ich zu sagen habe, stehend zu sagen. Ich bin nicht so gesund, wie ich vielleicht aussehe.

Auf die Sache eingehend, so kann ich nicht leugnen, daß ich beim ersten Anblick der Interpellation Zweifel gehabt habe, nicht ob ich sie überhaupt beantworten könnte — denn die Fragestellung läßt mir ja auch frei, sie mit Nein zu beantworten — aber ob ich dieses Nein würde sagen müssen, nicht etwa, wie man gewöhnlich annimmt, weil ich besonders viel zu verschweigen hätte, durch dessen Offenbarung unsere Politik compromittirt, in einer unerwünschten Weise gebunden werden könnte, sondern umgekehrt, weil ich, um freiwillig das Wort zu einer Eröffnung gegenüber der Vertretung des Reichs zu nehmen, eigentlich nicht genug zu sagen habe, was nicht schon öffentlich bekannt wäre.

Die Verhandlungen des englischen Parlaments haben ja die Beantwortung des einen Theils der Frage, nämlich, „welches die politische Lage im Orient augenblicklich sei“, fast schon erschöpft. Wenn ich trotz der Armuth, mit der ich vor Sie trete, doch nicht Nein gesagt habe, so ist es wegen der Befürchtung, daß man daraus schließen könnte, ich hätte vieles zu verschweigen, und ein solcher Eindruck hat immer etwas beunruhigendes, namentlich wenn sich Berechnungen daran knüpfen, dieses Schweigen auszubenten. Und deshalb spreche ich um so lieber ganz offen, als ich nach der Art, wie die Interpellation eingeleitet worden ist, den Eindruck bekomme, daß die deutsche Politik im ganzen nichts weiter zu

thun haben wird, als ihren bisherigen Gang unentwegt und unbeirrt fortzusetzen, um der Meinung der Majorität des Reichstags, insoweit ich die eben gehörten Aeußerungen als einen Ausdruck derselben betrachten darf, zu entsprechen.

(Bravo!)

Was die jetzige Lage betrifft, so vermurthe ich allerdings, daß dasjenige, was ich darüber sagen kann, Ihnen schon bekannt ist; Sie wissen aus den öffentlichen Blättern und aus den englischen Parlamentsverhandlungen, daß im Orient man augenblicklich sagen kann: „die Waffen ruhn, des Krieges Stürme schweigen,“ — gebe Gott auf lange! Der Waffenstillstand, der abgeschlossen worden ist, gibt der russischen Armee eine zusammenhängende Stellung von der Donau bis zum Marmarameer, mit der Basis, die ihr früher fehlte, nämlich den Donaustellungen, — ein Moment, welches mir mit das wichtigste in dem ganzen Waffenstillstand erscheint, welches aber von keiner Seite eine Anfechtung erfahren hat. Sie schließt von der russischen Besatzung aus, wenn ich vom Norden anfangen soll, einen viereckigen Ausschnitt, der Borna und Schumla umfaßt, an der Küste des Schwarzen Meeres nördlich bei Valtchit, südlich etwas vor der Bai von Burgas endet und sich in das Land hinein erstreckt bis etwa nach Rasgrad — eine ziemlich viereckige Strecke. Sie schließt aus Konstantinopel und die Halbinsel Gallipoli, also diejenigen beiden Punkte, auf deren Freibleiben von der russischen Besatzung ein wesentlicher Werth von anderen theilnehmenden Mächten gelegt wird.

Diesem Waffenstillstand vorhergegangen sind gewisse Friedenspräliminarien, die auf die Gefahr hin, Ihnen bekanntes zu sagen, ich obiter recapitulire, um daran die Frage zu knüpfen, ob in einer derselben ein deutsches Interesse engagirt ist. Es handelt sich zunächst um die Konstitution Bulgariens

„dans des limites déterminées par la majorité de la population bulgare, et qui ne sauraient être moindres que celles indiquées dans la conférence de Constantinople.“

Der Unterschied zwischen diesen beiden Begrenzungen ist meines Erachtens nicht von der Erheblichkeit, daß darum der Frieden Europas verständigerweise gestört werden könnte. Die ethnographischen Nachrichten, die wir darüber haben, sind ja nicht authentisch, sind lückentweise; das Beste, was wir kennen wenigstens, ist von deutschen Händen geliefert in den Niepert'schen Karten. Darnach geht die nationale Grenze, die Grenze der bulgarischen Nationalität, ziemlich unvermischt im Westen bis dicht über Salonichi herunter und im Osten mit zunehmender Mischung mit türkischen Elementen bis gegen das Schwarze Meer hin, während die Konferenzgrenze, soweit sie sich genau aus den Verhandlungen nachspüren läßt, namentlich in der östlichen Begrenzung vom Meere aus etwas nördlich von der Grenze der Nationalität bleibt, während sie zwei verschiedene bulgarische Provinzen in Aussicht genommen hat, und im Westen vielleicht

etwas weiter als die bulgarische Nationalität in die mit albanischen Volksstämmen gemischten Bezirke hineingreift. Die Verfassung von Bulgarien würde nach den Präliminarien etwa eine ähnliche sein, wie die von Serbien vor der Räumung von Belgrad und anderen festen Punkten; denn dieser erste Absatz der Präliminarien schließt mit den Worten:

„L'armée ottomane n'y séjournerait plus,“
und in Parenthese:

„(sauf quelques points à déterminer d'un commun accord).“

Es wird also eine Sache der Unterhandlung unter den Mächten, welche den Pariser Vertrag von 1856 abgeschlossen haben, sein, diese hier offen oder unbestimmt gelassenen Sätze näher zu bestimmen, sich darüber mit Rußland zu vereinigen, wenn es, wie ich hoffe, sein kann.

Dann folgt:

l'indépendance du Monténégro — — —

ebenso von Rumänien und Serbien; Bestimmungen über Bosnien und die Herzegowina, deren Reform „serait analogue“.

Alle diese Sachen berühren meiner Ueberzeugung nach das deutsche Interesse nicht in dem Maße, daß wir darüber die Beziehungen zu unseren Grenznachbarn, zu unseren Freunden aufs Spiel setzen könnten. Wir vermögen uns die eine oder die andere Bestimmung darüber gefallen zu lassen, ohne an unseren Interessen Schaden zu leiden.

Es folgt dann unter 5 eine Bestimmung über die Kriegskosten, die offen läßt ob „le mode, soit pécuniaire, soit territorial“ sein könnte „de cette indemnité.“ Das ist eine Sache, die im wesentlichen, soweit es pekuniär sein würde, die Kriegführenden betrifft, soweit es territorial sein würde, die Kontrahenten des Pariser Vertrags betrifft und mit deren Sanction zu regeln sein würde.

Dann folgt der Punkt der Dardanellen, über den meines Erachtens sehr viel mehr Sorge in der Welt verbreitet ist, als durch die tatsächliche Möglichkeit seiner Entwicklung und Wahrscheinlichkeit gerechtfertigt ist. Es heißt darin ganz allgemein:

„Sa Majesté le Sultan conviendrait de s'entendre avec Sa Majesté l'Empereur de Russie pour sauvegarder les droits et les intérêts de la Russie dans les détroits du Bosphore et des Dardanelles.“

Die Frage der Dardanellen hat eine gewaltige Wichtigkeit, wenn es sich darum handelt, die dortige Durchfahrt, den Schlüssel des Bosporus und zur Dardanellenstraße, in andere Hände zu legen als bisher, wenn es sich darum handelt, zu entscheiden, ob Rußland die Dardanellen nach Belieben soll schließen oder öffnen können.

(Sehr gut!)

Alle anderen Stipulationen werden sich immer nur auf die Zeit des Friedens beziehen können, und für den Fall des Krieges, also den wichtigeren, wird es immer darauf ankommen, ob der Inhaber des Schlüs-

sels der Dardanellen im Bunde oder in der Abhängigkeit mit den drin oder draußen Wohnenden, von Rußland oder von Rußlands Gegnern ist. Im Falle des Krieges würde diese Vertragsbestimmung, die man treffen könnte, so lange die Dardanellen eben in Händen sind, die im Frieden gewiß von Rußland unabhängig sind, meines Erachtens nicht die Bedeutung haben, die man ihr beilegt. Es kann für die Anwohner des mittelländischen Meeres von Interesse sein, ob die russische Flotte im Schwarzen Meere berechtigt ist, in Friedenszeiten durch die Dardanellen zu fahren und sich dort zu zeigen; wenn sie sich dort zeigt, würde ich aber immer, wie beim Barometer auf gut Wetter, hier auf Frieden schließen; wenn sie sich aber zurückzieht und sich vorsorglich dort einschließt, dann würde man vermuthen können, daß vielleicht Wolken aufsteigen. Aber die Frage, ob im Frieden durch die Dardanellen Kriegsschiffe fahren können, halte ich zwar nicht für unwichtig, aber doch nicht für so, daß man deshalb Europa sollte in Brand stecken können.

Die Frage, ob der Besitz der Dardanellen in eine andere Hand übergeht, das ist ein ganz anderes Ding, aber eine Eventualität und Konjunktur, die meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation nicht vorliegt und über die ich mich deshalb nicht aussprechen will. Mir kommt es im Augenblick nur darauf an, ungefähr, soweit ich es kann, das Gewicht der Interessen zu bezeichnen, über welche ein weiterer Krieg, nachdem der russisch-türkische thatsächlich sein Ende erreicht hat, entstehen könnte, und deshalb kommt es mir darauf an, zu präzisiren, daß die Friedensbestimmungen über die Frage der Dardanellen in Bezug auf Kriegsschiffe kaum so wichtig sind, wie in Bezug auf den Handel; darin liegt zunächst das hervorragendste deutsche Interesse im Orient, daß uns die Wasserstraßen, sowohl die der Meerengen wie die der Donau vom Schwarzen Meer aufwärts, in derselben Weise wie bisher frei bleiben.

(Sehr gut!)

Das ist auch wohl sicher, daß wir das erreichen, ja, es ist gar nicht in Frage gestellt; in einer amtlichen Mittheilung, die mir von Petersburg darüber vorliegt, wird über diesen Punkt einfach Bezug genommen auf die bestehenden Stipulationen des Pariser Friedens; es kommt hier nichts in Frage, wir können nicht besser, nicht schlechter gestellt werden, als wir bisher gestanden haben.

Das Interesse, welches wir an einer besseren Regierung der christlichen Nation, an einem Schutz gegen Gewaltthaten, wie sie leider unter türkischer Herrschaft mitunter vorgekommen sind, haben, wird durch die zuerst genannten Punkte gewahrt werden, und das ist das zweite, minder direkte, aber doch menschlich (?) indizierte Interesse, welches Deutschland in der Sache hat.

Der Rest der Präliminarienstipulationen besteht in — ich will nicht sagen, Redensarten, es ist ein amtliches Aktenstück — aber er hat keine Wichtigkeit für unsere heutige Verhandlung.

Mit dieser Darlegung habe ich, soweit ich kann, den ersten Theil der Interpellation über die Lage der Dinge im Orient beantwortet und fürchte, daß ich Niemand in dieser Sache etwas neues gesagt habe.

Der fernere Theil der Frage betrifft die Stellung, die Deutschland zu diesen Verhältnissen, zu diesen Neuerungen genommen hat respektive nehmen wird, die genommmene und die zu nehmende Stellung.

In Bezug auf die genommmene Stellung kann ich Ihnen für den Augenblick keine Mittheilungen machen; denn wir sind amtlich seit sehr kurzer Zeit, ich kann wohl sagen, buchstäblich erst seit diesem Morgen im Besitz der Aktenstücke, auf die ich vorhin Bezug nahm.

(Hört! hört!)

Was wir früher davon wußten, stimmte ungefähr damit überein, war aber nicht von der Natur, daß wir amtliche Schritte daran knüpfen konnten, es waren dies Privatmittheilungen, die wir der Gefälligkeit anderer Regierungen verdankten.

(Hört! hört!)

Also amtliche Schritte hierüber sind von uns noch nicht gethan, und angesichts der, wie ich hoffe, bevorstehenden Konferenzen wäre es voreilig, solche zu thun, bevor man nicht auf den Konferenzen diese Mittheilungen als Material vorliegen hat und in der Lage ist, die Meinungen darüber gegenseitig auszutauschen. Was eine Aenderung gegen die Stipulationen von 1856 sein wird, das wird also der Sanktion bedürfen; wenn es sie nicht erhielt, folgt daraus immer noch nicht nothwendig ein neuer Krieg, aber es folgt ein Zustand daraus, den, glaube ich, alle Mächte Europas Grund haben zu vermeiden, — ich möchte ihn fast nennen eine Verjümpfung der Frage. Nehmen Sie an, daß in der Konferenz eine Einigung über das, was zu geschehen hat, nicht zu Stande käme, daß die betheiligten Mächte, welche solches vorzugsweises Interesse haben, den russischen Stipulationen zu widersprechen, sagen: es konvenirt uns in diesem Augenblick nicht, darüber Krieg zu führen, aber einverstanden sind wir mit dem, was ihr abgemacht habt, auch nicht, wir behalten uns unsere Entschließung vor, — das ist doch ein Zustand der Dinge, der auch der russischen Politik nicht erwünscht sein kann. Die russische Politik sagt mit Recht: wir haben keine Neigung, uns alle zehn oder zwanzig Jahre der Nothwendigkeit einer türkischen Kampagne auszusetzen, die sehr aufreibend, anstrengend und kostspielig ist; aber sie kann auch nicht wünschen, dieser Gefahr die einer sich vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren wiederholenden österreichisch-englischen Verwicklung zu substituiren. Ich glaube also, es liegt auch im Interesse Rußlands, wie es in dem aller übrigen liegt, zu einer Abmachung zu kommen und die Sache nicht unabgemacht auf spätere, vielleicht unbequemere Zeiten zu verschieben.

Daß Rußland geneigt sein könnte, die Anerkennung der Aenderungen, die es für nothwendig hält, von den übrigen europäischen Mächten durch Krieg zu erzwingen, halte ich für eine Erwägung, die von aller Wahr=

scheinlichkeit ausgeschlossen ist. Rußland würde sich muthmaßlich, wenn es die Zustimmung der übrigen Unterzeichner der Traktate von 1856 nicht jetzt erreichen könnte, mit dem Gedanken „*beati possidentes*“ begnügen. Es tritt dann die andere Frage ein, ob diejenigen, die unzufrieden sind mit den russischen Abmachungen und in erster Linie dabei interessiert sind, wirkliche, eigene materielle Interessen dabei haben, bereit sind, Krieg zu führen, um Rußland zu nöthigen, seine Bedingungen abzuschwächen, einen Theil davon aufzugeben, auf die Gefahr hin, in Rußland bei der Heimkehr der Truppen vielleicht das Gefühl zu hinterlassen, was etwa Preußen gehabt hat nach den Friedensschlüssen von 1815, also eine zurückgetretene Empfindung, daß die Sache eigentlich nicht zu Ende wäre und noch einmal versucht werden müßte, wenn es gelänge, Rußland zu zwingen, davon mehr aufzugeben als erträglich.

Wenn dies durch Krieg gelänge, würde man also als Zweck dieses Krieges ansehen müssen: Rußland aus den bulgarischen Stellungen, die es augenblicklich inne hat, aus der Konstantinopel ohne Zweifel bedrohenden Stellung — indessen es hat noch keine Miene gemacht, Konstantinopel zu besetzen — aus dieser Stellung zu vertreiben. Dann aber fällt auch denen, die dieses Ziel durch siegreichen Krieg erreicht haben würden, die Aufgabe und die Verantwortung zu, darüber zu bestimmen, was aus diesen Ländern der europäischen Türkei nunmehr werden soll. Ob sie bereit sind, ganz einfach die türkische Herrschaft wieder einzusetzen bis an ihre vollen Grenzen nach dem, was auf der Konferenz gesagt und beschlossen ist, halte ich nicht für wahrscheinlich; sie würden also irgend eine Bestimmung darüber treffen müssen, sehr verschieden von dem, was jetzt vorgeschlagen wird, im Prinzip kann es kaum sein, es kann in der Ausdehnung, in der räumlichen Ausdehnung, in dem Maße von Abhängigkeit wohl abweichen, aber ich glaube z. B. nicht, daß die nächst benachbarte Macht, Oestreich-Ungarn, bereit wäre, die ganze Erbschaft der heutigen russischen Eroberungen zu übernehmen und für die Zukunft dieser slavischen Länder die Verantwortung zu übernehmen, sagen wir durch Einverleibung in den ungarischen Staat oder durch Vasalleneinrichtung; ich glaube nicht, daß das ein Ziel ist, was die österreichische Politik sehr lebhaft wünschen kann ihren eigenen slavischen Unterthanen gegenüber, nun der verantwortliche Herausgeber der künftigen Zustände auf der Balkanhalbinsel sein zu müssen, und das wäre im Falle des Sieges die Situation.

Ich stelle alle diese Eventualitäten, an die ich nicht glaube, nur hin, um zu beweisen, wie gering in meinen Augen die berechnete Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges ist, daß über eine etwas größere oder geringere Ausdehnung, wenn es nicht eben ganz grobe Verhältnisse wären, eines tributären Landes ein verheerender europäischer Krieg zwischen zwei großen benachbarten und befreundeten Mächten beschlossen werden sollte, mit kaltem Blute beschlossen werden sollte.

(Bravo!)

Das Blut wird ja kälter sein, wenn wir erst in der Konferenz vereinigt sind.

Um diesen Eventualitäten zu begegnen, ist also der Gedanke der Konferenz zuerst von der österreichisch-ungarischen Regierung vorgeschlagen, wir sind von Hause aus, ich glaube, beinahe die ersten gewesen, die bereitwillig darauf eingegangen sind. Es haben sich Schwierigkeiten über die Wahl des Ortes der Konferenz erhoben, die meines Erachtens zu der Bedeutung der Sache nicht im Verhältniß stehen. Indes auch in der Beziehung haben wir keine Schwierigkeiten gemacht, wir haben uns mit den Lokalen, die überhaupt in Frage gekommen sind, einverstanden erklärt, es sind das Wien, Brüssel, Baden-Baden, Wiesbaden, Wildbad,

(Weiterkeit)

ein Ort in der Schweiz, — ich muß indessen sagen, Wildbad nur durch sich selbst angemeldet —

(Weiterkeit)

aber es ist auch Stuttgart genannt; alle diese Orte wären uns genehm gewesen. Es scheint — wenn ich richtig unterrichtet bin, und es muß sich in wenigen Tagen entscheiden — daß die Wahl schließlich sich auf Baden-Baden fixiren wird. Unser Interesse, was von denjenigen Mächten, mit denen wir darüber korrespondirt haben, getheilt wird, ist die Beschleunigung der Konferenz ganz unabhängig von der Wahl des Ortes; es ist für uns ziemlich gleichgültig, wo die Konferenz stattfindet. Ich habe in Bezug auf deutsche Orte weiter keine Meinung geäußert als die, daß auf deutschem Boden auch deutsches Präsidium stattzufinden haben werde,

(Bravo!)

eine Auffassung, der von keiner Seite widersprochen ist. Ob nach der Anerkennung des Prinzips aus Gründen der Zweckmäßigkeit absolut daran festzuhalten sein wird, wird sich finden je nach dem Personalbestande, der sich auf der Konferenz herausstellt, deren Abhaltung überhaupt ich meiner persönlichen Ueberzeugung nach als gesichert ansehe, und die, wie ich vermuthet, in der ersten Hälfte des März wird beginnen können.

(Hört, hört!)

Es wäre wünschenswerth, daß es früher sein könnte, um der Ungewißheit, die sich daran knüpft, ein Ende zu machen, aber die Mächte werden doch, bevor sie zusammentreten, einen Austausch von Meinungen unter sich wünschen, und die Verbindungen mit dem Kriegsschauplatz sind in der That sehr langsam, die Verspätung der Mittheilungen, die an uns gelangt sind, waren und wurden motivirt durch Verspätung der Eingänge eben vom Kriegsschauplatz. Es fällt ja die Vermuthung, die eine Zeit lang in öffentlichen Blättern sich hat sehen lassen, als ob diese Verspätung eine absichtliche wäre, vollständig in sich zusammen, sobald man sich klar macht, daß das Vorrücken der russischen Armee in der Zeit nach dem 30. Januar ein Ergebnis der Waffenstillstandsbedingungen war und nicht etwa eine Benützung irgend eines künstlich gewonnenen tempus utile. Die Grenze,

innerhalb deren sich die russische Truppenaufstellung heute befindet, ist die im Waffenstillstand vorbehaltene Demarkationslinie, und ich glaube an eine absichtliche Verzögerung von keiner Seite und glaube von allen Seiten an den ehrlichen Willen, die Konferenz bald zu beschicken. Wir werden jedenfalls dazu thun, was wir können.

Ich komme zu dem schwierigsten Theil — ich bitte um Verzeihung, wenn ich einen Augenblick sitzend fortfahre — ich komme zu dem schwierigsten Theil der mir gestellten Aufgabe, zu der Darlegung, soweit es möglich ist, der von Deutschland auf der Konferenz einzunehmenden Stellung. Sie werden da von mir nichts anderes erwarten als allgemeine Gesichtspunkte unserer Politik, deren Programm Herr von Bennigsen klar und ausführlich, fast ausführlicher, als es mir in diesem Moment meine Kräfte noch erlauben würden, wiedergegeben hat.

Wenn von vielen Seiten an uns die Zumuthung gekommen ist — aber von keiner Regierung, sondern nur von Stimmen in der Presse und sonstige wohlgemeinte Rathschläge —, wir sollten von Hause aus unsere Politik fest legen und sie anderen aufdrängen in irgend einer Form, so muß ich sagen, daß ich das doch mehr für Proßpolitik als für Staatenpolitik halte.

(Heiterkeit.)

Ich will hier gleich die Schwierigkeit und Unmöglichkeit davon mehr motiviren. Nehmen Sie an, daß wir jetzt auch nur ein festes Programm aussprechen, an das uns zu halten wir, wenn wir es hier von amtlicher Stelle öffentlich, nicht nur vor Ihnen, sondern vor Europa, verkündigen, gebunden sein würden, so würden wir dadurch bei allen denen, die es für sich günstig finden, eine gewisse Prämie auf ihre Unverträglichkeit setzen.

(Sehr wahr! Heiterkeit.)

Wir würden ferner uns die Rolle der Vermittelung in der Konferenz, auf die ich den allerhöchsten Werth lege, fast unmöglich machen, weil jeder mit dem menu der deutschen Politik in der Hand, uns sagen könnte: soweit kann die deutsche Vermittelung gehen, das kann sie thun, das kann sie nicht thun. Die freie Hand, welche Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ganz ohne Mitwirkung in der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergirenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des deutschen Reichs,

(sehr gut!)

sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im Uebrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu zitiren — mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu Stande bringen will.

(Heiterkeit.)

Wir sind in der Lage also, einer Macht, die geheime Wünsche hat, die Verlegenheit zu ersparen, bei ihrem, ich will einmal Kongreßgegner sagen, sich entweder einen Korb oder eine unangenehme Antwort zu holen. Wenn wir mit beiden gleich befreundet sind, können wir zuvor sondiren und dem anderen sagen: thue das nicht, versuche es so und so anzubringen. Das sind geschäftliche Hilfsmittel, die sehr zu schätzen sind. Ich habe eine langjährige Erfahrung in diesen Dingen und ich habe mich oft überzeugt, wenn man zu zweien ist, fällt der Faden öfter, und aus falscher Scham nimmt man ihn nicht wieder auf. Der Moment, wo man den Faden wieder aufnehmen könnte, vergeht, und man trennt sich in Schweigen und ist verstimmt. Ist aber ein Dritter da, so kann dieser ohne weiteres den Faden wieder aufnehmen, ja wenn getrennt, bringt er sie wieder zusammen. Das ist die Rolle, die ich mir denke, und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht, in denen wir in erster Linie mit unseren befreundeten Grenznachbarn, Grenznachbarn auf langgedehnten Grenzstrecken, überhaupt leben, und dann vermöge der seit einem Austrum bestehenden Einigkeit der drei Kaiserhöfe, die aber auch dem vertrauten Verhältniß entspricht, in dem wir mit einem anderen Hauptinteressenten, mit England, uns befinden. Wir sind mit England in der glücklichen Lage, keinen Streit der Interessen zwischen uns zu haben, es seien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verstimmungen, die ja vorkommen, aber doch nichts, was ernsthaft zwei arbeitssame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte, und ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umständen ebenso gut Vertrauensperson sein können, als ich sicher bin, daß wir es zwischen Oestreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können.

(Bravo!)

Das Dreikaiserverhältniß, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündniß nennt, beruht überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohen Herren zu einander haben und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basirten Verhältnisse der leitenden Minister in allen drei Reichen.

(Bravo!)

Wir haben stets vermieden, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen Oesterreich und Rußland waren, eine Majorität von zwei gegen eines zu bilden, indem wir bestimmt für Einen Partei nahmen, auch wenn unsere Wünsche etwa in der Beziehung nach der einen Seite mehr als nach der anderen uns hingezogen hätten. Wir haben uns dessen enthalten, weil wir besorgten, daß das Band doch nicht stark genug sein möchte, und gewiß kann es so stark nicht sein, daß es eine dieser Großmächte veranlassen könnte, aus Gefälligkeit für eine andere die eigenen unbefreitbaren staat-

lichen und nationalen Interessen darüber hintanzustellen. Das ist ein Opfer, was keine Großmacht pour les beaux yeux der anderen thut. Sie thut es, wenn statt der Argumente die Hindeutung auf die Machtverhältnisse eintritt. Da kann sie unter Umständen sagen: diese Konzession zu machen, ist mir sehr unangenehm, aber es ist mir noch unangenehmer, mit einer so großen Macht wie Deutschland etwa darüber in Zwist zu gerathen; indessen werde ich mir dieses merken und in Rechnung stellen. Das ist etwa die Art, wie dergleichen aufgefaßt wird, und ich komme nun auf die Nothwendigkeit, den übertriebenen Ansprüchen, die man an Deutschlands Vermittlung stellt, hier ganz entschieden entgegenzutreten und zu erklären, daß, so lange ich die Ehre habe, Rathgeber Seiner Majestät zu sein, nicht die Rede davon ist.

Ich weiß, daß ich in dieser Beziehung sehr viele Erwartungen täusche, die sich an die heutigen Eröffnungen anknüpfen; aber ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten,

(sehr gut!)

um, wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen.

(Bravo!)

Ich sehe z. B. in einem mir heute vorgelegten Pressauschnitt: „Die Politik Deutschlands in der entscheidenden Stunde“ ist der Titel eines bemerkenswerthen Artikels der „Allgemeinen Zeitung“, welcher die Nothwendigkeit einer Einmischung der dritten Macht im Bunde mit Oestreich und England verlangt. Wir sollen also Stellung zwischen England und Oestreich nehmen, um Rußland das Verdienst zu nehmen, die Konzessionen, welches es etwa dem europäischen Frieden machen kann, freiwillig zu machen. Ich zweifle nicht, daß Rußland das, was nach seinem Nationalgefühl, nach seinem eigenen Interesse, nach dem Interesse von 80 Millionen Russen möglich ist, dem europäischen Frieden zum Opfer bringt; ich halte an und für sich für überflüssig, das zu sagen, aber, wenn wir es thäten, so bitte ich doch die Herren, welche auf dergleichen denken — ich habe noch einen ähnlichen Artikel, „Deutschlands Schiedsrichterrolle“ ist er überschrieben, aus einem Berliner Blatte — nehmen Sie an: wir folgten diesen Rathschlägen und erklärten das Rußland in irgend einer höflichen und freundschaftlichen Weise, wir sind zwar seit 100 Jahren Freunde gewesen, Rußland hat uns Farbe und Freundschaft gehalten, während wir in schwierigen Verhältnissen waren; aber jetzt liegt die Sache doch so: im europäischen Interesse, als Policeman von Europa, als eine Art von Friedensrichter müssen wir dem Wunsche, diesen europäischen Anforderungen nicht länger widerstehen.

Es gibt in Rußland erhebliche Parteien, die Deutschland nicht lieben und die glücklicherweise nicht am Ruder sind, die aber auch nicht unglücklich sein würden, wenn sie ans Ruder kämen.

(Weiterkeit.)

Wie würden die nun zu ihren Landsleuten sprechen, vielleicht auch andere Leute, vielleicht auch noch andere Staatsmänner, die jetzt noch nicht unsere ausgesprochenen Feinde sind. Sie würden sagen: mit welchem Opfer an Blut, Menschen, Schätzen haben wir die Stellung erreicht, die seit Jahrhunderten das Ideal des russischen Ehrgeizes war! wir hätten sie gegen diejenigen Gegner, die ein wirkliches Interesse hätten, sie uns zu bestreiten, behaupten können; es ist nicht Oestreich, mit dem wir in mäßig intimen Verhältnissen lange Zeit gelebt haben, es ist nicht England, welches ganz offen anerkannte Gewinninteressen hat, — nein, unser intimer Freund, von dem wir glaubten wegen früher Gegendienste erwarten zu dürfen, Deutschland, welches kein Interesse im Orient hat, hat hinter unserem Rücken nicht den „Degen“ sondern den „Dolch“ gezückt. So würde die Redensart etwa lauten, das wäre das Thema, das wir dort hören würden, und dieses Bild, das ich in übertriebener Farbe — aber die russische Deklamation übertreibt auch — zeichnete und vor Augen führte, entspricht der Wahrheit, und wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Ritzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern.

(Bravo!)

Die Freundschaft, die uns glücklicherweise mit mehreren europäischen Staaten, ja mit allen wohl in diesem Augenblicke verbindet, — denn es sind die Parteien nicht am Ruder, denen diese Freundschaft ein Dorn im Auge ist —

(hört!)

diese Freundschaft deshalb aufs Spiel zu setzen mit dem einen Freunde, um einem anderen in Fragen, an welchem wir Deutsche ein direktes Interesse nicht haben, gefällig zu sein, mit unserem eigenen Frieden den Frieden anderer zu erkaufen, selbst gewissermaßen als Substitut auf der Mensur, um mich eines Universitätsausdrucks zu bedienen,

(Heiterkeit)

für den Freund einzutreten — das kann ich wohl, wo ich nichts als meine Person in die Schanze schlage, ich kann es aber nicht, wenn ich die Politik eines großen, mitten in Europa gelegenen Reichs von 40 Millionen Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber zu berathen habe, und deshalb erlaube ich mir hier, auf der Tribüne allen diesen Stimmen und Zumuthungen eine offene Absage zu erklären, daß ich mich darauf unter keinen Umständen einlassen würde, und daß keine Regierung, keine der am meisten interessirten uns eine Zumuthung derart gestellt hat. Deutschland ist, wie der Herr Redner bemerkte, durch seine Erstarkung auch zu neuen Verpflichtungen herangewachsen. Aber wenn wir eine große Anzahl Bewaffneter in die Wagschale der europäischen Politik werfen können, so halte ich doch niemanden dazu berechtigt, der Nation und dem Kaiser, den Fürsten, die im Bundesrath zu beschließen haben, wenn wir Angriffskriege

führen wollten, den Rath zum Appell an die erprobte Bereitwilligkeit der Nation zur Hingabe von Blut und Vermögen für einen Krieg zu ertheilen. Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige nothwendige Votum des Bundesrathes, sondern auch die volle Ueberzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt, — nur einen solchen Krieg bin ich bereit dem Kaiser anzurathen.

(Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung ertheile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hänel.

Abgeordneter Dr. Hänel: Ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

Präsident: Zur Geschäftsordnung ertheile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Magdžinski.

Abgeordneter Magdžinski: Ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

Präsident: Es ist von zwei Seiten die Besprechung der Interpellation beantragt. Nach § 33 der Geschäftsordnung muß dieser Antrag von 50 Mitgliedern unterstützt werden. Ich ersuche diejenigen Herren, die den Antrag auf Besprechung des Gegenstandes der Interpellation unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Es sind mehr als 50 Mitglieder, die sich erhoben haben; die Unterstützung reicht aus.

Ich eröffne die Besprechung und ertheile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hänel.

Abgeordneter Dr. Hänel: Meine Herren!

(Ruf: „Tribüne!“ — Redner begibt sich auf die Tribüne.)

Meine Herren, ich hatte nicht die Absicht diesen Platz zu betreten, weil ich durchaus nicht die Absicht habe, Ihnen eine längere und durchdachte Rede zu halten. Ich habe die Besprechung der Interpellation beantragt nicht aus einem Redebedürfnis; im Gegentheil: die Stellung, die ich hier einnehme, ist, ich darf wohl sagen, schwer gemacht, einmal durch die einleitende Rede des Herrn von Bennigsen und sodann durch die Eröffnungen, welche uns der Herr Reichskanzler gegeben hat. Und daß ich in dieser schwierigen Position bin, dazu kann ich mir nur gratuliren. Ich halte es aber doch von Werth, daß, so befriedigend auch die Einleitung und die Beantwortung der Interpellation unmittelbar auf diese Versammlung wirkte, die Punkte festgestellt werden, an welche sich diese Befriedigung auch für uns geknüpft hat.

Ich will hier vor allen Dingen den Schluß der Rede des Herrn Reichskanzlers nochmals akzentuiren. Er hat mit Energie es zurückgewiesen, daß man uns Deutsche in irgend welche kriegerische Politik

hineinnöthige oder hineinschmeichle, welche nicht durch das Lebensinteresse des deutschen Reichs bedingt wäre. Er hat mit Nachdruck jedwedes Schiedsrichteramt, jedwedes Schulmeisterthum, wie er sich in seiner feinen Ironie ausdrückte und welches nur napoleonische Traditionen in Europa erneuern könnte, zurückgewiesen.

Meine Herren, diese entschiedene Zurückweisung, ich habe sie lediglich mit Befriedigung abermals gehört, aber ich kann nicht sagen, daß ich dadurch überrascht worden bin. Ich glaube, diese Eröffnungen, wenn ich sie so bezeichnen darf, entsprechen durchaus dem Charakter der deutschen Nation und entsprechen denjenigen nationalen Erwartungen, die wir an die Gründung des deutschen Reichs geknüpft haben. Es ist von hoher Stelle, es ist aus kaiserlichem Munde zu wiederholten Malen gesagt worden, die Begründung der deutschen Nation in dem deutschen Reich, sie soll sein eine Bürgschaft des Friedens und der Freiheit, sie soll nirgends anknüpfen an die Tradition, welche einst das römische Reich deutscher Nation in Europa gepflegt hatte. In diesem Sinne ist in der That die Politik Deutschlands, so weit wir sie verfolgen können, seit 1870 geleitet worden. Wenn sie in diesem Sinne fortfährt, wenn sie verzichtet auf Vorherrschaft, wenn sie den Charakter eminenter Friedfertigkeit an sich trägt, dann bin ich, und ich darf es hier aussprechen im Namen nicht nur meiner Fraktion, überzeugt, daß der Beifall der Nation der Zeitung dieser Politik gewiß ist.

Meine Herren, Herr von Bennigsen hat in seiner einleitenden Rede es klar durchbliden lassen, daß diejenigen Erschütterungen, die vor wenigen Tagen in Bezug auf den europäischen Frieden gefürchtet wurden, wesentlich hervorgegangen sind aus der Haltung, die gegenwärtig die russische Macht eingenommen hat. Ich will auch hier betonen, daß auch meine Partei weit davon entfernt ist, irgend welche feindselige Haltung einnehmen zu wollen gegenüber Rußland. Auch wir sind überzeugt, daß es eine durchaus nicht nur moralisch, sondern auch politisch falsche Politik wäre, wenn wir nach den Worten des Fürsten Felix von Schwarzenberg eine Politik der Undantbarkeit verfolgen wollten, welche die Welt überraschte. Ich glaube, die Folgen dieser Politik sind für Oesterreich selbst nicht gerade zufriedenstellende gewesen. Wir müssen es anerkennen, daß die Haltung Rußlands in schwierigen Tagen Deutschlands eine solche war, daß wir ohne zwingende Gründe sie mit einer feindseligen Haltung zu erwidern weder moralisch noch politisch in der Lage sind. Wir sind ferner der Meinung, daß, wer Augen hat zu sehen, uns in der That nicht zumuthen kann, die Rückendeckung, die in jener freundschaftlichen Haltung zu Rußland liegt, ohne Noth und ohne zwingende Gründe preiszugeben. Wir haben dies bei anderer Gelegenheit konstatiert, als eine falsche Auffassung einer Interpellation, die von uns ausging, die Deutung herbeiführte, als ob wir uns gleichsam ins Blaue hinein zu antirussischen Demonstrationen herbeilassen würden. Meine Herren, das alles ist nicht der Fall. Allein,

wenn das nicht der Fall ist, umsomehr glaube ich, haben wir auch volle Freiheit, zu betonen, daß wenigstens, soviel es die populären Strömungen betrifft, diese russische Freundschaft auf ganz bestimmte Grenzen stößt, ja, daß, wenn wir die große Rückströmung betrachten, die offenbar die öffentliche Meinung seit wenigen Tagen genommen hat, der äußere Eindruck hervorgerufen wird, daß die Grenzen jener Freundschaft und jener Freundschaftsbedingungen überschritten seien. Ich will gern gestehen, daß dies vielleicht mehr in der Methode als in den Zielen, und vielleicht sogar mehr durch Zufälligkeiten begründet ist, als durch eine absichtliche Führung der Politik. Es ist immerhin überraschend, daß die deutsche Regierung in der allerneuesten Zeit, wenn ich recht verstanden habe, erst heute, in den Besitz desjenigen Materials gekommen ist, welches sie über den Gang der Verhandlungen in den letzten 14 Tagen orientirt. Es ist noch überraschender, wenn wir sehen, in welcher Weise Rußland gegenüber England verfahren ist. Hier ist überall der Eindruck mächtig gewesen, daß mit einer absichtlichen Verletzung vorgegangen ist, daß man das gefährlichste aller diplomatischen Spiele gespielt hat, nämlich jenes Spiel, welches den Ehrenpunkt eines anderen Staates mit in den Einsatz bringt. Vor allen Dingen aber haben wir doch die Besorgnisse, — ich spreche hier von der öffentlichen Meinung, wie sie sich auf Grund ihrer Informationen bildet — ob das gegenwärtige Vorgehen Rußlands noch vereinbar sei mit denjenigen Tendenzen der Politik, die sich in dem Dreikaiserbündniß befestigt zu haben schienen. Es ist ganz richtig, das Dreikaiserbündniß ist nicht aufgefaßt worden als eine Verbindung mit bestimmten Verpflichtungen. Aber das lag doch in diesem Bündniß, daß die drei Mächte die Verpflichtung gegen einander übernommen hatten, sich von Fall zu Fall ins Einverständnis zu setzen über die auftauchenden Fragen. Jetzt sehen wir, daß Rußland sich nicht damit begnügt, Friedensbasen festzustellen, um daraufhin einen Waffenstillstand schließen zu können, wir sehen vielmehr, daß dieses Rußland übergeht zu formellen Friedensverhandlungen mit der Türkei; wir wissen, daß über diese Friedensverhandlungen gegenüber den Mächten, insbesondere auch gegenüber dem nächstinteressirten Oestreich ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. Meine Herren, daß durch derartige Verhandlungen dem definitiven Frieden präjudizirt wird, daß dadurch nach Regelung seines Verhältnisses zur Türkei dem russischen Reich eine Vormachtstellung auf den künftigen Konferenzen gesichert wird, die kaum noch liegt in dem Geiste, in welchem das Dreikaiserbündniß ursprünglich eingegangen war, das scheint mir auf der flachen Hand zu liegen.

So, meine Herren, muß ich sagen, daß die letzten Tage nicht etwa lediglich eine Verletzung englischer Interessen uns darthaten, sondern auch eine Verletzung deutscher Interessen darzuthun schienen, insoweit dieses deutsche Interesse uns geführt hatte zu der Politik des Dreikaiserbündnisses.

Meine Herren, der Herr Reichskanzler ist eingegangen auf die

Friedensbasen, welche durch das „Petersburger Journal“ bekannt sind. Er hat uns bezeugt, daß auch ihm zur Zeit keine anderweitigen Friedensbasen bekannt sind. Er hat uns an der Hand derselben die deutschen Interessen definirt; er hat uns gezeigt, wie jene Bestimmungen ein wesentlich deutsches Interesse nicht berühren, mit Ausnahme der Dardanellen. Und hier hat er uns die Versicherung gegeben, daß die Freiheit der Schifffahrt im Schwarzen Meere und in den Dardanellen für Deutschland gesichert sei. Es ist damit erwiesen, daß auch gegenüber diesen Friedensbasen, wie Herr von Bennigsen sich ausdrückte, die Interessen Deutschlands nicht direkte, sondern nur indirekte seien. Aber allerdings, ich glaube, was dieses indirekte Interesse betrifft, so ist dasselbe ein starkes, nicht nur im Sinne jener humanen Gefühle, die die russische Politik fortwährend für sich aufgerufen hat, sondern vor allen Dingen mit der Rücksicht auf Oestreich, welche Herr von Bennigsen unter dem Beifall dieses Hauses sehr stark betont hat.

Meine Herren, ich gebe zu, wenn man diese Friedensbasen vergleicht mit denjenigen Festsetzungen, über welche sich die europäischen Mächte auf den Konstantinopeler Konferenzen geeinigt haben, so mag man wohl sagen: sehr schwerwiegende Unterschiede sind in denselben nicht zu erkennen. Es ist richtig, wir finden hier anstatt der alten Anhänglichkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros die volle Unabhängigkeit dieser drei Fürstenthümer vorgesehen. Ich glaube nicht, daß es irgend eine europäische Macht gibt, welche auf die Aufrechterhaltung eines längst veralteten Bandes, wie es in der Souveränität der Pforte erhalten war, irgend welches Gewicht zu legen die Meinung hat. Wir finden die administrative Autonomie Bosniens und der Herzegowina anerkannt. Es ist dies vollkommen identisch mit jenen Verabredungen, welche auf der Vorkonferenz in Konstantinopel getroffen waren. Das organische Statut, welches für Bosnien und die Herzegowina dort vereinbart ist, hat bereits in scharfer Pointirung diese Autonomie Bosniens und der Herzegowina festgestellt. Wir können also nicht annehmen, daß hier ein Gegenstand berührt sei, der die wesentlichen und Lebensinteressen Oestreichs, und indirekt damit unser eigenes Interesse ins Spiel setze. Anders freilich verhält es sich mit der Konstruktion der Provinz Bulgarien. Hier, wenn wir den Wortlaut der Friedensbasen ins Auge fassen, den uns der Herr Reichskanzler vorgeführt hat, finden wir die volle Autonomie Bulgariens, nicht nur die administrative, sondern die politische Autonomie, ein tributäres Fürstenthum mit christlich nationaler Regierung, mit einer selbstständigen Miliz, so daß der Türkei gegenüber dieser Provinz nichts anderes übrig bleiben wird, als die Berechtigung, Tribut zu empfangen und an bestimmten, vereinbarten Punkten Garnisonen zu halten. Trotzdem meine ich, und ich stehe hierin auch in Uebereinstimmung mit denjenigen Ausführungen, die der Herr Reichskanzler gemacht hat, daß diese Unterschiede, die in den Friedensbasen gegenüber den Vorschlägen der Konstantinopeler Konferenzen sich finden, nicht von entscheidender

Bedeutung sein können. Wenn wir in jenen Vorschlägen einen Valsanden, der nur unter der Zustimmung der europäischen Mächte eingesetzt werden konnte, der die administrativen und richterlichen Beamten, selbst die Offiziere der Miliz ernannte, welcher die Beamten absetzen konnte; wenn wir damals die europäischen Mächte selbst dem zustimmen sahen, daß die Miliz eine national-organisirte sein sollte, daß auch damals bereits die türkischen Truppen in bestimmten Festungen und Städten konzentriert sein sollten, — dann muß ich sagen, dem Unterschied zwischen jener angeblichen administrativen Autonomie Bulgariens, wie sie die Konstantinopeler Konferenzen feststellten, und dem jetzigen Tributärstaat kann ich ein entscheidendes Gewicht nicht beilegen. Aber freilich, Bedenken sind wohl — nicht sowohl gegen die heutige Friedensbasis, als schon gegen die damaligen Vorschläge der Konstantinopeler Konferenzen zu formuliren. Denn darüber, glaube ich, meine Herren, dürfen wir uns nicht täuschen, daß die Gestaltungen, wie sie uns, anknüpfend hauptsächlich an Bulgarien, für die Balkanhalbinsel vorgeschlagen werden, wesentlich im einseitigen russischen Interesse und wesentlich in panslavistischer Tendenz getroffen sind. Die Vorschläge der Konstantinopeler Konferenzen litten meiner Meinung nach, von Anfang an, wie jetzt die Friedensbasen, an einer der gefährlichsten Halbheiten, welche die Entwicklung der Geschichte uns als gefährlich zur Genüge dargethan hat, an der Halbheit, welche an die Stelle einer organischen staatlichen Herrschaft eine Scheinherrschaft auf der einen Seite setzt, und auf der anderen Seite Organisationen, die nur zu weitergehenden Aspirationen von Gelegenheit zu Gelegenheit aufstacheln. Wir kennen die Geschichte Serbiens, Rumäniens; wir wissen, daß sie überall nur den Anhalt gegeben haben, um die orientalische Frage offen zu halten, um dieselbe je nach Lage der übrigen politischen Verhältnisse, ich möchte sagen, auf Kommando, wieder ins Leben treten zu lassen. Nun, meine Herren, diese Gefahren, die uns die Entwicklung in jenen Donaufürstenthümern gezeigt hat, die Gefahren einer steten Offenhaltung der orientalischen Frage durch Halbherrschaften liegen sowohl in jenen Vorschlägen der Konstantinopeler Konferenzen als auch in den jetzt formulirten Friedensbasen. Ich würde es vollkommen begreifen, wenn gerade die am meisten und direkt an der Gestaltung der Dinge auf der Balkanhalbinsel interessirten Mächte laut erklärten: wir wollen hier ganze Arbeit machen, man entscheide sich für eine volle und wirkliche Herrschaft der Pforte — ich fürchte, das ist jetzt ausgeschlossen — oder auf der andern Seite für eine einfache Lösung, für selbstständige Staaten, also zur Noth für einen selbstständigen aber vollständig unabhängigen Staat Bulgarien. Diese Lösung der Frage ist von türkischen Staatsmännern nicht zurückgewiesen worden. Ich erinnere mich ganz deutlich, daß gerade gegenüber den Vorschlägen der Konstantinopeler Konferenz die türkischen Staatsmänner unter Midhat Pascha laut erklärten: lieber als eine so gestaltete Scheinherrschaft wollen wir die Abtretung der Provinz. Was Oestreich betrifft, so würde es mich keinen

Augenblick wundern, wenn auch Oestreich den letzteren Standpunkt, den ich bezeichnet habe, annähme. Ich erinnere Sie an die Vorgänge bei Gelegenheit des griechischen Befreiungskampfes. Hier war es Oestreich, welches, entgegen den Wünschen Rußlands auf eine halbe Souveränität Griechenlands, entschieden die volle Souveränität Griechenlands vertheidigte und dafür eintrat, als es klar gelegt war, daß von der vollen türkischen Herrschaft nicht mehr die Rede sein konnte.

Vor allen Dingen aber muß ich doch ein Interesse betonen, welches bei denjenigen Gestaltungen, wie wir sie nach den Friedensbasen wie nach den Vorschlägen der Konstantinopeler Konferenzen, vor uns sehen, entscheiden zu kurz kommt; das, meine Herren, ist das griechische Element. Es war durchaus richtig, daß die Konstantinopeler Konferenzen nicht ein einziges Bulgarien, sondern daß sie ein getheiltes Bulgarien, eine doppelte Provinz vorschlugen. Sie stützen sich hierbei auf das Vorherrschen des griechischen Elements insbesondere in dem Marizzathale, auf die entschiedenen Proteste der griechischen Bevölkerung südlich des Balkans und auf die Einsprache des griechischen Staates selbst. Meine Herren, wenn man im Namen der Humanität neue Gestaltungen dort unten vornimmt, dann glaube ich, würde im Namen der Humanität auch das griechische Element eine weitere Berücksichtigung fordern dürfen, als dies nach den jetzigen russischen Vorschlägen und selbst nach denen der Konstantinopeler Konferenzen der Fall war.

Meine Herren, es mag sein, daß alle diese Betrachtungen in der gegenwärtigen politischen Lage noch verfrüht sind, daß es Gesichtspunkte sind, die in dem diplomatischen Spiel hier oder da betont werden können, die aber ein ausschlaggebendes Moment nicht bilden. Nur soviel ist gewiß, daß das Urtheil über die Gestaltung der Balkanhalbinsel wesentlich davon abhängt, welche Interessen Oestreich dort unten glaubt vertreten und als Lebensfragen festhalten zu müssen. Ich zweifle nicht, daß gerade das Interesse Oestreichs, welches von Herrn von Bennigsen bereits so scharf hervorgehoben ist, auch von deutscher Seite diejenige Berücksichtigung, diejenige Betonung finden wird, die ihm gebührt. Wir haben die Auseinandersetzung mit den Deutschen in Oestreich vornehmen müssen, um zu einer eigenen und selbstständigen nationalen Gestaltung zu gelangen. Aber wir haben nie verkannt, daß die Sprengung dieser Verbindung ein Opfer für uns war, ein Opfer, welches wir gebracht haben, weil wir annahmen, daß die Deutschen in Oestreich das wesentliche und, soviel Cisleithanien betrifft, das herrschende Element bildeten für den Gesamtstaat Oestreich. Meine Herren, in dem Augenblick, wo vitale Interessen dieses Gesamtösterreichs berührt werden, wo eine panslavistische Tendenz in der europäischen Politik eine Forderung dieses Staats anbahnen würde, in diesem Augenblick würde auch das deutsche Reich vor Perspektiven stehen, vor deren Durchdenkung wir uns in diesem Augenblick scheuen; es würden an uns dann wahrscheinlich Pflichten herantreten, die nur unter schweren Er-

schütterungen des europäischen Friedens und unseres eigenen Friedens würden erfüllt werden können. Deshalb, meine Herren, ist es, daß wir das lebhafteste Interesse für die Wahrung der österreichischen Interessen bei der Lösung der orientalischen Frage hegen. Die Politik, welche der Herr Reichskanzler als die seinige gekennzeichnet hat, gibt uns die Garantie, daß, soweit es unsere Interessen gestatten, soweit es mit dem Ausgleich der Interessen anderer befreundeter Mächte verträglich ist, diese Gesichtspunkte der Rücksicht auf Oestreich verfolgt werden werden.

Meine Herren, hiernach kann ich nur zum Schluß das wiederholen, was ich gleich am Eingang meiner Rede betonte. Ich betone, die Gesichtspunkte, welche Herr von Bennigsen im Namen seiner Partei zunächst hervorgehoben hat, sind auch die unsrigen! Ich betone, daß die Politik, wie sie in ihren Grundzügen der Herr Reichskanzler entwickelt hat, auch von unserer Seite eine loyale Unterstützung finden wird.

(Beifall links.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Windthorst hat das Wort.

Abgeordneter Windthorst: Meine Herren, meine politischen Freunde und ich haben kein Bedürfnis gefühlt, im gegenwärtigen Augenblick über die orientalische Frage eine Interpellation an die Regierung zu richten; wir haben selbst heute auch unsererseits eine Besprechung der gestellten Interpellation nicht beantragt; wir fanden, daß gegenüber den Thatfachen, die vorliegen, und bei dem Ernst der Situation für uns rathsam sei, eine große Reserve zu beachten, damit nicht in böswilliger Auslegung unserer Schritte feindliche Anschauungen uns beigemessen werden, die wir freilich nicht haben, die aber, obwohl wir sie nicht haben, doch immer uns angedichtet zu werden pflegen, selbst an Stellen, die man besser unterrichtet erachten sollte.

Wenn ich nun jetzt, nachdem die Interpellation ohne uns einmal gestellt ist, nachdem die Besprechung derselben eingetreten ist, einige Worte rede, so geschieht es wiederum nur deshalb, damit unser Schweigen nicht in irgend welcher Weise mißdeutet werde.

Meine Herren, zunächst kann ich eine große Befriedigung darüber konstatiren, daß dieses Mal über die auswärtigen Angelegenheiten eine Interpellation eingereicht ist von denjenigen Parteien, welche bisher gewohnt waren, zu behaupten, daß die auswärtigen Angelegenheiten ein noli me tangere seien.

(Oho!)

Meine Herren, ich habe wohl erwartet, daß Sie bei dieser Konstatirung irgend einen abwehrenden Laut von sich geben würden.

(Heiterkeit.)

Es ist immer so: wenn eine Wunde berührt wird, pflegt der Patient sich zu äußern.

(Heiterkeit.)

Diejenigen Herren, welche meine obige Behauptung bestreiten, ver-

weise ich auf die Reden, die namentlich aus der national-liberalen Partei gehalten worden sind, wenn aus unserer Mitte über die auswärtigen Angelegenheiten und in specie über die orientalische Frage gesprochen wurde, und ich verweise ganz insbesondere auf die von dem Beifall seiner Partei begleiteten Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Vasker, der leider heute nicht hier ist.

Genug: mit Befriedigung konstatire ich diesen Fortschritt, der freilich noch ein recht zahmer ist, denn ich habe für mich nicht überhört, daß der Herr von Bennigsen es für nöthig gefunden hat, besonders zu betonen, daß die Interpellation nicht zu nächst von seinen Freunden ausgegangen sei. Daneben bin ich auch der Meinung, daß diese Interpellation nicht eingebracht ist ohne vorherige Genehmigung.

(Bewegung.)

Ich konstatire das letztere, weil auch darin ein großer Fortschritt liegt: alle Parteien des Hauses und die maßgebende Stelle sind jetzt darüber einverstanden, daß im deutschen Parlament auch die auswärtigen Angelegenheiten traktirt werden dürfen. Meine Herren, von dem also jetzt anerkannten Recht werde ich zu jeder gelegenen Stunde nunmehr den ausgiebigsten Gebrauch machen.

(Heiterkeit.)

Ich werde das thun, ohne gerade mir den Konsens der anderen Parteien zu erbitten, und ohne eine höhere Erlaubniß vorher einzuholen, die dann allerdings mir auch wahrscheinlich nicht ertheilt werden würde.

(Heiterkeit. Ruf im Centrum: Sehr richtig!)

Endlich, meine Herren, hat die Interpellation auch noch eine andere beachtenswerthe Seite, die ich kurz andeuten muß, nämlich die Seite, daß sich anscheinend in derselben nunmehr die große Partei zusammengefunden hat, welche als Grundlage einer kräftigen Reichspolitik so lange gesucht worden ist. Freilich bekenne ich, daß mir dabei der verbindende Uebergang von rechts nach links nicht ganz klar geworden ist. Aber wir sehen hier alle Parteien vereint, bis auf meine politischen Freunde und mich, die man zu fragen keine Veranlassung gehabt hat. Wir sind inzwischen darüber gar nicht betrübt, wir sind zu sehr gewöhnt an eigenes, selbstständiges, klarbegrenztes Handeln.

Das in Beziehung auf die äußeren Seiten, welche die Interpellation mit sich führt.

Was die Sache selbst betrifft, so kann ich namens aller meiner Freunde die positive Versicherung geben, daß uns nichts erfreulicher gewesen ist als die Erhaltung des Friedens; daß wir nichts dringender wünschen, als daß der europäische Friede auch ferner erhalten bleibe; daß wir ebenfalls wünschen, daß das Band, welches uns mit den übrigen europäischen Staaten ohne Ausnahme umschlingt, nicht gelockert werde. Wenn hier und da in den Reden, die gehört sind, durchklang, als ob es Leute geben

könnte, welche eine Forderung solchen Bündnisses wünschen, so kann ich wenigstens von meinen Freunden und von mir versichern, daß wir zu diesen Leuten nicht gehören. Sofern also die Politik, welche Deutschland verfolgt, auf die Erhaltung des europäischen Friedens gerichtet ist, sind wir warme Anhänger dieser Politik. Es kommt nur darauf an, ob wir glauben, daß die Richtungen, welche heute für die deutsche Politik gezeichnet sind, als solche sich darstellen, die geeignet sind, diesen europäischen Frieden dauernd zu sichern. Ich unterscheide nämlich eine Politik, die augenblicklich den Frieden erhält, von der, welche die Basen des öffentlichen Lebens in Europa so zu stellen sucht, daß sie dauernd den Frieden bringen.

Nun meine ich, daß in dieser Hinsicht wohl Zweifel entstehen könnten, ob wir immer und auch jetzt vollkommen auf dem richtigen Wege waren oder noch sind. Ein erschöpfendes Urtheil in dieser Hinsicht wird inzwischen nur möglich sein, wenn uns vorgelegt würden die sämtlichen Verhandlungen, die über die orientalische Frage stattgefunden haben. Meine Herren, ich läugne nicht, das meine Empfindung nicht angenehm berührt wurde, als wir von dem Herrn Reichskanzler hörten, wir würden wohl aus den Mittheilungen an das englische Parlament die Lage der Dinge, wie sie jetzt sei, kennen, oder doch sonst aus öffentlichen Blättern darüber unterrichtet sein. Nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten muß eine Versammlung, wie der deutsche Reichstag es ist, seine Informationen über Gegenstände, die doch nun anerkanntermaßen zu seiner Kompetenz gehören, nicht aus den Zeitungen entnehmen und auch nicht aus den Verhandlungen in anderen Parlamenten. Der Reichstag muß vielmehr seine Information nehmen aus denjenigen Mittheilungen, welche die eigene Reichsregierung gibt. Die erste Mittheilung, welche wir nach dem Ausbruch des Kriegs bekommen, liegt lediglich in den Aeußerungen, welche der Herr Reichskanzler heute abzugeben die Güte gehabt hat. Keiner von uns wird verkennen, wie dankenswerth diese Mittheilungen waren. Inzwischen sind sie doch mit den betreffenden Dokumenten nicht verbunden gewesen, und da man einmal auf das englische Parlament exemplifizirt hat, so glaube ich meistens die Ansicht aussprechen zu dürfen, daß das englische Parlament auf derartige blos mündliche Aeußerungen hin schwerlich seine Verhandlungen über eine so wichtige Frage zum Abschluß gebracht haben würde.

Hätten wir diese Verhandlungen, dann könnte man mit Erfolg auch die Frage erörtern, ob nicht die Autorität Deutschlands groß genug gewesen wäre, überhaupt den Ausbruch des Kriegs zu verhindern. Man könnte dann ferner auch die Frage erörtern, ob nicht nach der Einnahme von Plewna, wo der russischen Kriegsheere in so hohem und vollem Maße Genüge geschehen war, durch die Autorität Deutschlands dem Gang der Dinge auf der Balkanhalbinsel ein Halt hätte geboten werden können.

Heute, wie gesagt, erörtere ich diese Frage nicht, weil mir die nöthigen

sicheren Unterlagen fehlen. Ich werfe die bezeichneten Fragen im wesentlichen nur deshalb auf, um zu konstatiren, daß mir in Bezug auf den bisher innegehaltenen Gang der deutschen Politik allerdings Zweifel innewohnen.

Dadurch, daß nach dem Falle Plewnas die Russen in solcher Weise sich ihre Position genommen haben, wie sie es gethan — ich lasse dahin gestellt, ob wirklich lediglich die Entfernungen und die Waffenstillstandsbedingungen u. s. w. den Russen dies ermöglicht haben —, ist jetzt ein fait accompli geschaffen, welchem gegenüber die gesammten Mächte eine schwere Situation haben. Der Herr Reichskanzler sprach schon von dem: „beati possidentes“.

Nun bin ich zwar ganz gewiß der Meinung, daß Deutschland seine Autorität — ich spreche gar nicht einmal von den Waffen unmittelbar — nur interponiren soll für die eigentlich deutschen Interessen. Und das führt mich denn auf die Frage, ob der Interessentkreis Deutschlands in der orientalischen Frage wirklich ein so beschränkter ist, wie das in den Darlegungen von heute angenommen zu sein scheint. Meine Herren, nach meinem Dafürhalten handelt es sich in diesen orientalischen Fragen um die große und für alle Zukunft bedeutungsvolle Frage, ob das germanische Element oder das slavische Element das die Welt beherrschende sein soll,

(Unruhe. — Sehr wahr! im Centrum)

und ich fürchte, daß durch das Vorgehen der Russen — welches notorisch wesentlich getrieben worden ist von den panslavistischen Ideen, die in Rußland herrschen, und keineswegs vorzugsweise aus den Ideen der eigentlich gouvernementalen Kreise daselbst —, daß durch dieses Vorgehen den slavischen Elementen bereits ein Vorsprung gegeben ist, welchen die germanischen Völkerschaften kaum noch werden einholen können.

Der Herr Reichskanzler sagt, die Dardanellen seien von Wichtigkeit besonders im Kriege, es komme aber doch am Ende besonders darauf an, wer den Schlüssel zu diesen Dardanellen hat, und so lange eine Veränderung in der Hand dieses Schlüsselhalters nicht in Frage stehe, sei eigentlich das Interesse an der Dardanellenfrage schwach für uns. Ich erlaube mir zu sagen, daß der Besitz von Konstantinopel und der Besitz des Dardanellenschlosses nach meiner Auffassung die Vorbedingung der Herrschaft der Welt sind. Ich kann dafür eine Autorität anführen, die auch etwas von den Dingen gewußt hat, nämlich die Autorität Napoleons des Ersten. Und wenn sonst noch Autoritäten für diese Behauptung nöthig wären, so ist eine solche Autorität in erster Linie der Instinkt, der die Völker immer getrieben hat, sich in den Besitz dieser Positionen zu bringen, ein Instinkt, der in neuerer Zeit am meisten ausgesprochen ist in dem russischen Volke. Und Rußland hat dieses Ziel, die bezeichneten Positionen zu gewinnen, dem gedachten Instinkt folgend consequent durch alle Jahrhunderte verfolgt, so daß man ja von der

Wahrheit oder von der Fabel eines russischen Testaments spricht, welches den Besitz Konstantinopels als das Ziel aller russischen Politik hinstellt. Und, meine Herren, wer kann leugnen, daß auf diesem Wege ungeheure Erfolge Schritt für Schritt, aber um so sicherer, erreicht sind? Jetzt sehen wir, daß Rußland vor allem dasjenige zurückverlangt, was im Pariser Frieden von Bessarabien ihm genommen ist, und was für die Donaumündungen von der allergrößten Wichtigkeit erscheint. Außerdem aber ist Rußland recht besorgt für seine Vasallenstaaten, für Rumänien, für Serbien, für Montenegro, und es ist nunmehr auch im Begriff, sich einen derartigen Vasallenstaat in Bulgarien zu bilden. Heute findet man es schon in der Ordnung, daß ohne weiteres Rumänien vergrößert und Serbien und Montenegro, mit besseren Grenzen versehen, unabhängig gemacht werden. Vielleicht dauert es keine 10 Jahre, so wird der neuzuschaffende bulgarische Staat ebenfalls unabhängig, d. h. von der Türkei unabhängig, um so abhängiger von Rußland zu sein. Diese neuen Staaten sind in der Lage zu Rußland, wie gewisse Staaten Deutschlands es zur Zeit des Rheinbunds zu Frankreich waren. Haben wir doch schon jetzt gesehen, wie diese Staaten ganz nach dem Geheiß der russischen Regierung entweder zum Krieg oder zum Frieden bereit waren. Diese Staaten sind und werden in der That gar nichts anderes sein als russische Provinzen unter anscheinend erblichen Souveränen.

Meines Theils nun bin ich der Meinung, daß das germanische Interesse entschieden verlangt, daß wir diese wichtigen Positionen in dieser Art dem Andrang der russischen Welt nicht preisgeben; zudem wird, wenn Oestreich sich nicht stark genug fühlt, die Auslieferung der fraglichen Positionen an Rußland abzuwenden, dasselbe darum freilich nicht gerade schon morgen und übermorgen zusammenfallen, aber der Keim zu seiner Auflösung ist nach meinem Dafürhalten dann unwiederbringlich gelegt. Sehen Sie sich doch die Karte an und überlegen Sie sich, was es heißt, wenn Rußland die Positionen dauernd inne hat, die es jetzt in Bulgarien für sich eingenommen hat und die es bewahren will, sei es direkt oder indirekt durch seine Vasallen: behält Rußland diese Positionen, dann ist Oestreich in seinem Besitz für immer bedroht, dann ist für immer jeglicher Widerstand des Besitzers von Konstantinopel, mag er Türke oder anders heißen, Rußland gegenüber gebrochen, und es ist den Russen für immer freigestellt, an welchem Tage sie in Konstantinopel einrücken wollen.

Die Sache liegt mithin so, daß der Schlüssel zu den Dardanellen, daß diese Position in Wirklichkeit in die Hände Rußlands übergeht, da die schwache Macht, die jetzt noch den Türken in Konstantinopel gelassen werden soll, nicht ausreichen wird, irgend etwas gegen die Wünsche Rußlands zu thun. Es liegt mithin die vom Herrn Reichskanzler selbst als bedenklich zugegebene Veränderung in dem Besitz des Schlüssels zu den Dardanellen schon jetzt vor, wenn Rußland mit seinen Plänen durchdringt.

Außerdem meine ich, daß wir auch noch das Interesse haben, daß

im europäischen Recht und in den europäischen Verhältnissen Treue und Glaube aufrecht erhalten werde.

Ich frage aber, ob denn das, was Rußland heute begehrt, irgend wie im Einklang sich befindet mit demjenigen, was allein erstreben zu wollen es vor dem Krieg erklärt hat. Das Ziel seines Krieges war angeblich die Realisirung humanistischer Ideen, Schutz der Christen. Jetzt aber sehen wir den Eroberer zunächst direkt für sich, und dann für seine Vasallen, also wieder für sich. Ich meine, so etwas sollte nicht geduldet werden, und nach meinem Dafürhalten, soweit ich ohne Einsicht der Akten urtheilen darf, hat Rußland Oestreich auf gründliche Weise täpirt.

(Ruf: Sehr wahr!)

Ich will hoffen, daß der Einblick in die Akten nach keiner Richtung hin einen Anhaltspunkt geben kann dafür, daß wir Deutsche mit Schuld gewesen seien an dieser Täuschung Oestreichs.

Der Herr Abgeordnete Dr. Hänel hat bereits hervorgehoben, daß, wenn zwar die politisch staatsrechtliche Lage Deutschlands zu Oestreich eine andere geworden, doch das Interesse Deutschlands und Oestreichs ein gemeinsames geblieben sei. Es hat sich eben die Geographie und Bevölkerung nicht geändert und ebenso, wie die slavische Welt die Tendenz gehabt hat, die Punkte zu erobern, um die es sich handelt, hat in aller Zeit auch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit dasselbe Ziel erstrebt. Wir können deshalb, wenn wir als ein Theil der germanischen Völkerfamilie allerdings zwar in ein besonderes Staatswesen jetzt zunächst zusammengebracht sind, unmöglich doch vergessen, daß das Interesse des germanischen Stamms in seiner Gesamtheit aufgefaßt werden muß. Darum bin ich der Meinung, daß das Interesse Deutschlands in diesen orientalischen Fragen ein großes, ein direktes ist und sich nicht allein auf die Schifffahrt auf der Donau und durch die Dardanellen in Friedenszeiten beschränkt. Ich fürchte übrigens, daß, wenn die Dinge den Lauf behalten, den die jetzigen Verhältnisse geben, das Wort Napoleons wahr werden könnte: „republikanisch oder kossakisch.“ Ich korrigire dies Wort nun dahin: theils republikanisch und theils kossakisch wird die Welt, wenn nicht der gegenwärtige Moment gebraucht wird, um den erhaltenden Elementen des germanischen Stamms diejenige Stellung im Orient zu sichern, welche diesem Stamm nach der Geschichte und nach seiner ganzen Lage unzweifelhaft gebührt. Mögen über die germanischen Stämme auch verschiedene Fürsten herrschen, für mich bleiben die Stämme ein Ganzes, und das Interesse dieses Gesamtdeutschlands muß von allen Stämmen vertreten werden.

Wie steht nun das Ergebniß der heutigen Diskussion zu dieser meiner Auffassung?

Ich muß anerkennen, daß der Herr Reichskanzler nicht in der Lage war, nach allen Seiten hin Erklärungen abzugeben, die möglicherweise die

Freiheit seiner Aktion hindern und seine Vermittlerrolle gefährden könnten. Alles, was der Herr Reichskanzler gesagt hat über die Nothwendigkeit der Vermittlung und die freie Hand, die er dabei haben müsse, ist unzweifelhaft richtig; wenn ich aber weiter frage, wie stellt sich die Auffassung des Herrn Reichskanzlers und der übrigen Herren in Beziehung auf die Definirung unserer Interessen, dann bin ich nach den Diskussionen, die ich gehört habe, eigentlich jetzt nicht viel unterrichteter, als ich gewesen bin im Momente, wo ich hierher kam.

(Weiterkeit.)

Meine Herren, ich fasse die Rede des Herrn Abgeordneten von Bennigsen und die Antwort des Herrn Reichskanzlers als ein Ganzes auf, die eine Rede ergänzt die andere, und wenn der Herr Abgeordnete von Bennigsen zu meiner großen Befriedigung das österreichische Interesse als das unsrige betont hat, so habe ich nach den Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers geglaubt, daß er ausgleichend mehr russische Akzente in die Diskussion zu werfen für nöthig erachtete. Wenn ich nicht beide Reden also zusammenfassen zu müssen glaubte, dann könnte ich vielleicht in einer gewissen Aengstlichkeit finden, daß man — nach meiner Meinung irriger Weise — geglaubt hat, das, was Rußland jetzt begehre, sei in keinem Punkt geeignet, selbst zwischen Rußland und den zunächst interessirten Völkern einen ernstern Zwiespalt herbeizuführen. Ich betrachte, wie aus dem Gang meines Vortrags bereits hervorgeht, die Bedingungen Rußlands nicht so harmlos, wie sie haben geschildert werden wollen, und ich bin deshalb einigermaßen betrübt, wenn man die bisher abgegebenen Erklärungen dahin auffassen müßte, man lege den hier fraglichen österreichischen, d. h. den deutschen Interessen ein solches Gewicht nicht bei, wie ich glaubte, daß man es denselben beilegen sollte: aber ich wiederhole, Diskussionen dieser Art, die nothwendig sich in allgemeinen Sätzen konzentriren, sind gar leicht Mißverständnissen ausgesetzt, und es ist recht wohl denkbar, daß auch ich bei meiner Auffassung einigermaßen fehlgegriffen haben kann.

Für mich hat die heutige Diskussion übrigens den großen Werth, daß alle Redner des Hauses, die gesprochen haben, ihr warmes Interesse für Oestreich ausgesprochen haben, und ich habe die Ueberzeugung, daß der Herr Reichskanzler, gewohnt, auf die Stimme des Reichstags zu hören,

(Weiterkeit)

bei seinen weiteren Verhandlungen aus diesen Aeußerungen hier im Hause dasjenige Kapitel für sich und seine Verhandlungen entnehmen werde, welches im Sinne derer ist, die hier im Reichstag gesprochen haben.

Möge es seiner Gewandtheit gelingen, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten, aber auch dafür zu sorgen, daß das germanische Interesse in dieser ganzen Verhandlung nicht zu kurz komme. Dies germanische Interesse aber drückt sich aus in dem Interesse Oestreichs.

(Beifall im Centrum.)

Präsident: Der Herr Reichkanzler hat das Wort.

Reichkanzler Fürst von Bismarck: Ich muß gestehen, daß, wenn die Meinung des Reichstags mir durch das Organ des Herrn Vorredners unterbreitet würde, ich dieser Stimme doch mit großer Vorsicht folgen würde,

(Heiterkeit)

mit weniger Hingebung als anderen, die wir vorhin gehört haben. Der Herr Vorredner hat in meiner Anwesenheit wohl nie gesprochen, ohne mir durch seine Aeußerungen Anlaß zur Antwort zu geben, selten in der Richtung, daß ich sachlich etwas zu widerlegen oder zu bestreiten gehabt hätte, was er durch Argumente unterstützt hat. Er hat mich aber fast immer in die Nothwendigkeit versetzt, gewissen Mißverständnissen, die bei dem Herrn Vorredner so außerordentlich häufig vorkommen,

(Heiterkeit)

entgegentreten, damit diese Mißverständnisse nicht nachher in unwidersprochene Wahrheiten in der Presse, die die Politik des Herrn Vorredners zu unterstützen pflegt, verwandelt werden. Der Herr Vorredner hat eine große Gewandtheit, einen Gedanken hinzuwerfen, ohne daß man gerade behaupten könnte, er hätte ihn zu dem seinigen gemacht; aber durch die Art, wie er ihn hinwirft, gibt er doch der Vermuthung Raum, und der Ball wird aufgefangen und weitergegeben. In dieser Beziehung muß ich doch, ich will nicht sagen Insinuationen, aber Mißverständnissen des Herrn Vorredners widersprechen, die er hier in Kurs gesetzt hat. Er hat zuerst damit angefangen, daß er überzeugt wäre, diese Interpellation sei nicht ohne Genehmigung gestellt worden. Ich erkläre hiermit offen, daß diese Behauptung, welche öffentlich aufgestellt wurde, eine Unwahrheit ist, und daß die Insinuation, als wäre es geschehen, doch kaum eine zwecklose sein kann.

(Rufe links: Sehr gut!)

Ich würde, wenn meine Meinung eingeholt worden wäre über diese Interpellation, gerathen haben, sie zu verschieben; einige Wochen später würden wir vielleicht klarer in der Sache sehen. Ich würde außerdem gewünscht haben, daß mir durch den Wortlaut die Beantwortung etwas erleichtert würde in Form der Stellung bestimmter Fragen, daß mir nicht allein die Verantwortung dafür zugeschoben werde, über was ich spreche, und ich sage, das Thema war zu weit gefaßt, worüber ich gesprochen habe.

Ich erkläre also diese Andeutung für unrichtig und irrthümlich.

(Sehr wahr! links.)

Im Lande zu akkreditiren, dies sei eine bestellte Interpellation gewissermaßen, eine genehmigte ist ja eine Kleinigkeit; aber das bei den europäischen Mächten zu akkreditiren, das ist kein Dienst, den man dem deutschen Lande erweist, und einen solchen Dienst erwarte ich auch von dem Herrn Vorredner nicht!

(Bravo!)

Der Herr Vorredner hat gesagt, er sei ganz für die Erhaltung des Friedens nach allen Richtungen hin. Gleich wie er das sagte, erinnerte ich mich, daß gewisse Blätter, französische und polnische, die sonst mit dem Herrn Vorredner selten verschiedener Meinung sind, doch mit allen Mitteln der Dialektik zum Kriege treiben, indem auch sie Oestreich zu beweisen suchen, es sei düpirt, es sei betrogen, indem sie die österreichische Ambition aufzustacheln suchen, um den Krieg möglichst wahrscheinlich zu machen. Ich freute mich, daß der Herr Vorredner versicherte, daß diesmal die Konförtorie in Frankreich und Polen mit ihm gar keine Gefinnungsgemeinschaft hätte,

(Heiterkeit)

ich bin auch noch bereit, ihm das zu glauben, da er es versichert.

Der Herr Vorredner hat ferner sein Mißvergnügen darüber zu erkennen gegeben, daß die Verhandlungen hier nicht vollständig vorgelegt seien. Nun, meine Herren, die Hauptverhandlungen stehen noch bevor. Wir werden wahrscheinlich über die Konferenz, wenn Sie es wünschen, Ihnen umständliche Vorlagen, nachdem sie verhandelt haben wird, machen können. Wir machen aus unserer Politik ja niemals ein Geheimniß, und wenn die Interpellationen in diesem Raume über die Politik so selten gewesen sind, so ist das einmal ein Beweis persönlichen Vertrauens, welches man mir geschenkt hat,

(sehr richtig!)

und zweitens ein Beweis, das zwischen der Politik, wie sie geführt ist und der Ansicht der Mehrheit der Landesvertretung volle Uebereinstimmung geherrscht hat, die zu einer Dissonanz keinen Anlaß gegeben hat

(Sehr richtig!)

Der Herr Vorredner klagt ferner, daß ich mich berufen hätte auf Informationen des englischen Parlaments. Ich habe nur gesagt, daß ich mich in der unangenehmen Lage eines Geschichtserzählers befände, der nicht weiß, ob nicht die Sache, die er vortragen will, durch die englischen Verhandlungen Allen bereits bekannt ist. Deshalb habe ich eine Apologie gemacht, daß vielleicht die meisten Herren das schon wissen würden, was ich sagen würde, wenn sie aufmerksame Zeitungsleser gewesen sind. Aber ich habe auch der juristischen Anforderung, die der Herr Vorredner stellte, genügt, indem ich nichtsdestoweniger, auf die Gefahr hin, schon Gesagtes zu wiederholen, die einzelnen Sachen hier durchgegangen bin; und wenn dem Herrn Vorredner irgend etwas dunkel darin geblieben, so stehe ich ihm gern privatissime zu Diensten,

(große Heiterkeit)

um ihm vorzulesen oder vorlesen zu lassen, soweit die Akten darüber vorhanden sind. Wenn der Herr Vorredner sich wundert, daß dies die erste Mittheilung sei, die ich überhaupt hier gemacht hätte: — ja, wann hätte ich denn eine Mittheilung machen sollen? Etwa bei der Thronrede, wo ich nicht anwesend war? Es ist die erste Verhandlung, in der ich mich

befinde, die erste Frage, die mir gestellt ist, also auch natürlich die erste Mittheilung der Art. Ich vermute, daß dieser Tadel doch die Ausfüllung einer Pause nur gewesen ist, bei der der Herr Vorredner auf den nächsten sich besonnen hat.

(Stürmische Heiterkeit.)

Es hat der Herr Vorredner gesagt, Deutschland habe sehr wohl die Autorität — setzen wir statt dessen die Macht — gehabt, den Krieg zu verhindern. Daran zweifle ich gar nicht. Es wäre das aber eine sehr große Thorheit, um mich nicht eines stärkeren und geläufigeren Ausdrucks zu bedienen,

(Heiterkeit)

wenn wir das gethan hätten. Es sind dergleichen Versuche ja doch in der neuesten Geschichte — der Herr Vorredner ist mit mir in gleichem Alter, er hat sie doch auch mit durchlebt — mehrere gewesen. Sie sind nie demjenigen, der auf diese Weise einen Krieg anderer verhindert, der mit einem quos ego einen Frieden geboten hat, sie sind ihm niemals gedankt worden. Ich erinnere an ein Moment aus unserer vaterländischen Geschichte: an die Verhandlungen von Olmütz. Da hat Kaiser Nikolaus die Rolle gespielt, die der Herr Vorredner Deutschland zumuthet; er ist gekommen und hat gesagt: „auf den ersten, der hier schießt, schieße ich“, und infolge dessen kam der Friede zu Stande. Zu wessen Vortheil, zu wessen Nachtheil, politisch berechnet, das gehört der Geschichte an, das will ich hier nicht diskutieren. Ich frage bloß: ist diese Rolle, die er dort gespielt hat, dem Kaiser Nikolaus auf einer von beiden Seiten gedankt worden? Bei uns in Preußen ganz gewiß nicht. Die edlen Absichten dieses Herrn wurden verkannt gegenüber der Empfindlichkeit, die das nationale Gefühl einer großen Nation berührt, wenn eine andere Macht ihr gebietet oder verbietet, was sie in einer Frage des eigenen Interesses, die sie glaubt selbst zu verstehen, thun oder lassen soll. Ist es dem Kaiser Nikolaus von Oestreich gedankt worden? Drei Jahre darauf war der Krimkrieg, und ich brauche ein weiteres nicht zu sagen. Diese Rolle, die Kaiser Nikolaus in Olmütz gespielt hat, muthet der Herr Vorredner uns zu, wenn wir den Krieg vorher hätten verbieten sollen.

Ich will ein weiteres Beispiel anführen. Die Lage, in der wir uns augenblicklich befinden, ist ja vor etwas mehr als zwanzig Jahren ziemlich genau schon einmal dagewesen. Ich war damals nicht Minister, aber durch das Vertrauen, mit dem der hochselige König Friedrich Wilhelm IV. mich beehrte, war ich in der Lage, bei den wichtigeren und entscheidendern Fragen theilzunehmen, und ich weiß ganz genau, wie die Sachen damals verliefen. Ich weiß, welche Künste der Ueberredung, der Drohung bei Preußen angewendet wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hatzhund in einen fremden Krieg, und es war nur — was dem hochseligen König nicht genug zu danken ist — der persönliche Widerstand, den der König dagegen geleistet hat, der verhindert hat, daß dieser Mißgriß damals be-

gangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblicke an, wo wir den ersten Schuß thaten, der unsriqe geworden wäre, und alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wann es genug war. Der hochselige König hat mich damals in schwierigeren Momenten von Frankfurt rufen lassen, um die Depeschen in seinem Sinne hier zu bearbeiten, und es ist das nach dem damaligen Verfahren in unseren auswärtigen Angelegenheiten durchaus nicht sehr auffallend, daß hier ein Halbdugend Gesandte in Gasthöfen waren und Politik gegen ihren Minister trieben. Nun, ist es nicht dankenswerth, daß wir damals der Versuchung, Rußland den Krieg zu verbieten oder zu erschweren, widerstanden haben? Es war damals auch das „germanische Interesse“, in welchem der Krimkrieg geführt wurde, in dessen Namen unser Beistand gefordert wurde; es war nur das Auffällige, daß der gesammte deutsche Bund diese Ansicht nicht theilte, daß es ein germanisches Interesse wäre. Ich glaube es war das einzige Mal, wo ich mich in Frankfurt im Bundestage an der Spitze der Majorität befunden habe, und wo Oestreich in der Minorität war.

(Weiterkeit.)

Alle Stimmen waren darüber einig, daß es kein deutsches Interesse sei, trotz des angeblichen Interesses der Donauschiffahrt von Regensburg hinunter, mit welcher viel Humbug getrieben wurde. So kann ich dem Herrn Vorredner anführen, daß eine von ihm sonst so hoch geachtete Autorität, die Mehrheit des alten Bundestags, in diesem Falle nicht auf seiner Seite steht und nicht meinte, daß es ein germanisches Interesse sei, mit Rußland für Bulgarien Krieg zu führen.

Ich könnte die Zahl der Interventionen, bei denen man sich gewissermaßen die Finger verbrannt hat, ja aus der neuesten Geschichte noch vermehren. Ich erinnere an die von uns nur beabsichtigte Intervention vor Villafranka. Es war eine Friedensstiftung, die uns nachher von keiner Seite gedankt wurde. Ich erinnere an die Friedensstiftung Napoleons gleich nach der Schlacht von Sadowa, — die Sachen sind damals nicht sehr öffentlich geworden — aber was ich mir damals darüber gedacht habe, das weiß ich und ich habe es dem Kaiser Napoleon nicht vergessen, ich habe gut Buch gehalten für seine damalige Intervention, und es wäre vielleicht für die französischen Interessen nützlicher gewesen, Frankreich hätte sich damals nicht zum Friedensstifter aufgeworfen.

Der Herr Vorredner sagt ferner: wer den Dardanellenschlüssel habe, der habe die Weltherrschaft. Er belehrt uns damit, daß der Sultan bisher die Welt beherrscht hat.

(Weiterkeit.)

Bisher hielt er ihn ganz unbestritten in Händen seit vierhundert und einigen Jahren, und ich habe wenigstens nie das Gefühl gehabt, daß wir in Preußen unter türkischer Weltherrschaft während unserer Lebenszeit gestanden hätten. Es ist das also ein etwas weit gegriffenes und speziöses

Argument des Herrn Vorredners. Außerdem habe ich ja die Unwichtigkeit dieses Schlüssels gar nicht behauptet; ich habe nur behauptet, den Besitz dieses Schlüssels erstrebe Rußland augenblicklich gar nicht; es ist den gegeninteressirten Mächten zu Gefallen nicht nach Konstantinopel hineingegangen, das Wort des Kaisers Alexanders bürgt uns dafür, daß er Konstantinopel nicht behalten wird. Ob nachher eine Türkei übrig bleibt, auf die Rußland zunächst den wesentlichsten Einfluß ausübt, — ja, das wissen wir noch nicht, ob die beiden Nationen sich mit besonderem Vergnügen der ausgewechselten Schläge erinnern werden, es kann ja sein, daß das lange dauert, es kann auch sein, daß da mal wieder eine andere Stimmung dazwischen kommt. So lange Rußland die Meerengen nicht selbst hat, finde ich die Einwendungen, die der Herr Vorredner gegen meine Aeußerungen machte, immer nicht berechtigt.

Am allernothwendigsten halte ich die Widerlegung der — ich kann es nicht anders nennen als Insinuationen, die der Herr Vorredner darüber gemacht hat, daß wir, daß Deutschland eventuell bei einer angeblichen Dürpirung Oestreichs durch Rußland, wie er behauptete, mitschuldig gewesen sei. Er hat das in der Manier gemacht, wie ich sie beim Anfang meiner augenblicklichen Aeußerung charakterisirte, — er hat nicht behauptet, daß es seine Meinung wäre, aber er hat gesagt: ich will mich freuen, wenn ich mich bei Einsicht der Akten überzeuge, daß es anders sei. Ja, das ist die Art, sich dem Strafrichter bei Beleidigungen zu entziehen. Der Herr Abgeordnete hat damit ein großes Geschick in Wendungen gezeigt, die der Unannehmlichkeit ausweichen, daß man ihm sagt: Du hast das behauptet. Er hat aber ein ebenso großes Geschick befundet, die Vermuthung aufzustellen, daß dem doch so sei, daß er berechtigten Verdachtsgrund habe, und daß Deutschland sich darüber zu reinigen habe. Ich weiß nicht, wo er den Verdachtsgrund hernimmt, wenn nicht aus seinem eigenen deutsch-freundlichen Herzen. Ich kann dem Herrn versichern, daß er nicht nöthig hat, uns gegenüber die Interessen Oestreichs zu vertreten. Unsere Beziehungen zu Oestreich sind die der Gegenseitigkeit, voller Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andere Parteien in Oestreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht bloß von Monarch zu Monarch, nicht bloß von Regierung zu Regierung — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältniß, welches ihm die Möglichkeit gibt, mir jede Frage, die er für nothwendig hält im Interesse Oestreichs offenzustellen, und er hat die Ueberzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Ueberzeugung, daß er mir die Wahrheit über Oestreichs Absichten sagt.

(Bravo!)

Ein solches Verhältniß ist ein sehr günstiges, wenn man sich gegenüber einen Minister hat, bei dem man von der Wahrheit dessen, was er

auf sein Wort versichert, vollständig überzeugt ist. In der angenehmen Lage befinden wir uns mit Oestreich. In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders; da habe ich östreichische Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgiltig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen.

(Weiterkeit.)

Der Graf Andrássy glaubt mir, und ich glaube ihm, was er mir sagt, und wir brauchen zu diesem Verhältniß die Vermittlung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können.

(Bravo!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Graf Bethusy-Huc hat das Wort.

Abgeordneter Graf Bethusy-Huc: Meine Herren, die Partei, zu der ich die Ehre habe zu gehören, hat die Behandlung auswärtiger politischer Fragen im Reichstag niemals als ein *noli me tangere* erklärt, und wenn auch die Interpellation mit in erster Linie durch unsere Initiative angeregt worden ist, so werden wir uns derselben —

(Unruhe)

ich erbitte mir die Hilfe des Herrn Präsidenten, es ist mir nicht möglich, mich verständlich zu machen —

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter Graf Bethusy-Huc: — so haben wir uns der Interpellation doch gern angeschlossen, weil wir in der gegenwärtigen gespannten Lage allerdings die Vertretung der deutschen Nation für wohl berechtigt halten, ihrerseits einen Ausdruck über dieselbe von der Regierung zu erhalten und auch sich selbst über ihre eigene Auffassung auszusprechen. Allerdings aber haben wir gehofft, durch die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, gegenüber der Beunruhigung, wie sie durch die Organe der Presse im Lande verbreitet ist, diejenige Beruhigung herbeizuführen, welche unserer Meinung nach gegeben werden konnte, und wir konstatiren mit Befriedigung, daß diese unsere Hoffnung und Erwartung durch die Erklärung des Herrn Reichskanzlers im vollsten Maße in Erfüllung gegangen ist. Wohl aber, meine Herren, haben wir es immer für bedenklich gehalten, ohne Kenntniß der Akte (Akten?) in die Spezialien der äußern Verwaltung einzugehen aus der Mitte einer großen parlamentarischen Körperschaft! Wir haben geglaubt, daß durch ein solches willkürliches Hineingehen ohne Wahl des Gegenstands und der Stunde in den meisten Fällen der Sache mehr geschadet als genutzt wird. Wir haben eine Bestätigung, dieser unserer Ansicht in der heutigen Verhandlung in soweit wenigstens gefunden, als dieselbe in der Rede des letzten Herrn Abgeordneten bestand. Hätte er einer Partei angehört, welche die Majorität im Reichstag hat, so würde seine Rede wesentlich dazu haben beitragen können, die Beruhigung, welche der Herr Reichskanzler vor Europa gegeben hat, wieder in ihr Gegen-

theil zu verwandeln. Er hat sich nicht gescheut, soweit an ihm — ich denke, in sehr unwirksamer und objektiv unschuldiger Weise Oestreich mit Rußland, wie man im gewöhnlichen Leben sagt, zu verheizen. Ich hoffe, es wird dieses Wort mit anderen verhallen.

Ich werde bei der vorgerückten Stunde und bei dieser meiner Auffassung der Sache mich enthalten können und müssen, in die Spezialitäten einzugehen, welche die Herren Abgeordneten Hänel und Windthorst angeregt haben. Ich werde meinerseits den Versuch nicht machen, griechischer zu sein als Griechenland, welches den Augenblick des richtigen Eingreifens vielleicht verpaßt hat. Ich werde, selbst wenn ich mit dem Herrn Abgeordneten Hänel sympathisiren könnte in der Auffassung seines aut aut —: man mache die Staaten auf der Balkanhalbinsel entweder frei oder man mache sie gar nicht, mich nicht weiter auf diese Frage einlassen. Ich glaube, daß auf diesem Gebiet wie auf anderen das erreichbare den Vorzug verdienen wird vor dem etwa zu erstrebenden.

Ich werde mich ebensowenig auf die bessarabische Frage einlassen, sondern nur Akt davon nehmen, daß, soviel ich die an sich sehr unglaubwürdigen Zeitungsnachrichten verstanden habe, von einem Anspruch auf eine Retrozession bis an die Sulinamündung seitens Rußlands niemals die Rede gewesen ist, sondern ich habe immer nur von einer Retrozession wesentlich honoris causa gehört. Ob dieselbe zu erfolgen haben wird, oder nicht, werden wir füglich der Konferenz überlassen können oder müssen.

In einem Punkte aber muß ich mich mit dem Herrn Abgeordneten Windthorst auseinandersetzen, das ist der Punkt in der Stelle der Rede, in welcher er die deutschen Interessen, als direkt bei der orientalischen Frage berührt, bezeichnete, weil es sich darum handelte, ob die Weltherrschaft in Zukunft von der slavischen oder der germanischen Race geführt werden solle. Ich konstatiere mit Genugthuung, daß er die dritte Eventualität einer romanischen Weltherrschaft seinerseits aufzugeben zu haben scheint. Im übrigen aber meine ich, daß es nicht die Aufgabe des germanischen Stammes sein wird, seinerseits die Weltherrschaft über irgend eine andere zu erstreben, sondern er wird sich zu befriedigen haben damit, unter anderen Stämmen frei und unabhängig sein eigenes politisches Dasein fortzuführen und in derjenigen Stellung, die er, Gott sei Dank, jetzt errungen hat, und die ihm nichts mehr zu wünschen übrig läßt, was ihm von außen her geboten werden könnte.

Meine Herren, ich werde auf die Details der Frage einzugehen aus diesen Gründen unterlassen, ich werde mich lediglich darauf beschränken, gewissen allgemeinen Gesichtspunkten Ausdruck zu geben, von denen ich glaube, daß die große Mehrheit der deutschen Nation sie theilt. In diesem Sinne, glaube ich, darf ich aussprechen, daß wir kein Interesse haben an der Erhaltung des türkischen Staats in Europa, welchen ich für einen absolut unkulturfähigen halte, nachdem er durch vier Jahrhunderte seiner Herrschaft in Europa sich als einen solchen erwiesen hat.

Die Ursache liegt in einem einfachen Grunde, aus welchem alles andere herfließt: in dem Mangel an Familienleben, aus welchem wiederum der Mangel an dem Erkennen der Gemeinsamkeit der Interessen des einzelnen über das Dasein des Individuums mit denen der Gesamtheit hinaus, hervorgeht, in der daraus folgenden Unsicherheit des Eigenthums und des Erbrechts. Wenn ich auch zugeben muß, daß andere christliche, auf der Balkanhalbinsel lebende Nationen bezüglich ihrer Bildung zur Zeit ebenso rückständig sind wie die Türken, so würde ich es doch für hart und unbillig halten, die Kulturfähigkeit eines herrschenden Volks zu vergleichen mit der eines seit vielen Jahrhunderten aufs nichtsnußigste getretenen und unterdrückten Volks. Dieser Druck muß eine Zerrüttung aller ethischen Begriffe und eine Unterbrechung der Intelligenz hervorbringen, woraus eine Erhebung nur langsam möglich ist. Die Kulturfähigkeit aber ist in diesen Ländern vorhanden, und es wird an uns sein, ihnen diejenigen Elemente zuzuführen, welche ihnen zur Zeit noch fehlen.

Sodann, meine Herren, bekenne ich, daß wir theilen die alten Sympathien der neuen deutschen Dynastie zu dem Kaiser von Rußland und seinen reformatorischen Ideen, daß wir theilen in vollem Maße die Sympathien unserer Regierung zu dem russischen Staat, daß wir nicht mit dem verstorbenen Fürsten Schwarzenberg die Dankbarkeit zu denjenigen Dingen zählen, welche bei politischen Erwägungen auszuscheiden haben — sie ist vielmehr nicht bloß ein Gebot der Ethik, sondern auch ein Gebot der Staatsklugheit — und wir erinnern uns gern an diejenige freundliche Stellung, welche Rußland 1870—71 der deutschen Nation gegenüber eingenommen hat, und welche uns in den Stand gesetzt hat, den Kampf zu isoliren und weitere Mühe uns zu ersparen. Wohl aber, meine Herren, finden diese Sympathien, zu denen wir uns bekennen, ihre Grenze in dem eigenen Interesse unseres deutschen Vaterlands und in den Sympathien zu anderen befreundeten Stämmen.

Meine Herren, was das erste anlangt, so würde ich glauben, meine Pflicht zu verletzen, wenn ich bei dieser Gelegenheit aus dem Schoß der Volksvertretung eine Angelegenheit ganz unerwähnt ließe, deren Erledigung freilich, wie ich auch früher bei der Verhandlung über die Richter'sche Interpellation in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler festgestellt habe, nicht auf dem Wege des Kriegs, nicht durch den Krieg und nicht bei Gelegenheit des Kriegs erreicht werden kann. Wohl aber darf ich sagen, daß diejenigen Sympathien, welche wir für Rußland haben, im deutschen Volk ganz lebendig und thatkräftig nie werden können, so lange Rußland in Verkennung seiner eigenen Interessen zum Vortheil bestechender Großhändler und bestochener Beamten in einem Absperrungssystem verharret, welches den Verkehr mit Waaren fast noch unmöglicher macht, als den Verkehr mit Gedanken. Ich möchte diesen Punkt mit aller Schwere des Gewichts, welche das Wort eines Volksvertreters beanspruchen darf, ausgesprochen haben und der befreundeten russischen Re-

gierung zur Erwägung dringend ans Herz legen, wie auch unsere Regierung bitten, auf dem Weg der Verhandlungen diese für das wirtschaftliche Wohl großer vaterländischer Provinzen so wichtige Gebiet keinen Augenblick unbeachtet zu lassen, wie ich annehme, daß es bisher nicht unbeachtet gelieben ist, obgleich der Erfolg uns keine Gewähr dafür gegeben hat.

Bezüglich des zweiten Punkts würden wir unsere Sympathien begrenzt finden durch unsere Sympathien zu Oestreich, von denen ich mich freue, daß auch der Reichkanzler, wie ich ihn aufgefaßt habe, sie mit so wohlthuernder Wärme bekennt. Nachdem wir uns mit Oesterreich auseinandergesetzt haben, nicht weil wir muthwillig wollten, sondern weil wir es wollen mußten um unseres eigenen Athmens und Daseins willen, erinnern wir uns mit voller Liebe und Wärme unserer gemeinsamen Stammverwandtschaft und tragen aus dem ganzen Volk dem ganzen Volk jenseits der österreichischen Grenzen die wärmsten Sympathien entgegen.

(Bravo!)

Wir erkennen auch in unserem eigenen Staatsinteresse die ungeschwächte Erhaltung österreichischer Macht für eine absolut notwendige und würden in ihrer Schwächung eine Schwächung unserer eigenen nationalen Stellung erblicken und wünschen daher diese Macht von der Adria längs der Donau bis an die Donaumündungen gewährleistet, nicht bloß aus unseren vorhandenen Sympathien heraus, sondern in Verfolgung unseres eigenen Staatsinteresses.

Meine Herren, die Retrospektive scheint mir unnütz, ob Oestreich in richtiger Erkenntniß des Sazes, daß ein Staat in Verfolgung der eigenen Interessen nicht berechtigt sei, anderen die Verfolgung ihrer zu ihrem Dasein notwendigen Interessen abzuschneiden, früher durch Eingreifen in die Aktion mancher Schärfe hätte vorbeugen können, oder ob es bei Obwaltung solcher Erkenntniß ihm möglich war, vorzubeugen wegen der dualistischen Schwierigkeiten, welche im Staat bestehen. Die Retrospektive scheint mir ebenso unnütz, ob und wie weit England durch sein freiwilliges Sichausschließen von dem europäischen Konzert, durch sein späteres, selbstwilliges und abwechselnd auch unentschlossenes Eingreifen die Dinge zu derjenigen akuten Schärfe mit hat treiben helfen, in der wir sie vor wenigen Wochen zu sehen fürchteten. Wir fragen uns lediglich: wie steht der Querschnitt der Situation in diesem Augenblick? Da, meine Herren, ist die Betrachtung beruhigend, daß Deutschland, ein im Herzen Europas gelegener, nicht eben unmächtiger Staat, nach meiner Auffassung — worin ich wieder von dem Herrn Abgeordneten Windthorst abweiche — kein direktes Interesse an der orientalischen Frage hat, daß wir das Vertrauen zu dem Kaiser haben, daß er das rechte will, daß wir das Vertrauen zu dem Kanzler haben, daß er die ihm ertheilten Befehle mit gewohntem Geschick richtig auszuführen versteht, und daß vor allem nicht nur wir dieses Vertrauen zu unserm

Kaiser und zu unserem Kanzler haben, sondern daß Europa dieses Vertrauen theilt, und daß, nachdem der Herr Reichskanzler erklärt hat, daß er nicht die Schiedsrichterrolle beanspruche, sondern nur die Mittlerrolle, ihm eine solche Mittlerrolle gern eingeräumt werden wird, soweit, daß sie an die Grenzen eines Schiedsrichteramts streift. Ein solches zu beanspruchen, würde ich allemal für einen Uebergriß halten: ein solches zu erhalten durch das Vertrauen der anderen Nationen, ist eine Ehre, der unsere Regierung sich würdig machen wird. Ich zweifle nicht, daß das Verlangen nach Frieden ein allgemeines ist, ich zweifle nicht, daß wir in den Bestrebungen die Bundesgenossenschaft von Frankreich — mit dem wir vor kurzem noch im Krieg standen, und zu dem wir heute nach den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers uns in freundschaftlichen Verhältnissen zu meiner großen Zufriedenheit befinden — daß wir die Bundesgenossenschaft Italiens bei diesen Bestrebungen haben werden, und so vertraue ich zu Gott, daß es durch diese vereinten Bestrebungen gelingen wird, den Frieden zu erhalten für Deutschland und für Europa.

(Bravo!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. von Komierowski hat das Wort.

Abgeordneter Dr. von Komierowski: Meine Herren, zuvor meinen Dank, daß Sie Ihre Unterstützung meinem Landsmann Magdzinski gewährt haben, um die Besprechung der Interpellation zu ermöglichen, und damit will ich auch nicht weiter auf die Frage, die in den öffentlichen Blättern angeregt ist, zurückkommen, weswegen wir nicht zur Unterschrift oder zur Konferenz bei Abfassung der Interpellation berufen worden sind.

Wenn ich im Namen der Polen mich bei Erörterung dieser Frage zum Worte gemeldet habe, welche die Interpellation berührt, so geschieht es nicht nur, weil, wie Ihnen bekannt, die öffentliche Meinung, die verschiedenartigste Presse Europas die orientalische Frage mit der polnischen in Verbindung gebracht hat, sondern weil die politische Nothlage der polnischen Nation es uns zur Pflicht macht, den Standpunkt, den wir in der orientalischen Krisis einnehmen, hiermit Ihnen vorzutragen. Nach unserer Ansicht nämlich findet die Entstehung der orientalischen Krisis, die, wie aus allen bisherigen Reden hervorging, Europa vor eine gewisse Katastrophe stellte, ihre Würdigung vornehmlich in der Lage, die wir Polen einnehmen, und ferner die Lösung der orientalischen Frage muß rückwirken auf die Entscheidung der polnischen Frage.

Wir sind uns vollbewußt der Schwierigkeit, hiermit eine Frage zu erörtern, gegen die man mit Behemenz vorzugehen für eine hochpolitische Aufgabe gehalten hat, indem man unsere Geschichte in einer wenig getreuen und verfälschten Art und Weise als die geeignetste Waffe gebrauchte, um nicht nur die große Majorität des Hauses gegen uns zu bestimmen, sondern uns auch in der öffentlichen Meinung Europas, sei

es durch Todtschweigen der für uns sprechenden Thatfachen oder durch andere Verdächtigungen und Unterstellungen aller Art, ein absprechendes Urtheil zu bewirken. Im vollen Bewußtsein dieser Schwierigkeit, der ganzen Schwere der parlamentarischen Taktik werde ich mich fern halten von Abschwefungen in der jetzigen politischen Frage, und werde mich jeder Bitterkeit enthalten, wenn auch nur mit Rücksicht auf die unabsehbare Tragweite und den großen Ernst der heutigen Verhandlung.

Wenn ich gesagt habe, die Entstehung der heutigen orientalischen Frage finde ihre Würdigung in der Lage, die wir Polen einnehmen, so ist vorweg von mir der Standpunkt bezeichnet, den wir wesentlich verschieden von den Herren, die hier ihren Standpunkt erörtert haben, einnehmen, nämlich von denen, die sich geäußert haben darüber, wie die Ausübung deutscher Politik gehandhabt wird. Wenn ich behauptet habe, die Erledigung der orientalischen Frage wird zurückwirken auf die Entscheidung unserer Frage, so ist vorweg der Standpunkt von uns bezeichnet, den wir verlangen, daß man ihn für uns Polen in Anspruch nimmt.

Meine Herren, erlauben Sie mir, daß ich mit einigen kurzen Worten auf die ersten Phasen des russisch-türkischen Krieges zurückkomme. Damals als Rußland der Türkei den Fehdehandschuh hinwarf, erklärte es, es träte ein für die heiligsten Interessen der von den Türken bedrückten südslavischen Stämme. Eine solche Erklärung hat nothgedrungenermaßen das Urtheil ganz Europas, aller Völker hervorrufen müssen. Aber wie lautete das Urtheil in Anbetracht dieser Erklärung und dem thatsächlichen Verhalten Rußlands uns Polen gegenüber? Rußland will befreien? Dasselbe Rußland, welches so gründlich bewiesen hat, wie es die Polen unterdrückt. Eine Wiederherstellung, eine Verhelfung zur Gewährung der Gerechtsamen in den heiligsten Interessen bedingt wenigstens eine religiöse Toleranz, — Rußland ist dagegen der Staat, der jede Religion, mit Ausnahme seiner Staatsreligion, verfolgt; eine Befreiung setzt doch voraus die Wahrung der politischen Freiheit, — Rußland ist der einzige despotische Staat in Europa; Rußland soll, wenn es befreit hat, dazu verhelfen, daß die Gerechtsamen aufrecht erhalten werden — Rußland ist dagegen der Inbegriff aller politischen Ungerechtigkeiten. So lautet das Urtheil, nicht ausgesprochen aus dem Mund eines Polen, sondern ausgesprochen im englischen Parlament; dasselbe Urtheil bestätigte der ungarische Reichstag.

Wem sind heute noch die öffentlichen Kundgebungen unbekannt, die durch ganz Europa gingen, über die Gräuelt, die sich Rußland uns gegenüber erlaubte? Haben Sie nicht mit Entrüstung gelesen die öffentlichen Dokumente, die die englische Regierung in Bezug auf die Verfolgungen der Griechisch-Unierten im Königreich Polen veröffentlicht hat? Nicht nur diese, sogar Juden, Protestanten haben geklitten von der russischen Regierung.

Ich will nicht auf das Thema des weiteren eingehen, ich möchte nur bemerken, was ja in jedem Handbuch zu lesen ist. In Daniels geographischem Handbuch steht: „1844 sind 100,000 lettische Bauern mit seltsamer Schnelligkeit zur griechischen orthodoxen Kirche übergetreten und zwar in einem Jahre.“ Was für Mittel angewendet waren, können Sie sich denken. Ich will auch nicht auf die Gräueltthaten eingehen, die Rußland sich in der letzten Zeit seiner Kriegsführung erlaubt hat. Unmöglich aber kann ich Ihnen eins verschweigen. In der letzten Zeit ging ein Telegramm aus dem Bureau Havas ein:

„Konstantinopel, 17. Februar. Unter den von den Russen auf türkischem Gebiet aufgehängten Polen sollen sich auch mehrere österreichische Unterthanen befinden. 150 Polen wurden durch die englische Botschaft gerettet.“

Meine Herren, so ist die Idee verwirklicht, die Rußland am Anfang des Kriegs erklärte, es trete auf, um einer sittlichen, menschlichen Kulturaufgabe Genüge leisten zu wollen. Aus alle dem ging ja zur Genüge hervor, daß Rußland fern davon war, der sittlichen Nothwendigkeit nachzukommen, eine allgemeine menschliche Kulturaufgabe nach Genüge leisten zu wollen. Denn wollte es zivilisatorische Ideen und Grundsätze zur Geltung bringen, dann mußte es selbst uns Polen gegenüber die jedes Gerechtigkeitsgefühl mit Füßen tretende Politik aufgeben, und nicht an der Donau Eroberungen machen unter dem Deckmantel zivilisatorischer Ideen, und an der Weichsel ohne jedes Schamgefühl vor Europa dieselben Machtinteressen mit aller Gewalt aufdrängen.

Wenn wir nun, meine Herren, ungeachtet des Abstandes der Zeit und der politischen Situation, eingedenk sind, daß unser König Sobieski einst die Christenheit vor dem Halbmond in der uneigennützigsten Art und Weise geschützt hat und zwar geschützt hat, indem er das Blut und Leben unserer Vorfahren aufopferte, und darin mit dem Herrn Vorredner übereinstimmen, daß die Kongreßmächte den von der Türkei bisher unterdrückten slavischen Stämmen das volle Maß der Freiheit gewähren mögen, so können wir unsererseits doch nicht den Schmerz verhehlen, daß man bis jetzt für uns und unsere Brüder in Polen nicht dasselbe gethan hat. Wollen Sie, meine Herren, Gerechtigkeit üben — denn es wurde auf die Bedeutsamkeit des bevorstehenden Kongresses von den Vorrednern hingedeutet — wollen Sie nun Gerechtigkeit üben auf diesem Kongreß, nun wohl, hier mitten in Europa, so weisen Sie Ihre Regierung an, die deutsche Regierung, die ja so befreundet zu der russischen steht, — es wurde noch heute dasselbe wiederholt —, daß beide ein Ziel den Ungerechtigkeiten setzen, ehe sie weiter zivilisatorische Ziele und Zwecke an der Donau vertreten werden. Hier haben sie Gelegenheit zu zeigen, daß sie, was sie ja wollen, Gerechtigkeit üben.

Es war wirklich Europa nicht wenig verwundert über die an der

Donau in Scene gesetzte Katastrophe, während wir hier an der Weichsel seit Jahren, im Abgeordnetenhanse, im Reichstag die Ungerechtigkeiten gegen unsere Nationalität zur Sprache bringen. Ehe sich die hiesige Regierung anheischig macht und, aufgefordert von Ihnen, das Bedürfniß des Friedens auszusprechen, die Ungerechtigkeiten zu regeln, ferner neue Kultur auf die Balkanhalbinsel zu bringen sich bemühen wird, vernachlässigen Sie, meine Herren, hier die heiligsten Interessen! Und, meine Herren, so lange Sie in dieser Richtung verharren und nicht die Nothwendigkeit der Verbesserung unserer Zustände für geeignet und für geeignet erkennen, so lange wird Europa Ihnen ebenso wenig wie Rußland trauen dürfen, denn Sie werden Europa gegenüber nur als die schützende und vermittelnde Macht erscheinen, als die Vollstreckerin des berühmten Testaments Peters des Großen, daß der Idee und dem Instinkt nach egektutirt wird.

Es ist wahrlich in dem Augenblick, wo eine europäische Katastrophe bevorsteht, in unserm hundertjährigen politischen Niedergang gerade heute die Stellung bezeichnen zu müssen, die wir in der orientalischen Krisis gegenüber der bevorstehenden Konfiguration der Staaten einnehmen, um so mehr schwierig, als alle drei Theilungsmächte, wenn ich auch Oestreich-Ungarn ein gewisses Wohlwollen nicht absprechen will, an unserm nationalen Unglück für schuldig zu erklären sind.

Wollen Sie nun, meine Herren, auf dem bevorstehenden Kongress oder der Konferenz — der Reichskanzler hat es Konferenz genannt — wirklich diesen zivilisatorischen Aufgaben näher treten, dann, meine Herren, tritt an Sie auch die Nothwendigkeit, den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß in Bezug auf den Staat ein unsittliches Mittel, weder als Zweck von der Politik gewollt, noch als Mittel eines an sich zulässigen Zwecks gebraucht werden darf, und falls sie zu dieser Entscheidung kommen und zu dieser Entscheidung kommen müssen, falls Sie diese zivilisatorische Aufgabe wirklich im Auge behalten, dann tritt an ganz Europa, besonders aber an die Theilungsmächte, die Nothwendigkeit der Wiederherstellung Polens heran.

So lange aber die europäischen Großmächte das bisher von den Türken beherrschte Gebiet nur als einen Deutantheil zu betrachten geneigt sind, von dem jeder für sich den größten Antheil auf der bevorstehenden Konferenz wo möglich zu bekommen trachten wird, dann wird eben so wie bei der Theilung Polens den Samen der Zwietracht, der schon so reichlich in Europa vorhanden ist, diese neue Theilung nur vermehren und diese Theilung wird ebenso wie die Theilung Polens der Fluch Europas bleiben und dem Mißbehagen der europäischen Verhältnisse wird in dieser Weise keine Rechnung getragen. Die orientalische Frage wird in ihrer ganzen Ausdehnung dieselbe bleiben und die russisch-türkischen Verhältnisse, falls wirklich solche zu Stande gekommen sind und ihre Geltung

durch die neue Konferenz erhalten, die werden von den neu hinzutretenden Widersprüchen wie Spreu vor dem Winde in ihrem Endresultat zerfliegen müssen.

Meine Herren, wir haben insofern unsererseits der Besprechung der Interpellation Rechnung tragen zu müssen geglaubt. Wir behalten uns vor, an die deutsche Volksvertretung entsprechend der ferneren Entwicklung im Orient desfallsige Anträge zu stellen.

Ich schließe mit dem Wunsch, daß der Kongreß für die Balkanhalbinsel die Grundlagen zu friedlichen Verhältnissen lege und dort den Gedanken der politischen Selbstsucht ausschließe, welche nur Siegeskränze aus Todesblumen zu winden versteht, und dann glaube ich, können auch wir uns der Hoffnung hingeben, daß auch die Wiedergeburt unseres Vaterlandes, an dem wir, je härter es unterdrückt und verfolgt wird, um so inniger hängen bleiben, auch von rechtswegen wird erfolgen müssen.

Ich schließe, meine Herren, mit dem Wunsche, daß man diesem Gedanken auf dem Kongresse näher trete.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Löwe hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Löwe: Meine Herren, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, uns von der Weisheit der Politik zu überzeugen, die der Herr Reichskanzler mit der Zurückhaltung in der aktiven Bethheiligung Deutschlands bei der Lösung der durch den Krieg eingetretenen Krisis eingehalten hat, so hat ihn der Herr Vorredner uns geliefert, indem er den Herrn Reichskanzler und uns auffordert, neben der orientalischen auch noch die polnische Frage der bevorstehenden Konferenz zu unterbreiten. Wohin sollte das wohl führen? Zur Verständigung und zum Frieden gewiß nicht.

Es ist ja gar kein Zweifel, daß noch eine Reihe von Fragen in Europa existirt, die ebenso dringend, oder noch dringender verlangen, auf den nächsten Kongreß gebracht zu werden, als die polnische. Der Erfolg eines solchen Kongresses würde dann sicherlich der sein, daß nicht der Friede, sondern der heillosste Krieg hervorginge. Die Kongresse sind eben dadurch gefährlich, daß sie, wenn sie nicht ihre Aufgabe fest umgrenzen, leicht zum Tummelplatz von Intriguen werden, durch welche ganz neue und sehr gefährliche Kombinationen unter den Mächten herbeigeführt werden. Nichts hat mich deshalb in der Rede des Herrn Reichskanzlers mehr beruhigt, als die feste Umgrenzung, welche er seiner Thätigkeit und der Autorität Deutschlands in ihrer Wirksamkeit für die Ordnung dieser Angelegenheit gegeben hat, wie wir soeben von ihm gehört haben.

Die Herren, die ihre Unzufriedenheit mit dem bisherigen Gang unserer Politik ausgesprochen haben, der Herr Kollege Windthorst und der Herr Kollge, der eben diese Stelle hier verlassen hat, bleiben uns bei ihren Ausführungen immer die Antwort schuldig, was, nachdem die Londoner Konferenz ihr Ziel nicht erreicht hatte, dann hätte unsererseits geschehen sollen, um den Krieg zu verhüten, nachdem Rußland soweit ge-

gangen war und auf der Konferenz eine einstimmige Beurtheilung der türkischen Regierung und Verwaltung erhalten hatte. Sollten wir etwa dafür eintreten, den status quo, der als ein heilloser in den Provinzen der Türkei in Europa anerkannt war, aufrecht zu erhalten, einen Zustand, der außerdem noch seit einem Jahrhundert einen Zustand der Unsicherheit voller Gefahren in Europa hervorgerufen hatte, zu erhalten?

Meine Herren, haben wir denn nicht selber unter diesen Verhältnissen schwer gelitten, mehr als ein Mal in großer Gefahr, in Kriege verwickelt zu werden, uns befunden, gerade wir in Deutschland und ganz besonders in Preußen? Seit fünfzig Jahren hat uns viermal ein Krieg bedroht, in den wir nahe daran waren hineingezogen zu werden, und zwar in einen Krieg, der nicht um unsere unmittelbaren Interessen geführt wurde, sondern nur, weil die Intriganten von ganz Europa sich die orientalische Frage immer zum Rendezvous ausersehen hatten, um bei dieser Gelegenheit Verwickelungen herbeizuführen und dann ihre besonderen Interessen zu verfolgen, die häufig gar nichts mit dem Orient zu thun hatten.

Wir haben im Jahre 1828 den Krieg zwischen der Türkei und Rußland gehabt und wissen, daß die russische Politik damals bereit war, uns an Frankreich preiszugeben, wenn die Bourbonen nur hätten marschiren lassen wollen oder können. Wir haben 1839 dieselbe Gefahr wieder gehabt und haben aus der Zeit noch als Erinnerung das Becker'sche Lied: „Sie sollen ihn nicht haben“, als Thiers, der später sehr friedfertig geworden ist, die orientalische Frage benutzen wollte, uns den Krieg wegen der Rheingrenze zu machen. Wir haben dann den Krimkrieg gehabt, den der Herr Reichskanzler selbst schon näher besprochen und die großen Gefahren bezeichnet hat, von denen wir Preußen und Deutschland bedroht waren, und welche Zumuthungen damals an Deutschland gestellt wurden. Jetzt haben wir seit 50 Jahren dieselben Aufregungen, Störungen und Gefahren zum vierten Mal.

Ist das ein Zustand, für den wir irgend die Kräfte unserer Nation einsetzen sollten, uns ein großes Opfer auferlegen, mit Krieg drohen oder gar ihn führen, um einen solchen Zustand zu erhalten? Haben wir irgend ein Interesse daran, oder hat es Oestreich, mit dem unsere Interessen in dieser Beziehung identisch sind, diesen Heerd immerwährender Aufstände, den die türkische Mißregierung in den Oestreich benachbarten Provinzen wie in der ganzen europäischen Türkei geschaffen hat, zu erhalten? Nein, gewiß nicht, meine Herren!

Wir alle haben den Verlauf, den diese unglückliche Sache von Anfang an genommen, noch vor Augen und haben mit Genugthuung gesehen, wie Deutschland eifrig bemüht gewesen ist, den dortigen Zustand zu ändern, besonders die Lage der christlichen Bevölkerung zu bessern und so den drohenden Krieg zu verhüten.

Diese Bemühungen sind fruchtlos gewesen, der Krieg ist doch ausgebrochen, und jetzt sollen wir wieder dazwischen treten, um entweder diese ab-

solut nothwendige Veränderung der dortigen Verhältnisse zu verhindern, nothwendig im Interesse der christlichen Bevölkerung dort und im Interesse des Friedens Europas, oder um einen Zustand, von dem niemand uns sagt und sagen kann, wie er ihn ohne Krieg herstellen will, ja nicht einmal, wie er überhaupt sein soll, herzustellen? Und für eine solche Politik sollen wir unsere ganze Autorität einsetzen, also auch bereit sein, wenn sie einmal eingesetzt ist, sie mit den Waffen geltend zu machen? Nein, meine Herren, diese Herrschaft in Europa wollen wir nicht. Europa hatte sich gewöhnt, einen Herrn zu haben, das ist wahr, und unsere Gegner haben bis jetzt mit den eifrigsten Verleumdungen der deutschen Politik in der geschicktesten Weise die Meinung zu verbreiten gesucht, Europa habe 1871 nur den Herrn gewechselt, an Stelle des französischen Herrn sei der deutsche Herr getreten und Deutschland sei jetzt die Macht, die alle ihre Nachbarn bedrohe, eine stete Gefahr für Europa. Und was sehen wir jetzt? Den einen großen und glücklichen Erfolg unserer Politik in der orientalischen Frage können wir schon heute verzeichnen. Es ist das Vertrauen, das der viel verleumdeten deutschen Politik wie der deutschen Nation, die man seit sieben Jahren immer verleumdet hat als eine Gefahr für alle, die man als einen immerwährenden Kriegsheerd für Europa geschildert hat, jetzt von allen Seiten entgegengebracht wird. Von allen Seiten wendet man sich an sie, damit sie den Frieden herstelle und erhalte. So gewöhnt sich Europa allmählich an die Freiheit, die unser Krieg gegen Frankreich ihm gebracht hat. Wir haben heute vom Herrn Reichskanzler gehört, der in schwersten Zeiten mit starker und gewaltiger Hand unsere Politik geführt hat, daß er auch die Schiedsrichterrolle, die man ihm so bereitwillig aufträgt, für Deutschland nicht annehmen werde, daß ihm nichts ferner liege, als Europa eine Politik vorzuzeichnen, die eingehalten werden müßte, wenn er nicht mit einem quos ego dazwischen treten solle. Ich habe mit der höchsten Genugthuung vernommen, und ich bin überzeugt, auch die große Mehrheit dieses Hauses, daß, so lange er die Politik Seiner Majestät des Kaisers zu führen habe, niemals ein solcher Akt, der eine Herrschaft in Europa auszuüben bestimmt sei, vorgenommen werden würde.

Meine Herren, nun deutet man immer an, wenn man es auch nicht offen sagt, Oestreich sei benachtheiligt. Wenn Oestreich der benachtheiligte ist, so hat es doch bis jetzt wenigstens keine Klage darüber erhoben. Nach der Aeußerung des Herrn Reichskanzlers in Beantwortung der Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst — ich meine, es ist das beste Resultat, das die Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst haben konnte, daß sie diese weitere Ausführung des Herrn Reichskanzlers uns verschafft hat — ist die deutsche Politik in dieser ganzen Angelegenheit immer im innigsten Einverständniß mit Oestreich geführt worden. Ja, wir haben mit Oestreich gemeinsame Interessen, das verkennet niemand, und die heutige Verhandlung beweist dies am besten. Es ist aber wahrlich nicht gut gethan, diese Interessen so aufzukaufen, als wenn wir

unser Leben morgen dafür lassen müßten, wenn irgend etwas, was eine der Parteien in Oestreich-Ungarn als ein östreichisches Interesse auszugeben beliebt, in Frage gestellt werden könnte.

(Sehr gut!)

Ueberlassen wir es den Oestreichern, d. h. der berufenen Politik Oestreichs, selbst erst einmal ihre Interessen bestimmt zu bezeichnen; aber diesem Wirrwarr der streitenden Stimmen in Oestreich gegenüber komme man uns nicht mit dem Bangermanismus, der immer zur allernüchternsten Stunde uns gerade von denjenigen gebracht wird, die für die deutsche Einheit früher nie geschwärmt haben.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, nun wird von anderer Seite uns das Schreckgespenst des Panславismus, das Testament Peter des Großen, die Furcht vor den Russen als Motiv für die Politik des deutschen Reichs geboten. Meine Herren, es gab eine Zeit, in der man sich sehr ernstlich umsehen mußte, wie die russische Politik zu uns stand, das ist keine Frage. Aber die Herren, die dieses Argument vorbringen, vergessen immer, daß inzwischen wir uns einigermaßen geändert haben, und daß auch Rußland sich sehr geändert hat. Auch in Rußland fängt man an, den Fragen der inneren Politik eine größere Beachtung zu schenken, und wird an ihnen ohne Zweifel nach dem Kriege eine ausreichende Beschäftigung finden. Das zerstückelte Preußen konnte in der That seinen großen östlichen Nachbar nur mit einer gewissen mißtrauischen Sorge ansehen, meine Herren, und mußte seine Bewegungen ängstlich überwachen. Das geeinigte Deutschland aber ist viel ruhiger in seinem Gemüth, weil es, auf seine eigene Macht gestützt, stark genug ist, seine neue Stellung in Europa zu behaupten, und nicht mehr in jeder europäischen Krise eine Lebensgefahr für sich zu sehen braucht. Deutschland hat wahrlich nicht Ursache, seine Politik sich von der Furcht diktiert zu lassen, am wenigsten aber von der unbestimmten Furcht vor Zuständen, die vielleicht in 20, 30 oder 50 Jahren eintreten können, seine heutige Politik zu einem Kriege drängen zu lassen. Die Gegner sagen, die Länder, die jetzt auf der Balkanhalbinsel frei gemacht werden sollen, vor allem Bulgarien, würden reine Vasallenstaaten Rußlands werden. Es ist ja möglich, meine Herren, daß aus dem Widerspruch Europas, besonders Englands, das nicht zugegeben hat, daß Europa als Gesamtheit seine schützende und heilende Hand über diese unglückliche Bevölkerung ausgestreckt hat, diese Länder in erster Linie mit Dankbarkeit an Rußland sich wenden. Wenn man aber so hört, wie es im Selbstzuge zugegangen ist, welche Stimmungen zwischen Russen und Bulgaren geherrscht haben, so bekommt man doch nicht die Meinung, daß gerade die Bulgaren auf das lebhafteste für Rußland schwärmen. Jedenfalls, meine Herren, sind das spätere Sorgen, und dann ist doch auch die geographische Lage Bulgariens eine andere als die Rumäniens. Wie wenig Sie auch erwarten mögen, daß Rußland politische Grenzen dort respektiren

werde, ist es für die Bulgaren doch eine ganz angenehme Sache in ihrer Stellung zu Rußland, daß sie zwischen sich und dem eigentlichen russischen Reich die Donau und auch wohl den Balkan haben werden.

Daß wir uns nun aber wegen des Einflusses, den Rußland später in diesen Ländern haben könnte, heute über die natürliche Grenze, die unsere Politik sich mit weiser Festigkeit gezogen hat, hinausdrängen lassen sollen, daß wir heute die Verschiebung der Allianzen selbst vornehmen sollen, die im schlimmsten Fall später eintreten könnte, dafür ist doch wohl nicht der geringste Grund vorhanden. Ich kann nur annehmen, daß diejenigen Herren, die mit solcher Besorgniß diese Gefahr anschauen, sich entweder nicht klar gemacht haben, daß darüber noch viel Wasser ins Meer fließen muß, und daß niemand sich eine Vorstellung davon machen kann, wie die Dinge nach einem Menschenalter dort liegen, also verständigerweise auch keine Vorkehrungen dagegen treffen kann, oder daß sie einfach alte Gedanken wieder vorgebracht haben, alten Vorstellungen gefolgt sind, Vorstellungen, die maßgebend und auch nach Lage der damaligen Verhältnisse berechtigt waren vor 20 und 30 Jahren, die aber heute durch die Schaffung des deutschen Reichs großentheils ihre Bedeutung verloren haben.

Was nun aber besonders unser Verhältniß zu Oestreich betrifft, so stehen wir heute besser mit Oestreich, wie wir je mit ihm gestanden haben, so lange der deutsche Bund und der deutsche Bundestag noch existirt hat. Der Herr Reichskanzler hat das offen ausgesprochen, und es liegt auch auf der Hand, daß unser Verhältniß zu Oestreich jetzt ein viel besseres sein kann, als es je zuvor möglich gewesen ist. In diesem engen, freundschaftlichen Verhältniß zu Oestreich, von dem wir alle wünschen, daß es aufrecht erhalten werde, wie in dem guten Verhältniß zu Rußland, also in dem Dreikaiserbunde, von dem wir wünschen, daß es der deutschen Politik gelingt, ihn auch jetzt zu erhalten, ist die Hoffnung begründet, daß es auf der europäischen Konferenz gelingen werde, die Neugestaltung der Dinge auf der Balkanhalbinsel zu bewirken und zwar ohne weitere Konflikte und mit Aussicht auf eine dauernde und für die Bevölkerungen segensreiche Neugestaltung.

In diesem Sinne hoffe ich, daß Deutschland in dem europäischen Rath die Stelle einnehmen und bewahren werde, die der Herr Reichskanzler ihm so klar und bestimmt zugewiesen hat, nämlich daß es in seiner Politik ein Reich der Gerechtigkeit und der freien Entwicklung der Völker sein werde.

(Lebhafter Beifall links.)

Präsident. Der Herr Abgeordnete Liebknecht hat das Wort.

Abgeordneter Liebknecht: Meine Herren, auf die etwas mythische Geschichte dieser Interpellation will ich hier nicht eingehen, — genug, die orientalische Frage ist an dieser Stelle zur Besprechung gekommen, und die Lebhaftigkeit, mit der die Debatte geführt worden ist, beweist, wie sehr

man auf allen Seiten des Hauses die Bedeutung dieser Frage fühlt und begreift, daß auch deutsche Interessen, sei es mehr oder weniger direkt, dabei engagirt sind. Der letzte Herr Vorredner hat sich nachzuweisen bemüht, daß die Aufrechterhaltung des status quo in der Türkei das größte Unglück gewesen wäre. Er hat einem der Herren Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Windthorst, den Vorwurf gemacht, derselbe betritle wohl die Politik der Reichsregierung, könne aber nicht angeben, was an Stelle der jetzigen Politik hätte geschehen sollen, und er meint, es sei doch im Interesse Europas gewesen, daß der Heerd der Revolution, welcher auf der Balkanhalbinsel gewesen sei, ausgelöscht werde. Es ist dies eine vollständige Verdrehung — ich habe das Wort nicht persönlich gemeint —

(Weiterkeit)

eine Umdrehung der Thatfachen. Wer ist es, der die Balkanhalbinsel zum Herde revolutionärer Bewegungen gemacht hat? Gewiß nicht die Türken. Es ist nachweisbar und nachgewiesen, daß gerade die russische Regierung, mit der man uns freundlich Hand in Hand zu gehen anrath, es ist, welche alle diese Unruhen dort hervorgerufen hat. Es ist dies durch unzählige Atteststücke dem englischen Parlament, auf das wir ja hier verwiesen worden sind, offiziell für unsere Information verwiesen worden sind, dargelegt worden. Es ist nun doch folgerichtig durch diese Thatfache geboten, daß, wenn man den Frieden will, wenn man nicht will, daß die Balkanhalbinsel ein solcher Herd der Revolutionen für Europa bleibe, — man derjenigen Macht entgegentreten muß, welche die Balkanhalbinsel dazu gemacht hat, nicht aber, daß man dieser Macht die Wege ebnet, damit sie alles das erreiche, was sie bisher erstrebt hat.

Es ist von allen Seiten betont worden, daß im Interesse Deutschlands die Erhaltung des Friedens liege. Als vor einigen Wochen bekannt wurde, daß von unserer Seite, speziell von mir, eine Interpellation in Bezug auf die Orientfrage beabsichtigt werde, wurde uns der Vorwurf gemacht, daß wir Deutschland in einen Krieg mit Rußland hineinzureißen versuchten,

(Gelächter links)

das ist uns natürlich nicht eingefallen. Es ist uns auch nicht eingefallen, gegen eine Politik der Neutralität zu protestiren. Wenn wir gegen die Politik der deutschen Regierung protestiren, so geschieht es, weil wir der Anschauung sind, daß die von Deutschland beobachtete Politik uns in die größte Kriegsgefahr gebracht und überhaupt eine Lage herbeigeführt hat, die auf die Dauer unerträglich ist. Nicht im Interesse des Kriegs, sondern um den Frieden zu erhalten und zu sichern, haben wir in dieser Sache gehandelt.

Es ist von dem Fürsten Reichskanzler vorhin ausgesprochen worden, es solle nicht eine Politik befolgt werden, welche Deutschland als Schiedsrichter, als Schulmeister Europas erscheinen läßt. Das ist eine außerordentlich friedliche Aeußerung; es ist bloß auffallend, daß diese Aeußerung

gerade in einem Momente gemacht wird, wo sie ihre friedliche Spitze gegen Rußland kehrt. Es sind früher ganz andere Aeußerungen, die durchaus nicht von demselben Geiste eingegeben waren, von dem Fürsten Reichskanzler gemacht worden. In Bezug auf Frankreich z. B. hat er sich in einer Weise geäußert, die durchaus nicht auf eine Verzichtleistung auf die Schiedsrichter- und Schulmeisterrolle hinweist. Aber gegen Rußland tritt man nun in dieser außerordentlich freundlichen und friedfertigen Weise auf.

Es ist weiter von dem Fürsten Reichskanzler gesagt worden: es soll nicht ein Krieg geführt werden, für den nicht das ganze Volk ist. Nun, meine Herren, der Fürst Reichskanzler hat zu anderen Zeiten auch anders gedacht. Ich erinnere mich da an einen Krieg, der in einem sehr nahen Verhältniß zu der jetzigen Krisis steht, aus dessen Schoße die jetzige Krisis zum Theil hervorgegangen ist, ich meine den Krieg von 1866. Damals — das werden mir alle hier anwesenden Abgeordneten zugeben — war das preussische Volk in seiner ungeheueren Majorität gegen den Krieg; das deutsche Volk wollte keinen Krieg;

(Gelächter links)

die deutschen Bruderstämme wollten sich nicht untereinander zerfleischen. Man hat aber nicht nach dem Willen des Volks gefragt; man hat Krieg geführt und dadurch Deutschland zerrissen —

(Heiterkeit links)

allerdings im Namen der Einheit; aber drei Theile aus einem Ganzen, aus einer Einheit machen, heißt doch wahrlich nicht: einigen! Jedenfalls ist der Ball, der sich gegen die slavische Welt zog und von der Nord- und Ostsee bis hinunter nach der Adria reichte, durch jenen Krieg zerrissen worden, und zwischen Deutschland und Oestreich ist ein Verhältniß eingetreten, welches man zwar durch freundliche Nebensarten zu — wie soll ich sagen? — zu verhüllen sucht, das aber auf östreichischer Seite das tiefste Mißtrauen in seinem Schoße bergen muß. Kann man etwa in Oestreich das Jahr 1866 vergessen haben? Kann man vergessen haben die Stofinsherznote? Glauben Sie, daß Oestreich, welches jetzt der slavischen Ueberschwemmung fast hilflos überliefert ist, mit vollem Vertrauen rechnen kann auf die Rückendeckung durch Deutschland? Es ist ja wahr, wie wir soeben gehört, Graf Andrassy und Fürst Bismarck leben in der größten Freundschaft; sie tauschen ihre innersten Gedanken aus; jeder von beiden weiß, daß der andere ihm die ganze Wahrheit sagt. Nun, wer bürgt uns denn dafür, daß diesen Männern nicht die Ereignisse aus den Händen schlüpfen, vielleicht schon geschlüpft sind, daß sie nicht mehr den Zügel in der Hand haben?

Um speziell auf die deutsche Politik zu kommen, so erklärte am 5. Dezember des vergangenen Jahres Fürst Bismarck auf die Interpellation des Abgeordneten Richter, es liege durchaus keine Aussicht vor, daß Rußland irgendwie Eroberungen beabsichtige; könne man aber einen Be-

weis liefern, daß eine solche Absicht vorhanden sei, dann würde die Stellung verschiedener Mächte eine andere sein. Es war damit offenbar angedeutet, daß auch die Stellung Deutschlands dann eine andere sein würde. Nun, wir haben zwar das Ehrenwort des russischen Kaisers bekommen, daß er absolut keine Eroberungen weder in Asien, noch in Europa machen würde — jetzt ist aber die Frage der russischen Eroberungen offen auf dem Tapet. Wir haben offizielle Noten, in denen Gebietsabtretungen von der Pforte verlangt, also Eroberungen gefordert werden. Es ist demnach der Beweis geliefert, daß Rußland Eroberungen beabsichtigte, und somit die damals angedeutete Vorbedingung uns für eine veränderte Stellung zu Rußland gegeben. Trotzdem ist vom Fürsten Reichskanzler vorhin erklärt worden: die Stellung Deutschlands Rußland gegenüber, überhaupt der orientalischen Frage gegenüber sei gegenwärtig keine andere als sie es früher gewesen. Mir scheint aber: durch die Thatsache, daß Rußland offen bekundet hat, es will Eroberungen machen, ist, wenn wir uns an jene Erklärung des Herrn Reichskanzlers halten, die Stellung Deutschlands zu Rußland und in der orientalischen Frage vollständig verrückt.

Es ist allerdings merkwürdig, daß man überhaupt an die russischen Versprechungen hat glauben können. Es wird jetzt viel in der Presse davon geredet, wie schlau Fürst Gortschakoff gewesen sei, wie er die österreichischen Diplomaten, namentlich den Freund des Herrn Reichskanzlers, Graf Andrassy, und Lord Beaconsfield in England dūpiert habe. Ich muß sagen, ich kann nicht begreifen, wie hier von dūpiren die Rede sein kann; wenn jemand, der hundertmal geraubt hat, der hundertmal gelogen hat, sein Wort gibt, daß er nicht wieder rauben will, dann ist es nicht mehr möglich, zu glauben, daß er sein Wort halten werde; wenn man es glaubt, ist man nicht mehr ein Dūpe, dann ist man Mitschuldiger. Und so steht es in diesem Fall Rußland gegenüber. Jeder, der einigermaßen die orientalische Frage und die russische Politik kennt, wußte, daß alle die humanitären Vorpiegelungen Rußlands eitel blauer Dunst waren, um die öffentliche Meinung zu gewinnen, um der englischen Regierung und auch anderen Regierungen die Aktion zu erschweren. Wie konnte denn gerade die russische Regierung für Humanität eintreten, für Befreiung der Nationalitäten? Der zweifelhafte Vorredner war der Vertreter einer Nationalität, der polnischen Nationalität; er hat Ihnen ein Lied singen können und hätte Ihnen noch ein schöneres Lied singen können, ein furchtbares Klage- und Anklagelied über das, was an seiner Nationalität verbrochen worden ist, verbrochen durch Rußland.

(Bravo!)

Wie kann der Staat, wie kann der Kaiser, dessen Soldaten Polen mit Füßen getreten, zerfleischt haben, — wie kann das Rußland, welches den Völkermord an Polen begangen hat — wie kann dieser Mann, dieser Staat sich hinstellen im Namen des Nationalitätsprinzips und sagen: „ich

will die slavischen Nationalitäten befreien.“ Charity begins ad home, sagt ein englisches Sprichwort; vor der eigenen Thüre gilt es zuerst zu fegen, wer da wohl thun will, thue es zu Hause. Aber daheim die Völker knechten, die Nationalitäten unterdrücken und par distance, in der Ferne, den Champion der Freiheit und Humanität spielen, das, meine Herren, ist schlimmer noch als wie dasjenige, was hier einmal von dem Herrn Reichskanzler mit dem Namen „politische Heuchelei“ gebrandmarkt worden ist. Wahrlich! eine solche Politik ist ein Verbrechen an der Menschheit.

(Glocke des Präsidenten. — Pause. — Heiterkeit.)

Meine Herren, die That, welche an Polen verübt worden ist, sie rächt sich. Polen ist noch nicht todt, schon beginnt die polnische Frage vor Ihnen aufzutauchen, und sie wird bald volle Aktualität erlangt haben. Die Stimme der Polen wird zwar jetzt noch erstickt, die Russen haben ja, wie Ihnen vorhin mitgetheilt wurde, ein höchst probates Mittel: sie hängen die Polen einfach auf. Aber die Lage, welche durch die neuesten Ereignisse in Europa geschaffen worden ist, wird sehr bald jedem, der einigermaßen nachdenkt, der nicht will, daß wir alle vier, fünf Jahre in einen neuen Krieg geschleudert werden, den Gedanken nahe legen, ob es nicht nöthig ist, endlich einmal die Reiche zu gründen auf der einzigen dauernden Grundlage, die in dem lateinischen Wort bezeichnet ist: *justitia fundamentum regnorum*, — auf der Grundlage der Gerechtigkeit. Und wenn dieser Grundsatz zur Geltung kommt, dann wird man auch eintreten müssen für die Wiederherstellung Polens.

(Bravo! bei den Polen.)

Es ist vorhin gefragt worden: was sollen wir denn mit den Nationalitäten in der Türkei machen? Wenn jetzt die dortigen Nationalitätsfragmente zu einer gewissen Scheinselbstständigkeit gelangen, so sind sie nichts anderes als die Satelliten, die Spiel- und Werkzeuge Rußlands. Das autonome Bulgarien, welches gegründet werden soll, wird Rußland gegenüber genau dieselbe Rolle zu spielen haben, welche bisher Rumänien und Serbien gespielt haben. Aber es wäre allerdings möglich, die Frage zu lösen, und zwar dadurch, daß Sie den kleinen Nationalitäten dort eine stärkere Nationalität als Anhalt und Stütze geben, und diese stärkere slavische Nationalität ist Polen. Stellen Sie Polen her, dann werden Sie Ruhe haben vor Rußland, vorher werden Sie keine Ruhe und keinen Frieden haben. Das Verbrechen, welches vor mehr als einem Jahrhundert begangen wurde, es rächt sich noch heute an uns, es wird sich noch rächen an unsern Kindern, wenn es nicht rechtzeitig gesühnt wird.

Meine Herren, es wurde die Politik des Fürsten Bismarck von ihm selbst vor Ausbruch des Kriegs charakterisirt als eine Politik der Neutralität. Wohlan, die Politik, welche die deutschen Interessen uns geboten, war eine Politik der Neutralität, das erkenne ich an. Aber Neutralität und Neutralität ist zweierlei. Wenn wir Deutsche auch die dringendsten

Interessen, wahre Lebensinteressen in der orientalischen Frage haben, so gibt es doch andere Staaten, die ein noch unmittelbareress Interesse haben, denen die Frage näher auf die Nägel brennt. Wenn die Neutralität Deutschlands so verstanden gewesen wäre, daß wir, sicher hinter unserem Ball von Bajonetten, der Welt gesagt hätten: „Deutschland tritt nicht in diesen Kampf ein, wir nehmen Partei weder für die Türkei noch für Rußland, wir lassen geschehen, was geschieht“ — was wäre die Folge gewesen? Einfach, daß Oestreich, statt durch das Dreikaiserbündniß oder Dreikaiserbündniß gefesselt zu sein, eingetreten wäre in die Action, daß England, daß vielleicht auch Frankreich in die Action eingetreten wäre, — gar nicht in eine kriegerische, das wäre durchaus nicht nöthig gewesen. Hätten die Regierungen jener Staaten sich frei bewegen können, dann würde Rußland es nicht haben wagen können, seinen Raubzug gegen die Türkei zu unternehmen. Aber so ist unsere Neutralität nicht verstanden worden. Man hat erklärt, den Krieg lokalisiren und darauf hinwirken zu wollen, daß auch die übrigen Mächte neutral blieben und daß keine Macht zu Gunsten Rußlands oder der Türkei eintrete. Zu Gunsten Rußlands, das war von vornherein sicher, würde keine Macht in Europa eingetreten sein, weil keine ein Interesse dazu hatte; und so waren es denn die natürlichen Bundesgenossen der Türkei, welche durch die deutsche Neutralität abgehalten worden sind, für die Türkei ihr Schwert oder doch das Gewicht ihres Einflusses in die Waagschale zu werfen. Es ist so das Verhältniß entstanden, daß die verschiedenen Staaten Europas sich gegenseitig, vollständig lahm gelegt haben. Oestreich mit der Schlinge des Dreikaiserbündnisses um den Hals, konnte nichts thun. In den fünfziger Jahren hatte es einige Armeekorps in die Donaufürstenthümer einrücken lassen und dadurch Rußland zum Rückzuge genöthigt. Diesmal hat Oestreich das nicht gethan; Graf Andraßy wird wahrscheinlich unserem Reichskanzler, für den er ja kein Geheimniß hat — wie dieser keins für ihn — die Gründe mittheilen können; im Interesse Oestreichs ist es unter keinen Umständen gewesen. Ebenso steht es fest, daß England stets und überall, wo es zum Frieden rieth, gehemmt und gelähmt worden ist; in derselben Weise wurde Frankreich lahm gelegt. Kurz, Rußland konnte seinen Raubzug ungestört vollführen.

Da sagt man uns, Deutschland dürfe nicht gegen Rußland in die Schranken treten: „wir sind Rußland Dank schuldig, es ist unser alter Mürter, der uns 1870/71 den Rücken gedeckt hat, als unsere Armeen in Frankreich rangen.“ Bei einer anderen Gelegenheit ist man nicht so — dankbar gewesen. Ich sprach schon von dem Krieg von 1866; damals hatte Preußen auch einen Freund, der ihm den Rücken deckte, und der Freund war Frankreich.

(Große Heiterkeit.)

Ohne die sichere Erwartung, daß Frankreich Frieden halten würde, hätte Preußen im Jahre 1866 nicht gegen Süddeutschland und gegen

Österreich vorgehen können; an dieser Thatsache ändert Ihr Gelächter nichts.
(Heiterkeit.)

Freilich, Fürst Bismarck hat uns vorhin mitgetheilt, daß er, als dieser Bundesgenosse nachher etwas unbequem wurde, es sich aufgeschrieben, er Buch darüber geführt habe; und 1870/71 ist es dann heimgezahlt worden. Beiläufig wirft dies ein merkwürdiges Schlaglicht auf die Entstehung des Krieges von 1870/71 und bestätigt vollständig die Auffassung, welche von sozialdemokratischer Seite aus —

(Heiterkeit)

ausgesprochen worden ist: daß der Krieg von 1870/71 die notwendige Folge des Krieges von 1866 gewesen ist. Es steckt nämlich Logik in der Weltgeschichte; man kann eine einzelne Handlung nicht begehen und dann die Konsequenzen davon abschneiden. Der Krieg, der 1866 Deutschland zerriß, machte die Einmischung Frankreichs möglich, er machte den Krieg von 1870/71 nöthig, und der Krieg von 1870/71 seinerseits hat wieder den Samen ausgestreut zum jetzigen Krieg.

(Ruf: Zur Sache!)

Ich bin durchaus bei der Sache, es sind andere Redner vielleicht nicht so bei der Sache gewesen, wie ich es bin. Ich weiß, es sind das sehr unangenehme Wahrheiten, aber ich denke, wenn Volksvertreter versammelt sind, dann handelt es sich nicht darum, irgend jemand zu Gefallen zu reden, sondern jeder von uns ist verpflichtet, ungeschminkt die Wahrheit zu sagen, und seine Ueberzeugung auszusprechen — ganz unbekümmert, ob es anderen behagt oder nicht.

(Bravo!)

Im Dezember 1870, als der Krieg mit Frankreich einen veränderten Charakter annahm, als aus dem Vertheidigungskrieg ein Eroberungskrieg zur Annexion von Elsaß Lothringen wurde, protestirten meine Parteigenossen und ich gegen die Fortführung des Krieges zu diesem Zweck, und damals wurde auf der Rednertribüne des Reichstags von mir ausgesprochen, daß die Annexion von Elsaß-Lothringen sich schwer rächen würde an Deutschland, daß sie nicht bloß ein politisches Verbrechen sei, sondern ein verhängnißvoller politischer Fehler, und daß in dem Moment, wo die Annexion zur Thatsache werde, der Schwerpunkt der europäischen Macht nicht von Paris nach Berlin, sondern von Paris nach Petersburg verlegt werden würde, weil Frankreich nach der Annexion von Elsaß-Lothringen auf Generationen hinaus das Revanchegelüst empfinden und aus Rachsucht bereit sein müsse, sich jedem Staat, der ihm zur Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen verhelfen würde, als Bundesgenossen anzubieten. Ich machte damals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Rußland sofort die erste beste Gelegenheit benutzen würde, um die orientalische Frage auf das Tapet zu bringen.

Es ist so gekommen.

Das Europa, welches Rußland den Frieden von Paris auferlegt hatte, ist zersprengt, ist aufgelöst worden durch die Blut- und Eisenpolitik, welche im deutschen Reich zur Herrschaft gelangt ist. Das alte europäische Staatensystem, soweit es noch fortbestand, ist durch die Kriege von 1866 und 1870/71 vernichtet worden, es ist jetzt blos ein Trümmerhaufen, und nachdem die Türkei — mit Oestreich der letzte Rest des alten Europa — zerschmettert worden,

(Gelächter)

bleibt nur noch Oestreich übrig, und wenn dieses auch einstweilen noch fortbesteht, die Türkei wird es wahrscheinlich nicht sehr lange überleben.

(Gelächter.)

Nun, meine Herren, es wurde 1870 über unsere Auffassung der Dinge gerade so gelacht, wie Sie jetzt lachen, und trotzdem ist, was wir damals sagten, in Erfüllung gegangen. Die Aera des Friedens, der Freiheit, der allgemeinen Entwaffnung in Europa, — das schöne Wort: das Kaiserreich ist der Friede, das alles hat nicht die Probe der geschichtlichen Entwicklung bestanden, es ist nicht so gekommen, wie Sie geglaubt haben, es ist so gekommen, wie wir nicht blos geglaubt, sondern an dieser Stelle auch vorausgesagt haben. Nach der Annexion von Elsaß-Lothringen bestand die „europäische Polizei“ nicht mehr. Rußland konnte thun, was es wollte; machte Deutschland Miene, ihm entgegenzutreten, dann konnte man von St. Petersburg, wie das in den russischen officiösen und officiellen Blättern wiederholt geschehen ist, mit der französischen Allianz drohen, man konnte einfach von Deutschland verlangen: dafür, daß wir euch 1870/71 den Rücken gedeckt, habt ihr jetzt den Gegendienst zu leisten; jetzt deckt ihr uns den Rücken, ihr braucht uns indeß nicht mit Armeen beizustehen, nein, sorgt nur dafür, daß Polen hübsch ruhig bleibt — da kommt eine Rinderpest oder so etwas —

(Heiterkeit)

sorgt dafür, daß Oestreich ruhig bleibt, daß die Engländer sich nicht rühren, daß Frankreich Frieden hält!

Das hat man denn auch gethan, und das war und ist für Rußland mehr werth als die Mobilisirung aller deutschen Armeekorps.

In diesem Sinne ist die deutsche Neutralität durchgeführt worden; Rußland hat gethan, was es gewollt hat, es steht heute vor Konstantinopel, die Türkei ist niedergeworfen, und die Herren Staatsmänner wollen nun auf einem Kongreß zusammenkommen, um das Unheil, welches sie angerichtet haben, oder — was ziemlich das nämliche — welches sie haben geschehen lassen, wieder gut zu machen.

Meine Herren, ich muß sagen, zu diesem Kongreß habe ich nicht das geringste Vertrauen. Wer ist es denn, der auf den Kongreß kommt? Die Staatsmänner, welche die Feuersbrunst, nachdem sie Jahre lang vorher angekündigt worden war, ruhig haben anlegen lassen, die nichts dazu gethan haben, sie zu löschen, als es noch leicht gewesen wäre. Und diese

nämlichen Staatsmänner sollen die nun so unlösbar verwickelte Frage in dem jetzigen Stadium lösen? Nie und nimmermehr! Es ist wohl möglich, daß eine Lösung „von Fall zu Fall“ gefunden wird, d. h. eine solche, die ein paar Jahre vorhält — das mag sein; aber wenn der jetzigen Machtverschiebung, wie sie in Europa stattgefunden hat, nicht gründlich ein Ziel gesetzt wird, wenn nicht auf einer anderen, besseren Grundlage das europäische Staatensystem aufgebaut wird, dann müssen Sie darauf gefaßt sein, durch ähnliche Blutzenen, wie sie in den letzten Monaten jeden von uns mit Entsetzen erfüllt haben, periodisch hindurchzugehen. Wir werden von einem Krieg in den andern kommen! Heute ist es die Türkei, nach der Türkei ist die Reihe an Oestreich. Der Friede, wie er jetzt, wenn Rußland nicht noch im letzten Moment ein Paroli geboten wird, günstigsten Falls möglich ist — dieser Friede wirft die Keime der Vernichtung in den östreichischen Staat hinein. Das Prinzip der Nationalitäten, welches von Rußland mit solchem Glück gegen die Türkei ausgebeutet worden ist, wird genau in derselben Weise ausgebeutet werden gegen Oestreich. Da mag man sagen, was man will, da mögen unsere Staatsmänner erklären: wenn ein gewisser Punkt erreicht wird, dann sind die östreichischen Interessen deutsche Interessen — das ändert nichts an der Sachlage. Wenn man für diese Interessen hätte eintreten wollen, dann hätte man es früher thun müssen. Ich glaube, für Oestreich ist es schon zu spät; die Dinge sind soweit gegangen, daß das heutige Oestreich überhaupt nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Doch davon jetzt nicht mehr!

(Rufe: Sehr gut!)

Ich habe ausgeführt, daß die deutsche Neutralität nicht eine solche gewesen ist, wie sie nach dem gewöhnlichen Begriff unter dem Wort Neutralität verstanden wird. Die deutsche Neutralität war und ist eine einseitige, eine russenfreundliche, sie ist ausschließlich Rußland zugute gekommen, während von Seiten der deutschen Regierung sowohl als anderer Regierungen alles ausgebaut worden ist, um die Türkei in der Aktion zu hemmen.

Indeß das ist nun geschehen, und für den Augenblick, glaube ich, ist da nichts mehr gut zu machen. Aber eins, meine Herren, und das ist vielleicht der einzige Vortheil, den die Gräuel des letzten Jahrs mit sich gebracht — eins haben wir wenigstens profitirt: die Völker haben einmal gelernt, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird, und wie kläglich es eigentlich mit der Staatsweisheit unserer Staatsmänner von Fach bestellt ist! Wofür haben wir Staatsmänner und Regierungen, als um den Völkern Ordnung und Freiheit zu sichern, den Frieden zu erhalten, damit sie den Wohlstand pflegen können? Statt dessen hat man die Dinge gehen lassen, wie sie wollten, die verwickelte Lage noch mehr verwickelt und eine Katastrophe hereinbrechen lassen, wie sie grauenhafter nicht gedacht werden kann. Tritt etwa in dieser Katastrophe

als Frucht der russischen Erfolge ein sittliches Element, ein Kulturelement hervor? Glauben Sie, daß von Rußland für die Völker, die da angeblich befreit sind, auch nur der geringste Vortheil in politischer oder ökonomischer Hinsicht geschaffen wird? Das glauben Sie selbst nicht, denn ein Blick auf Rußland zeigt Ihnen die Eitelkeit einer solchen Hoffnung! So bleibt also für die Völker keine Errungenschaft übrig, als der vollständige Bankerott der gesamten europäischen Staatsmannschaft, und das ist eine große Lehre für die Völker und ein großer Gewinn, wenn sie diese Lehre begreifen. Und jetzt ist sie fürwahr so eindringlich gegeben, daß ich hoffe, alle Völker der Erde werden sie begreifen!

Sie mögen sich gegen die Wahrheit sträuben, wie Sie wollen, aber Sie werden die Kriege nicht eher beseitigen können als bis, wie ich vorhin sagte, sich die Reiche der Welt auf die Gerechtigkeit gründen, bis die Völker ein neues Völkerrecht geschaffen haben, ein wahres Völker- und Menschenrecht, welches das gleiche Recht jedes Einzelnen anerkennt. Dann erst, vorher nicht, wird der Weltfrieden möglich sein. Die sozialdemokratische Partei, die Sie verachten, wenn sie in dieser Weise auftritt, sie hat auf ihr Schild geschrieben die Forderung einer Politik, welche die sittlichen Grundsätze des Privatlebens auf das öffentliche Leben überträgt. Das, was die Moral im Privatleben erheischt, soll auch gelten in dem öffentlichen Leben, in der Politik. Heut wird der Diebstahl im kleinen schwer bestraft, im großen aber gepriesen, der Raub ganzer Länder bedeckt mit Ruhm, während der Raub eines Nahrungsmittels ins Zuchthaus bringt. Das ist ein moralisches Chaos. Wenn dieses Chaos gelichtet und einmal die Moral in die Politik eingezogen ist, werden die Geschicke der Völker anders und zum Heil für die Menschheit gelenkt werden!

(Nachen.)

Es ist sehr charakteristisch, wenn über die Kundgebung solcher Grundsätze gelacht wird. Auch das ist ein Zeichen der Zeit; ich konstatiere es hiermit.

Meine Herren, ich habe noch ein kurzes Wort an Sie zu richten. Ich wußte, daß meine Stimme hier vereinzelt sein wird; ich weiß, daß die Gefahren, welche uns durch die jetzige Lage der Dinge erzeugt werden, noch nicht jedem zum klaren Bewußtsein gelangt sind. Es wird aber bald eine Zeit eintreten, wo das mit deutscher Hilfe, bloß durch uns mächtig gewordene Rußland seine Krallen auch gegen Deutschland richten wird. Zunächst ist allerdings Oestreich der bedrohte Theil, aber Oestreich ist doch bloß ein Stück von Deutschland, und so weit es nicht direkt deutsch ist, ein Vorland Deutschlands. Die deutsche Kultur, das deutsche Reich wird den verderblichen Einfluß der durch die deutsche „Neutralität“ geschaffenen Präponderanz Rußlands zu erleiden haben. Bis jetzt haben wir den Frieden aufrechterhalten, und es wird vielleicht gelingen, ihn noch einige Jahre aufrecht zu erhalten, dann aber wird ein Moment kommen, wo der Friede nicht mehr möglich ist, wo die Macht Rußlands sich in einer Weise

geltend macht, daß das Schwert gezogen werden muß, und dann denkt vielleicht der eine oder andere von Ihnen daran, daß die Sozialdemokraten es gewesen sind, die im Reichstag sagten: „das, was ohne Blutvergießen im Jahre 1877 für Deutschland und für die Welt durch eine wahrhaft nationale Politik und die ehrliche Neutralität Deutschlands hätte errungen werden können, das muß einst mit unsäglichem Opfern, mit furchtbarem Blutverlust von der deutschen Nation erkämpft werden.“ Und dann wird wohl auch mancher von Ihnen bereit sein, in das Urtheil einzustimmen, welches ich über die herrschende Politik gefällt habe.

(Bravo!)

Präsident: Der Herr Reichskanzler hat das Wort.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich habe nicht die Absicht, dem Herrn Vorredner auf sein Gebiet zu folgen, es ist mehr der Herr Abgeordnete Dr. von Romierowski, der vor ihm sprach, der mich zu einer kurzen Bemerkung veranlaßt, umsomehr, als ich während der zuletzt gehörten sozialistischen Rede glaube wahrgenommen zu haben, daß die Beifallsbezeugungen, mit denen sie stellenweis begleitet war, von den näheren Landsleuten des Herrn Abgeordneten von Romierowski, respektive von den ihm verwandten Fraktionsgenossen herrührten. Ich halte, wenn ich mich darin nicht irre, es doch für zweckmäßig, dies öffentlich zu konstatiren. Es ist mir dabei eingefallen, daß, wenn wir in den polnischen Landestheilen des preussischen Staats über die Gesamtheit des Volkes nicht zu Klagen haben und ihrer Zustimmung zu der Art, wie sie regiert werden, im ganzen sicher sind, so tritt uns immer wieder die Stimme des polnischen Abels entgegen als unzufrieden mit dem deutschen Reich und mit der Zugehörigkeit zu demselben. Vielleicht wäre es einmal möglich, um mich trivial auszudrücken, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, wenn man einen der polnischen Kreise im preussischen Gebiet, also etwa den Wahlkreis des Herrn von Romierowski, dem Herrn Bebel und seinen Gefinnungsgenossen zu regieren mit voller Souveränität übergibt, wir könnten dann — und daran würde mir sehr viel liegen — endlich einmal erfahren, was das positive Ideal der Sozialdemokratie ist. Wir kennen sie nur von der negativen Seite: alles was vorhanden ist, ist schlecht und muß ruiniert werden, und im Volke muß die Ueberzeugung erweckt werden, daß die regierenden Klassen üble gewissenlose Leute sind, für die es nicht so sehr darauf ankommt, wenn man einmal gewalthätig gegen sie verfährt. Das wissen wir, jede Politik, die ein anderer als ein Sozialdemokrat treiben kann, ist erbärmlich, die Herren wissen alles besser, aber worauf sie positiv hinauswollen, das verschweigen sie sorgfältig. Ich meine, wenn sie endlich jede Maske von sich abwerfen und offen kundgeben, wohin sie wollen, wie es in einem von ihnen regierten polnischen Kreise geschehen würde, dann werden wir den doppelten Vortheil haben, nämlich das abschreckende Bild des positiv verwirklichten Sozialismus erkennen, welches sie jetzt sorgfältig hinter dem Berge halten, und wir werden in dem von

ihnen regierten Polen hinterher die treuesten deutschen Reichsbürger haben.

(Große Heiterkeit.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete von Hellborff hat das Wort.

Abgeordneter von Hellborff: Ich will nur mit wenig kurzen Worten die Stellung bezeichnen, die ich mit meinen politischen Freunden zu dieser Debatte einnehme. Ich möchte glauben, daß der Werth derselben, abgesehen von dem großen Interesse, welches eine lange Reihe schöner Reden gewährt, wesentlich in den Mittheilungen liegt, die wir von dem Herrn Reichskanzler erhalten haben, und die wir nur mit Dank annehmen können. Dagegen ist unsere Liebe für weitläufige Erörterungen auswärtiger Angelegenheiten hier im Hause auch heute nicht gewachsen. Wir sprechen hier in der Regel in einer Lage, in der wir selbst, die Redner, nicht ganz vollständig informiert sind und nicht werden können, in der es kaum wünschenswerth ist, alles dasjenige zu sagen, was man sagen könnte. Es sind ja Fälle möglich, wo es sich darum handelt, die Stellung der Versammlung zur auswärtigen Politik festzustellen, zu konstatiren, ob die Nation mit ihren Sympathien, mit ihrer Opferwilligkeit hinter der auswärtigen Aktion des Reichs steht. Kommen solche Zeiten — und sie sind meines Erachtens jetzt nicht da — so bin ich dessen sicher, so werden wir hier in dieser Versammlung nur Männer, von gleichem Patriotismus erfüllt, aber keine Parteien mehr haben.

Gegenüber dem, was von einem der Herren Redner gesagt worden ist, der zu meiner und vieler Verwunderung sich durch sein Interesse für das Germanenthum auszeichnete, will ich nur konstatiren, daß die Interpellation, die jetzt verhandelt worden ist, auch von Mitgliedern unserer Fraktion unterzeichnet und unterstützt worden ist, und zwar in der vollständig berechtigten Annahme, daß es von Werth sei, wenn Vorgänge der Art nicht als einseitige Parteiaktion erscheinen. Aber ebenso muß ich konstatiren, daß in unserer Parteilstellung gegenüber andern Parteien durch diesen Vorgang nichts geändert worden ist. Meine Herren, derselbe Herr Redner glaubte, annehmen zu müssen, daß wir, abweichend von unserer früher vertretenen Ueberzeugung, gegenwärtig mit anderen darüber einig seien, daß die auswärtige Politik nicht mehr ein *noli me tangere* für uns bleiben soll. Ich kann ihm nur versichern, daß wir unsere Ansicht nicht geändert haben und die Vorliebe für die englischen Blaubücher keineswegs theilen.

Was die Frage selbst anlangt, die hier verhandelt worden ist, so kann ich nur kurz sagen: wir wünschen, daß die jammervollen Zustände in den Ländern, um die es sich hier handelt, beseitigt werden für alle Zeiten, vor allen Dingen im Interesse unserer christlichen Glaubensgenossen. Unsere Wünsche freilich werden wenig dabei thun, so wenig wie Garantien auf dem Papier. Helfen können hier nur staatliche Institutionen, die auf wirklich dauernden Grundlagen gegründet sind, mit praktischer Kenntniß

und richtiger Würdigung der Kulturverhältnisse jener Länder. Wir wünschen andererseits, daß unsere mittelbaren und unmittelbaren Interessen gewahrt werden gegenüber den Einflüssen und Kräften, die sich dort festsetzen oder bilden können. Wir haben keine Ursache, den geringsten Zweifel daran zu hegen, daß die kräftige Hand, die bisher die auswärtige Politik gelenkt hat, auch hier das richtige finden werde. Nur eins möchte ich dem letzten Herrn Redner gegenüber noch bemerken. Er hat viel von der zivilisatorischen Mission und der Kulturaufgabe seiner Partei gesprochen. Ich möchte glauben, daß eine Vergleichung zwischen der zivilisatorischen Mission Rußlands für eine lange Reihe von Völkern und der zivilisatorischen Mission der Sozialdemokratie möglicherweise sehr zu Ungunsten der letzteren ausfallen möchte. (Bravo!)

Präsident: Es ist der Schluß der Diskussion beantragt von dem Herrn Abgeordneten Valentin. Ich ersuche diejenigen Herren, aufzustehen, welche den Schlußantrag unterstützen wollen.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Nunmehr ersuche ich diejenigen Herren, aufzustehen respektive stehen zu bleiben, welche den Schluß der Diskussion beschließen wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Majorität; die Diskussion ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Windthorst das Wort.

Abgeordneter Windthorst: Meine Herren, da die Diskussion geschlossen ist, bin ich zu meinem Bedauern außer Stande, dem Herrn Reichskanzler so ausführlich zu antworten, wie ich wohl Veranlassung hätte. Jetzt kann ich nur auf ein paar Punkte eingehen, welche persönlicher Natur sind.

Der verehrte Herr hat verschiedentlich mir Insinuationen zugeschrieben, die mir ferngelegen haben. Seinerseits aber hat er kein Bedenken getragen, zunächst zu insinuieren, daß ich gewisse Verbindungen mit polnischen und französischen Zeitungen und Kreisen habe, die ich diesmal zu seiner Befriedigung verleugne.

Ich konstatire, daß ich derartige Verbindungen nach keiner Richtung besitze und daß ich jede derartige Behauptung auf das entschiedenste zurückweise.

Ferner hat der verehrte Herr am Schlusse gemeint, ich könne nicht zweckmäßig als Vermittler zwischen ihm und Oestreich erscheinen. Ich habe mich als einen solchen Vermittler in keiner Art dargestellt; ich habe gethan, was die anderen Redner thaten: ich habe auf das Interesse Oestreichs hingewiesen, welches das unsere ist. Dazu hatte ich als Abgeordneter ein Recht, und dieses Recht werde ich mir durch den Herrn Reichskanzler nicht verkümmern lassen.

(Bravo! im Centrum. Heiterkeit.)

Wenn der verehrte Herr dann auf meine Ausführungen mit einer gewissen Festigkeit antwortete, die auch persönliche Richtungen nahm, so will ich mich mit den Worten trösten: „C'est la vérité qui blesse!“
(Bravo!)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. von Komierowski.

Abgeordneter Dr. von Komierowski: Ich glaube, den Herrn Reichskanzler dahin verstanden zu haben, daß er mir oder meiner Umgebung einen Vorwurf daraus mache, daß wir mit einem Bravo die Worte des der sozialdemokratischen Partei angehörenden Abgeordneten begleiteten. Ich muß dem gegenüber dem Herrn Reichskanzler sagen, daß jedes Wort, welches ein Mitgefühl für die Lage unseres Vaterlandes ausspricht, wir stets mit einem Bravo begleiten werden, und daß ich, wohlbewußt des Abstands zwischen dem mächtigen deutschen Reichskanzler und mir, als dem Vertreter eines armen unterdrückten Volks —

Präsident: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Ich glaube, daß das nicht in den Rahmen einer persönlichen Bemerkung gehört.

Abgeordneter Dr. von Komierowski: Daß in Anbetracht dessen mir die ferneren Phrasen oder Wiße des Herrn Reichskanzlers leid gethan haben.

Präsident: Meine Herren, wir würden jetzt in der Tagesordnung weiter gehen;

(Widerspruch)

es wird mir aber eben ein Vertagungsantrag von dem Herrn Abgeordneten Winterer überreicht. Ich ersuche diejenigen Herren, aufzustehen, welche den Vertagungsantrag unterstützen wollen.

(Geschlecht.)

Es steht eine so große Mehrheit, daß ich wohl annehmen darf, daß die Vertagung beschlossen ist.

Nach Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung erfolgt 4 Uhr 45 Min. en

Schluß der Sitzung.

Dies der stenographische Bericht.

Der Leser wird mir zugeben, daß ich recht hatte, als ich im Vorwort sagte, daß dort gegebene „Stimmungsbild“ sei noch geschmeichelt. Nun zu den einzelnen Reden.

Die Apportir- und Paraderede des Herrn von Bennigsen und die Bismarck'schen Auslassungen bilden, wie „die kleine Erzellenz“ von Windhorst richtig bemerkte, ein Ganzes, ergänzen einander: es galt Oesterreich, das tollereig zu werden drohte, hübsch um den Bart zu streicheln und am Leitseil des „Dreikanzlerbündnisses“ festzuhalten. Das wurde

auch besorgt. Herr von Bennigsen hatte dabei „die Stimme der deutschen Nation“ zu spielen, und er spielte sie gut. Vox et praeterea nihil — Stimme und sonst nichts.

Der Lobhymnus auf die „friedliche Politik“ des Mannes, der selber seine Politik als „Blut- und Eisen“-Politik bezeichnet hat, würde, mutatis mutandis, in jedem anderen Parlament niedergelacht worden sein; aber im deutschen Reichstag hat man sich so an das Komödien spielen gewöhnt, daß die Auguren auch unter sich ernst bleiben.

Die „friedliche Politik“, die uns binnen 6 Jahren drei Kriege gebracht und Europa in die gegenwärtige Katastrophe gestürzt hat, ist im Reichstag ein sehr beliebtes Thema; es wurde während der Orientdebatte von sämtlichen reichsfreundlichen Rednern mit mehr oder weniger Salbung und Pathos heruntergeleiert.

Ehe ich mich zu den Bismarck'schen Auslassungen wende, eine Bemerkung.

Der Moment, in welchem die Interpellation erfolgte, war ein äußerst kritischer. Das Züngeln der Wage schwankte beängstigend zwischen Friede und Krieg — der geringste Anlaß, das leiseste Geräusch, ein unbedachtes Wort konnte die über uns hängende Lawine ins Rollen bringen.

Wenn in einem solchen Moment ein leitender Staatsmann auf Wunsch der Volksvertretung feierlich vor der gespannt horchenden Welt sich über die Situation äußert und sein Urtheil abgibt, so ist es nothwendig, daß vorher jeder Satz, jedes Wort aufs genaueste erwogen, abgewogen sei. Graf Andrassy, der am Tage darauf, am 20. Februar, eine ähnliche Interpellation zu beantworten hatte, sah dies ein, und schrieb die vorher sorgfältig festgestellte Antwort auf, die dann abgelesen ward.

Fürst Bismarck hat es vorgezogen frei zu reden, und, war er auch unzweifelhaft vorbereitet, so hatte er doch schlecht memorirt, was freilich in seinem Naturell liegt. Indes Fürst Bismarck muß dieses sein Naturell kennen, und aus der bloßen Thatsache, daß er trotzdem fast eine Stunde lang „frei“ redete, erhellt schon mit zwingender Beweiskraft, daß eine ernsthafte Antwort auf die Interpellation, — Pardon, die submissivste „Frage“ von ihm nicht beabsichtigt war.

Doch jetzt zur „großen Rede“ des „großen Staatsmannes“.

Fürst Bismarck ist bekanntlich kein Redner. Er hat aber auch nicht das Talent zu schweigen und zu verschweigen. Das Wort Talleyrand's: Die Sprache ist nur dazu da, um unsere Gedanken zu verbergen, paßt nicht auf und nicht für unseren Herrn Reichskanzler, dem seine Zunge bereits manchen unliebsamen Streich gespielt hat und noch spielen wird. Sehr unglücklich war schon das dreimal mit obligaten Variationen wiederholte Motto oder „Leitmotiv“ der eigentlichen „Orient-Rede“: „Ich habe nichts Neues zu sagen und sage bloß deshalb etwas, damit man nicht argwöhne, ich habe etwas zu verschweigen“. Eine, parlamentarisch ausgedrückt, wunderbar-naive Argumentation dafür, daß man Nichts zu ver-

schweigen habe. Doch das läßt sich schließlich auf rednerische Ungelenkigkeit zurückführen. Nicht so einige positive Aeußerungen und Andeutungen, die nicht meginterpretirt werden können. Hierher gehören vor allen Dingen die zahlreichen Aeußerungen, welche eine, dem Kanzler des deutschen Reichs sonderbar zu Gesicht stehende Vorliebe für Rußland verrathen; ferner das durch die Plauderei — denn eine „Rede“ kann man ja diese los hingeworfenen Sätze und Satzfragmente nur Höflichkeitshalber nennen — wie ein rother Faden sich hindurchziehende Bestreben, die Wichtigkeit der russischen Erfolge, die politische und militärische Bedeutung der Donau, des Balkans und der Dardanellen herabzusetzen, sie zur absoluten Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpfen zu lassen; und dann die auffallend heftige Bärtlichkeit für den Grafen Andrassky. Diese Bärtlichkeit war so überraschend groß, daß sogar nationalliberale Zuhörer sich erstaunt ansahen, — freilich der Ausdruck des Erstaunens löste sich bald in verständnißsinniges Lächeln auf.

Und endlich das poetische Bild von dem „ehrlichen Makler“. Ich hätte dabei sein mögen, als Andrassky per Telegraph die Bismarck'schen Rußhändchen und Maklerangebote erhielt. Weiß doch ein jedes Kind, daß auch der ehrlichste Makler Provisionen nimmt.

Wie wird die Provision heißen??

Was soll ich noch weiter über die Bismarck'sche „Rede“ sagen?

Vergebens wird der eifrigste Sucher nach einem wahrhaft staatsmännischen Gedanken, nach einem hohen Gesichtspunkt, nach der Spur eines Ideals suchen. Es ist der „praktische Politiker“, der Geschäftspolitiker oder politische Geschäftsmann — mit Einem Wort: der „Makler“, der uns entgegentritt.

Scherze wie z. B. (S. 13 und 14):

Rußland kann unmöglich daran denken, „die Anerkennung der Aenderungen“ in den Vertrags- und Machtverhältnissen „von den übrigen Europäischen Mächten zu erzwingen. Es würde sich muthmaßlich, wenn es die Zustimmung der übrigen Unterzeichner der Traktate von 1856 nicht erreichen könnte, mit dem Gedanken des „beati possidentes“ begnügen“ — als ob es sich nicht gerade darum handelte, ob die „übrigen Mächte“ die „beati possidentes“ ruhig im „glücklichen Besitz“ lassen wollen, oder (S. 14):

„der verantwortliche Herausgeber der künftigen Zustände auf der Balkanhalbinsel“,

oder (S. 16):

— „die allgemeinen Gesichtspunkte unserer Politik, deren Programm Herr von Bennigsen klar und ausführlich, fast ausführlicher als es mir in diesem Moment meine Kräfte noch erlauben würden, wiedergegeben hat“ u. s. w.

— solche Scherze passen vortrefflich zum „Makler“; wie zum „Staatsmann“, das überlasse ich den Herren Nationalliberalen auszuspietisieren.

Die Repliken des Herrn Reichskanzlers waren auf gleichem Niveau mit seiner „Rede“. Die „Widerlegung“ des von Windthorst citirten Ausspruchs des ersten Napoleon: „wer den Dardanellenschlüssel hat, hat die Weltherrschaft“ durch das „schlagende“ Argument, daß die Türken seit 400 Jahren den Schlüssel der Dardanellen und doch nicht die Weltherrschaft hätten, — als ob Napoleon nicht nicht an eine europäische Eroberermacht gedacht hätte — steht auf gleicher geistiger Höhe wie die „Abfertigung“ meiner Person durch das weise Diktum, die Sozialdemokraten wollten Alles, was besteht, „runjeniren“ (so lautete, wenn meine Ohren mich nicht getäuscht haben, der Originalausdruck). Beiläufig war der Herr Reichskanzler, als er mich und meinen polnischen Kollegen begeistreichelte, so — klug, mich nicht beim Namen zu nennen, sondern von „Bebel und seinem Gesinnungsgegnossen“ zu reden, was den Vortheil hatte, mir das Recht einer „persönlichen Bemerkung“ abzuschneiden. Dafür, daß ich in der Debatte nicht mehr zum Wort kam, sorgte Valentin.

Eines Curiosums hätte ich fast vergessen zu erwähnen, nämlich der Verusung des Fürsten Bismarck auf die Politik Preußens vor dem Krimkriege und auf den alten Bundestag, um seine deutsch-nationale Auffassung der orientalischen Frage zu bezeugen. Fürst Bismarck, der sich vom Bundestage ein Testimonium der patriotischen Reife ausstellen läßt, das ist ein Schauspiel für Götter. Und die Haltung Preußens vor dem Krimkriege betreffend lese man die vor Kurzem veröffentlichte Biographie des Prinzen Albert.

Die vier reichsfreundlichen Redner, welche sich, außer dem Oberceremonienmeister Bennigsen, an der Debatte beteiligten, wetteiferten in dem gemeinsamen Bestreben, ihre Loyalität an den Mann zu bringen und über das eigentliche Thema zum Schein etwas Bedeutendes, in Wirklichkeit nichts zu sagen, und um den Kernpunkt der Frage herumzugehen wie die Rahe um den heißen Brei.

Das Größte leistete in dieser Beziehung der Fortschrittler Hänel, der die Debatte begann. Seine platonische Schwärmerei für das „griechische Element“ (S. 25) zeigt, daß die deutschen Professoren seit den Philhellenenzeiten, d. h. seit 50 Jahren nichts gelernt und nichts vergessen haben, und der Rest seiner Rathederweisheit ist dieser Reminiscenz würdig.

Was Herr Hänel will? Wo er hinaus will? Unmöglich, es zu errathen. Wir müssen uns gedulden, bis er seine „Scheu vor Durchdenkung der Perspektiven“ (S. 25) überwunden hat. Dann spricht er vielleicht zur Sache.

Sein köstliches: „wir (!) mußten (1866) die Auseinandersetzung mit Oesterreich vornehmen“ (S. 25) verdient aber noch unter die „Perlen“ geworfen zu werden.

Graf Bethusy-Huc, der zweite der reichstreuen Redner (sit venia verbo) wandelt gern auf Stelzen und stolpert bei jedem Schritt. Seine

Zuchtenphilosophie und -Ethik ermöglichte es ihm, den „Makler“ Bismarck in den „Mittler“ Bismarck zu verwenden und zu veredeln. „Makler“ klang ihm doch zu vulgär.

Der Dritte, Herr Löwe, Erdemokrat und Expräsident des Frankfurter „Kumpfsparlaments,“ bereicherte die Welt mit der Entdeckung, daß das deutsche Reich Europa die Freiheit gebracht hat“, was fast noch dankenswerther und wunderbarer ist als die Entdeckung, daß das deutsche Reich Europa den Frieden gebracht hat, und daß die Blut- und Eisenpolitik eine idyllische Friedenspolitik ist.

Recht passend wurde der reichsfreundliche Reigen von H. von Hellborn geschlossen, der keinen Geschmack für englische Blaubücher hat, dafür aber desto lebhafter für die „civilisatorische Mission Rußlands“ schwärmt, die er, allerdings aus sehr triftigen Gründen, der civilisatorischen Mission der Sozialdemokratie vorzieht (S. 62).

Die Reden der „Reichsfeinde“ kommentire ich nicht; sie mögen für sich selbst reden.

Das Verhalten des Reichstags während der Debatte erheischt noch ein paar Bemerkungen. Ich meine hier vor Allem das sichtliche und systematische Bestreben der Reichstagsmajorität, die reichsfeindlichen Redner nicht anzuhören. Die erste Aufgabe einer Volksvertretung ist oder sollte da sein: die volle Wahrheit zu Tage zu fördern, denn nur auf Grund der Wahrheit läßt sich ein richtiges Urtheil bilden. Im englischen Parlament, das ich übrigens sonst keineswegs als Muster hinstellen will, da es nur eine Klassen-Vertretung ist (aber immerhin ein von der Regierung unabhängiger, über ihr stehender Vertretungskörper), werden die Minister bei Interpellationen förmlich verhört; halten sie mit irgend etwas hinter dem Berg, so werden sie „kreuz- und quer-examinirt“ (crossexamined) und nicht eher in Ruhe gelassen, als bis sie entweder gebeichtet, oder einen vernünftigen Grund des Schweigens vorgebracht haben.

Wie anders der deutsche Reichstag! Jeder dürstige Brosam, jeder abgestandene Bissen, den Fürst Bismarck von der diplomatischen Tafel gnädig herunterfallen läßt, erregt der Majorität Gefühle höchster „Befriedigung“; jeder Wunsch nach substantiellerer Kost als den werthlosen Abfällen, gilt für eine Bismarck-Beleidigung; jeder Versuch, den Deckel des staatsmännischen Hegenkessels zu lüften, erzeugt einen Sturm der Entrüstung.

Es sprachen in dieser Debatte drei „Reichsfeinde“. Der erste, Windthorst, hatte schon mit großer „Ungebuld des Hauses“ zu kämpfen, obgleich er außerordentlich zurückhaltend und zahm war. Der zweite, Romierowski, wurde gar nicht angehört: als er auf die Rednerbühne ging, leerte sich plötzlich der Saal, und von den Zurückbleibenden plauderten Viele laut wie in einer Kneipe niederer Klasse. Gegen mich, den dritten der reichsfeindlichen Sprecher, wurde eine andere Taktik verfolgt. Ich sollte niedergelacht, unter „Heiterkeit“ erstickt werden. Der Saal hatte sich rasch wieder

gefüllt und die „Reichsfreunde“ waren auf dem Posten; zum Theil hatten sie sich unmittelbar vor der Rednerbühne gruppiert, um mich durch Ausrufe, Zurufe, Zwischenreden und Geberden aus der Fassung zu bringen. Es mißlang ihnen. Freilich unter solchen Umständen eine halbe Stunde reden, ist anstrengender, als ein zweistündiger Vortrag in der größten und leidenschaftlichsten Volksversammlung.

„Der Mensch ist ein Gesellschaftsthier“, lautet ein altes Wort; und es ist eine längst festgestellte Wahrheit, daß der Mensch in Gesellschaft, d. h. im heerdenartigen Zusammensein mit mehreren oder vielen seiner Mitmenschen eines höheren Aufschwungs, noblerer Impulse und Handlungen fähig ist, als im Zustand der Vereinzelung, oder im Zusammensein mit nur Wenigen. Aber auch niedrigerer Impulse und Handlungen. Da Gefühl der Verantwortlichkeit geht dem Individuum in der Masse verloren; man scheut sich nicht zu thun, was man sonst für unanständig und schlecht halten würde.

Ich bin überzeugt, jeder einzelne der Herren Reichstagsabgeordneten, die am 19. Februar, wie bei anderen Gelegenheiten, ihre politischen Gegner, bloß weil diese abweichende Ansichten äußerten, durch alle jene Liebenswürdigkeiten, die mit dem Kollektivnamen: „Heiterkeit“ bezeichnet zu werden pflegen, zu unterbrechen, womöglich am Sprechen zu hindern suchten, würden sich im Privatverkehr schämen, ihre Nichtübereinstimmung in ähnlicher Weise zum Ausdruck zu bringen.

Damit man nicht gäube, ich übertreibe hier, so sei an den Kraftausdruck erinnert, dessen sich ein der nationalliberalen Partei angehöriger Reichstagsabgeordneter einst bediente, als er zum ersten Male Augen- und Ohrenzeuge der parlamentarischen „Heiterkeit“ war: „Das ist ja eine elende Schw“

Genug — die Reichstagsmajorität hat am 19. Februar von Neuem gezeigt, daß sie die auswärtige Politik als unantastbares Monopol des Fürsten Reichskanzlers betrachtet und nicht im Entferntesten daran denkt, den Willen und das Interesse des Volks über den Willen und das Interesse der Regierung zu stellen.

Trotzdem ist es unleugbar ein Fortschritt, daß der Reichstag sich zu einer Diskussion der auswärtigen Politik des Fürsten Reichskanzlers genöthigt gesehen hat.

Dieser Fortschritt ist zweifellos dem Vorgehen der Socialdemokratie zu verdanken. Er verbürgt uns weitere Erfolge. Wir haben erfahren, daß auch der deutsche Reichstag dem „Druck von Außen“ zugänglich ist. Die Majorität, welche A sagen mußte, wird später auch B sagen müssen.

Anerkennung gebührt dem Bureau des Reichstags, welches den wiederholten Versuchen des Schlußantrag-Fabrikanten Valentin, die Socialdemokratie in dieser Debatte mundtot zu machen, erfolgreich entgegentrat.

Zum Schluß lasse ich hier ein kurzes Referat über einen Vortrag folgen, den ich im August 1876 in einer Sozialistenversammlung zu

Leipzig „über die politische Lage Europas“ hielt. Dasselbe findet sich im „Volksstaat“ vom 1. Septbr. 1876 und lautet:

„Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung die „politische Lage Europas“. Wir müssen es uns aus Mangel an Raum leider versagen, auf dieses von Liebknecht behandelte Thema näher einzugehen. Was speziell die gegenwärtig im Vordergrunde stehende sogenannte „orientalische Frage“ betrifft, so meint Redner, daß die Sozialdemokratie mit den nationalen und religiösen Fragen, welche im Orient aufeinandergeplatzt seien, nichts zu thun habe. Wie verkehrt es sei, sich von religiösen oder nationalen Sympathien leiten zu lassen, beweise die Thatfache, daß z. B. Garibaldi zc. für die Slaven, seine Gefinnungsgegnossen und ehemaligen Waffengefährten Langiewicz, Klapka u. A. für die Türken Partei ergriffen hätten. Der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina, sowie der jetzige Krieg (der Serben gegen die Türken) seien von der russischen Regierung angestiftet, von der Niemand eine Förderung der Cultur und Freiheit erwarten könne. „Väterchen“ haue im eigenen Land und den stammverwandten Polen gegenüber weit schlimmer als der Sultan seinen christlichen und slavischen „Unterthanen“ gegenüber. In mancher Beziehung herrsche in der Türkei eine so große Freiheit und Toleranz, daß nicht bloß der Russe, sondern auch der Deutsche durch „türkische Zustände“ nur gewinnen würde. Das Geschrei über die Grausamkeiten der Türken sei eitel Heuchelei: jeder Krieg sei Massenmord, und der Krieg civilisirter Völker, wie z. B. der „heilige“ von 1870/1 noch ungleich verdammenstwerther als der Krieg halbbarbarischer Nationen. Und seien im „heiligen“ Krieg, von den Massenschlächtereien abgesehen, nicht auch Duzende von Städten und Dörfern eingeeichert, in Schutthaufen verwandelt worden? Und die Erschießung der Franktireurs, die Wegnahme von Geiseln — das sei wohl „human“ gewesen? Man redet von 14,000 Insurgenten, welche die Türken niedergemetzelt — man vergißt, wie deutsche Soldaten im März 1848 in Berlin, im Mai 1849 in Dresden gewüthet haben — man vergißt die Hunderttausende von Indiern, welche die Engländer während des letzten Sipoh-Aufstandes kaltblütig erschossen, niedergehauen, gehängt haben; man vergißt die Opfer der Pariser Junischlacht, die 40,000 Pariser Proletarier, die in der blutigen Maiwoche des Jahres 1871 unter dem Jubel des civilisirten Europa massakrirt wurden. Und man entrüstet sich über die Härte, mit der die Türken in Serbien vorgehen. Wohl, im Jahre 1849 erhob sich Baden, das ungefähr ebenso groß ist wie Serbien, für die deutsche Freiheit und Einheit; es war nicht im Aufstand, wie Serbien, im Gegentheil, es fußte auf der von den Vertretern der Gesammnation angenommenen Reichsverfassung. Nun — die preussische Regierung überzog Baden mit Krieg, der jetzige deutsche Kaiser führte das Oberkommando, und einer niedrigen Schätzung nach wurden hunderttausend Bürger auf dem Schlachtfeld getödtet, kalten Blutes gestandrecht, ins Gefängniß

geworfen, außer Landes getrieben — ob die Türken jene Culturtthat werden übertreffen können, ist sehr zu bezweifeln.

„Der orientalische Krieg, gleich allen Kriegen, hat seine Wurzel in den ungesunden ökonomischen und politischen Zuständen. Diese Zustände gilt es zu beseitigen. Dem schönen Spiel der Diplomatie, die mit Menschenleben wie mit Zählpfennigen umgeht, muß ein Ziel gesetzt, und staatliche und ökonomische Zustände herbeigeführt werden, die den Mißbrauch, die Ausbeutung und Knechtung der Menschen durch die Menschen unmöglich machen. Das ist aber Aufgabe unserer Culturvölker, nicht der Halbbarbaren in der Türkei, denen die nöthigen Vorbedingungen abgehen. In den Centren der Cultur, nicht in der Peripherie: in Paris, London, Berlin, Wien wird einst mit den anderen brennenden Fragen der Politik auch die orientalische Frage gelöst werden, und zwar durch das arbeitende Volk.“ —

Dieser Vortrag war in den Grundzügen nur die Wiederholung eines schon im Herbst 1875 gehaltenen, speziell über die orientalische Frage — zu einer Zeit, wo unser „großer Staatsmann“ das tiefsinnige Wort von dem „Bischofen Herzogowina“ auszubreiten begann.

Von dem damals Gesagten habe ich nichts zurückzunehmen; nichts daran zu ändern. Es stimmt mit meinen neuesten Äußerungen, die im Reichstag eingeschlossen, genau überein. Der Abgeordnete Richter hat recht: wir Sozialdemokraten „haben nur eine Rede.“ Nämlich eine sozialdemokratische.



Erklärung der Citate in fremden Sprachen und der Fremdwörter:

Seite

- 10: obiter: im Vorbeigehen, flüchtig.
- 10: „dans des limites u. f. w.“: in Grenzen, welche durch die Majorität der bulgarischen Bevölkerung bestimmt werden, und welche nicht kleiner sein dürfen, als die in der Constantinopler Conferenz festgestellten.
- 11: „L'armée ottomane u. f. w.“: die ottomanische Armee würde sich dort nicht mehr aufhalten.
- 11: „sauf u. f. w.“: ausgenommen einige durch gemeinsames Uebereinkommen festzusetzende Punkte.
- 11: „l'indépendance u. f. w.“: die Unabhängigkeit von Montenegro.
- 11: „serait u. f. w.“: würde analog (den Bestimmungen über Bosnien und die Herzegowina entsprechend) sein.
- 11: „le mode u. f. w.“: die entweder pekuniäre (in Geldzahlung) oder territoriale (in Gebietsabtretung ausgedrückte) Art und Weise.
- 11: „de cette u. f. w.“: dieser Entschädigung.
- 11: „Sa Majesté u. f. w.“: Seine Majestät der Sultan würde bereit sein, sich mit Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland zu verständigen, um die Rechte und Interessen Rußlands in den Meerengen des Bosporus und der Dardanellen zu gewährleisten.
- 14: „beati possidentes“: glücklich die Besizenden, — glücklich wer im Besiz ist.
- 15: „tempus utile“: die nützliche Zeit — Frist zur Ausnuzung eines Vortheils.
- 18: „pour les beaux yeux“: um der schönen Augen willen — bloß aus Liebe und Freundschaft — ohne interessirte Motive.
- 26: „noli me tangere“: rühre mich nicht an.
- 27: „in specie“: im Besonderen.
- 39: „aut aut“: Entweder — Oder.
- 39: „Retrozession“: Rückabtretung (eines Gebietstheils, irgend eines Gegenstands an Denjenigen, der ihn früher abgetreten hat).
- 39: „honoris causa“: um der Ehre willen — bloß um der Ehre Genüge zu thun.
- 53: „Düpe“: der Geprellte; düpiren: pressen.
- 54: „Charity begins at home“: die Menschenliebe fängt zu Haus an — man setze zuerst vor der eigenen Thüre.
- 54: „par distance“: in der Entfernung, in die Ferne.
- 59: „Präponderanz“: Uebergewicht.
- 63: „c'est la verité qui blesse“: die Wahrheit verwundet.
- 64: „mutatis mutandis“: mit Veränderung des zu Verändernden unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der Umstände — indem man den vorliegenden Fall den verschiedenartigen Verhältnissen anpaßt.

Druck von N. E. Höhne in Leipzig.